

2020



Sicherheitsbericht



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN



**Nicht hängen lassen
auf Niedersächsisch.**

Bitte immer dran denken:

Kontakte reduzieren.

Abstand halten.

Hände waschen.

Maske tragen.



Wir sind stärker!
NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA

Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

der Wunsch, in Sicherheit zu leben, ist eines der elementaren Bedürfnisse des Menschen. Es wundert daher nicht, dass die Gewährleistung dieser Sicherheit gerade in bewegten Zeiten ein Thema ist, das die Bevölkerung umtreibt. Eine bewegte Zeit, eine Zeit, die für viel Verunsicherung gesorgt hat – wir haben sie im zurückliegenden Jahr erlebt, und wir erleben sie auch jetzt noch.

Die Corona-Pandemie stellte und stellt Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Deutschland, Europa und der ganzen Welt vor enorme Herausforderungen. Sie ist sogar die größte Herausforderung für die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg. Welche Wirkung die Verordnungen zur Eindämmung der Pandemie auf den Alltag der Menschen hatten und haben, zeigte sich nicht zuletzt in dieser Ausnahmesituation. Nach anfänglicher Solidarität in Teilen der Bevölkerung entstand ein gesellschaftliches Reizklima, das auch wir als Polizei zu spüren bekommen haben: Mit steigender Frustration angesichts der Maßnahmen zur Abwehr der Pandemie sank die Hemmschwelle, gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte vorzugehen – sei es verbal oder aber körperlich. Steigende Zahlen in diesem Bereich belegen diesen Trend. Aggressionen haben sich auch im sozialen Nahraum, vornehmlich in Form von Gewalt gegen Frauen, niedergeschlagen – ein besorgniserregender Trend, dem wir mit allen polizeilichen Mitteln entgegenwirken werden.

Gleichzeitig mussten wir als Organisation umdenken, Arbeitsabläufe umstrukturieren und kreative Lösungen finden, um das Infektionsrisiko für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu minimieren und handlungsfähig zu bleiben. Das ist uns gut gelungen. Auf der anderen Seite förderte die Corona-



Pandemie neue Erscheinungsformen von Kriminalität zu Tage: Subventionsbetrug bei Corona-Hilfen, neue Maschen im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen oder Hacker-Angriffe auf Unternehmen, deren Mitarbeitende ins Home-Office geschickt wurden, sind nur einige Beispiele dafür, mit welchen neuen Phänomenen sich die Polizei im vergangenen Jahr auseinandergesetzt hat. Wir haben darauf sowohl repressiv als auch präventiv reagiert und sind Kooperationen eingegangen, die uns die Verfolgung dieser Straftaten – insbesondere im Bereich Cybercrime – in Zukunft erleichtern sollen.

Dieser Sicherheitsbericht für ein ganz besonderes Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik, aber auch der Polizeidirektion Göttingen, soll Ihnen einen Einblick in die ebenso besondere Arbeit gewähren, die wir 2020 geleistet haben. Zudem soll es auch in dieser nun vierten Auflage des Sicherheitsberichts um die Themenfelder Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung, Verkehr,

Prävention, Ausstattung und Technik der Polizei gehen. Wir verstehen den Sicherheitsbericht darüber hinaus als Instrument zur Förderung des steten Austausches und der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Medien und Polizei. Aus diesem Grund thematisieren wir auch in diesem Jahr wieder die polizeiliche Arbeit in Ihrer Region und stellen Kolleginnen und Kollegen vor, die die Schnittstelle dieser Zusammenarbeit bilden.

Abschließend bleibt uns nur, Ihnen eine interessante Lektüre und spannende Einblicke in unsere Arbeit zu wünschen, deren Ziel es immer war und immer sein wird, dass die Menschen zwischen Hann. Münden und Hoya, zwischen Bad Pyrmont und Walkenried sicher leben können – auch in bewegten Zeiten.

Gwendolin von der Osten
Präsidentin der Polizeidirektion
Göttingen

Organisation – Präsent vor Ort	In der Fläche präsent – für 1,2 Millionen Menschen	8
	Personal in Zahlen	9
	Nachwuchs für den Polizeiberuf	10
	Der Behördenstab	11
	Die Abteilung 1: Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung	12
	Die Abteilung 2: Recht, Wirtschaft und Liegenschaften	13
	Eine starke Stimme für die Mitarbeitenden	14
Einsatzmanagement – Wir sind da und helfen	Modernes Notruf- und Einsatzmanagement	16
	Die Pandemie in der Direktion	17
	Erfahrungsbericht: Arbeiten in der Pandemie	19
	Ausstattung in der Pandemie	20
	Tandem-Projekt Einsatzbearbeitung	21
	Hunde im Dienst der Polizei	22
	Erfahrungsbericht: Mit der Bodycam im Einsatz	24
Kriminalitätsbekämpfung – Wir ermitteln und klären auf	Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion	26
	Cybercrime	30
	Online-Wache	32
	SÄM: Neue Betrugsmaschen	33
	Visualisierung: „Falscher Polizist“	34
	Unsere Einsätze	35
	Hasskriminalität	36
	Schutz von Amts- und Mandatsträger/innen	37
	Subventionsbetrug in der Pandemie	38
	Audiovisuelle Vernehmungen	39
Verkehrssicherheitsarbeit – Sicher auf der Straße unterwegs	Verkehrslagebild in der Polizeidirektion Göttingen	42
	Hauptunfallursachen und Prävention	43
	Verkehrssicherheitsarbeit	44
	Sicherheit im Straßenverkehr	46
Im Portrait: Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/ Holzminden	Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden im Überblick	50
	Kommissariate in der Fläche	51
	Nachwuchswerbung in der Polizeiinspektion	52
	Interview: Neue Wege in der Gewinnung von Polizeinachwuchs	53
	Die Pandemie in der Inspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	54
	Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion	55
	Cybercrime	57
	Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	58-61
	Prävention	62
	Im Portrait: Das Polizeikommissariat Holzminden	63
	Unsere Einsätze	64
	Ausstellung: Einblicke in die wechselvolle Geschichte der Polizei	65
	Häusliche Gewalt, Amok-Prävention	66-67
	Partner für mehr Sicherheit	68
	Mediensicherheit von Kindern	70
	Prävention in der Corona-Pandemie	72
Technik & Ausstattung	Schutzausstattung und moderne Technik	74
	Schlusswort der Polizeipräsidentin	77
	Impressionen	78
	Impressum	79

Vorwort des Inspektionsleiters

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesen Zeilen möchte ich Sie dafür begeistern, mit Ihrer Polizei in einen Dialog zu treten. Sie halten den Sicherheitsbericht der Polizeidirektion Göttingen in der Version für die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden in den Händen – vielleicht schauen Sie aber auch gerade in Ihr Smartphone, in Ihr Tablet, oder Sie sitzen vor einem PC und haben das Dokument online gelesen. Dabei ist es ganz egal, auf welchen Wegen Sie sich für unseren Sicherheitsbericht interessieren. Der erste Schritt zu unserem Dialog ist schon getan.

Der Bericht soll Ihnen einen Einblick in die umfangreichen Aufgaben Ihrer Polizei im Weserbergland geben und als Jahresbericht für das Jahr 2020 natürlich auch die wichtigsten Ereignisse, Tätigkeiten und Neuerungen abbilden. Wir werden Sie erneut mit den bekannten Kennzahlen zur allgemeinen Kriminalitätslage, zum Einsatzgeschehen sowie zum Unfalllagebild versorgen. Machen Sie sich selbst ein Bild davon, was wir gemeinsam erreicht haben und seien Sie kritisch.

Wir werden in diesem Bericht viele Bilder meiner Kolleginnen und Kollegen zeigen. Sie sind es, die sich jeden Tag um unsere Sicherheit kümmern. Sie sind es auch, die sich in diesem Corona-Jahr besonders verantwortungsbewusst zeigen mussten, um das Virus nicht in die Organisation zu tragen und darüber hinaus für die Einhaltung der nicht immer beliebten Regeln zum Infektionsschutz durch aktive Kontrolltätigkeiten zu sorgen hatten.

Wenn Sie Fragen zu unserem Sicherheitsbericht haben, dann zögern Sie nicht: Treten Sie mit uns in Kontakt – lassen Sie uns darüber reden. Wenn Sie



uns Ihre Meinung zu dem Sicherheitsbericht zukommen lassen wollen, dann tun Sie das bitte. Wir freuen uns über jede Reaktion und werden Ihnen antworten – versprochen!

Eine Bitte habe ich noch: Lassen Sie uns im Umgang bitte fair bleiben. Das wünsche ich mir nicht nur für die Kommunikation über das Internet auf den Social-Media-Kanälen, sondern insbesondere auch für den Umgang auf der Straße. Abschließend möchte ich Ihnen versichern, dass wir auch in Zukunft als Garant für die Innere Sicherheit – gemein-

sam mit unseren Kooperations- und Netzwerkpartnern aus den Kommunen und den beiden Landkreisen – 24/7 für Sie da sein werden, um für eine sichere Region Weserbergland zu sorgen. Sie sehen das anders?

Dann lassen Sie uns darüber reden!

Ihr Matthias Kinzel

Jetzt wäscht zusammen,
was zusammen gehört.



Perfect Match

auf Niedersächsisch.



Wir sind stärker!
NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA



Organisation

Präsent vor Ort

In der Fläche präsent – für 1,2 Millionen Menschen

Die Polizeidirektion Göttingen ist an 91 Standorten vertreten

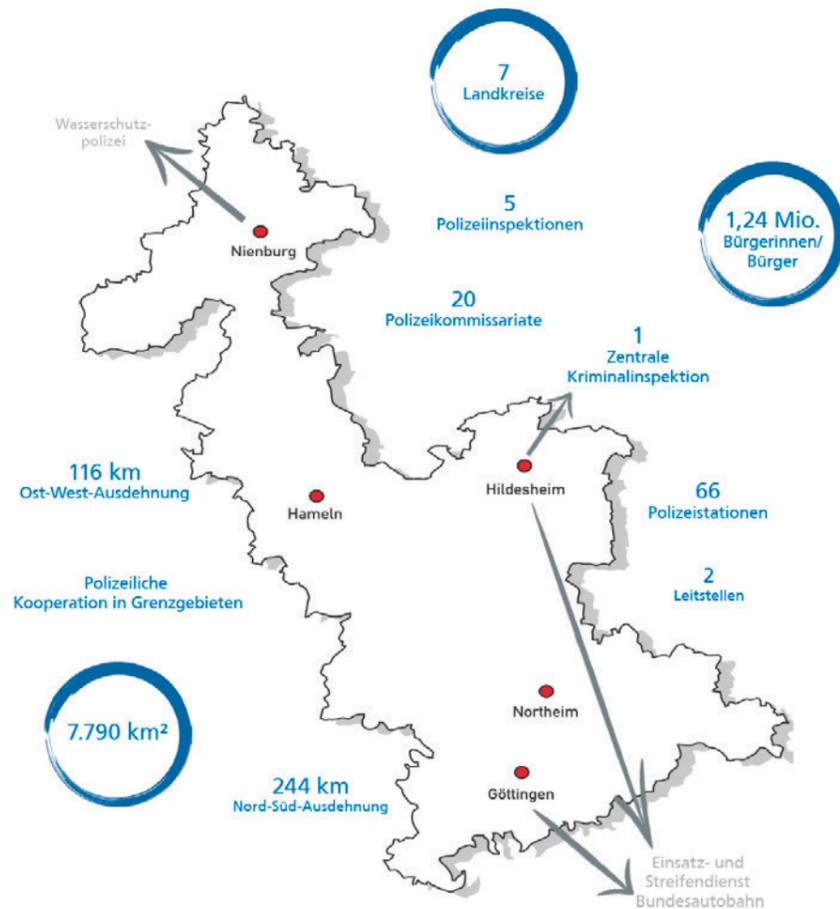
Der Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen erstreckt sich über eine Fläche von 7.790 Quadratkilometern von Hann. Münden im Süden bis nach Hoya im Norden sowie von Walkenried im Osten bis nach Uchte im Westen. Fünf Polizeiinspektionen sowie die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) sind der Behörde nachgeordnet.

In der Fläche ist die Direktion an 91 Standorten vertreten, in 27 Dienststellen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst rund um die Uhr im Einsatz. Für die Sicherheit auf den Autobahnen, die durch das Gebiet der Polizeidirektion Göttingen verlaufen – also die A7 sowie die A38 – sorgen die Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei.

Auf Weser und Aller

Auf dem Wasser ist die Polizeidirektion Göttingen ebenfalls vertreten: In Nienburg befindet sich eine der wenigen Wasserschutzpolizeistationen in Niedersachsen. Sie ist auf der Weser, der Aller, der Hamme und dem Dümmer See für etwa 380 Kilometer Wasserstrecke zuständig.

Zum Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen gehören sieben Landkreise sowie die selbstständigen Städte Hameln und Hildesheim und das einer kreisfreien Stadt gleichgesetzte Göttingen. Die Ost-West-Ausdehnung umfasst 116 Kilometer, die Nord-Süd-

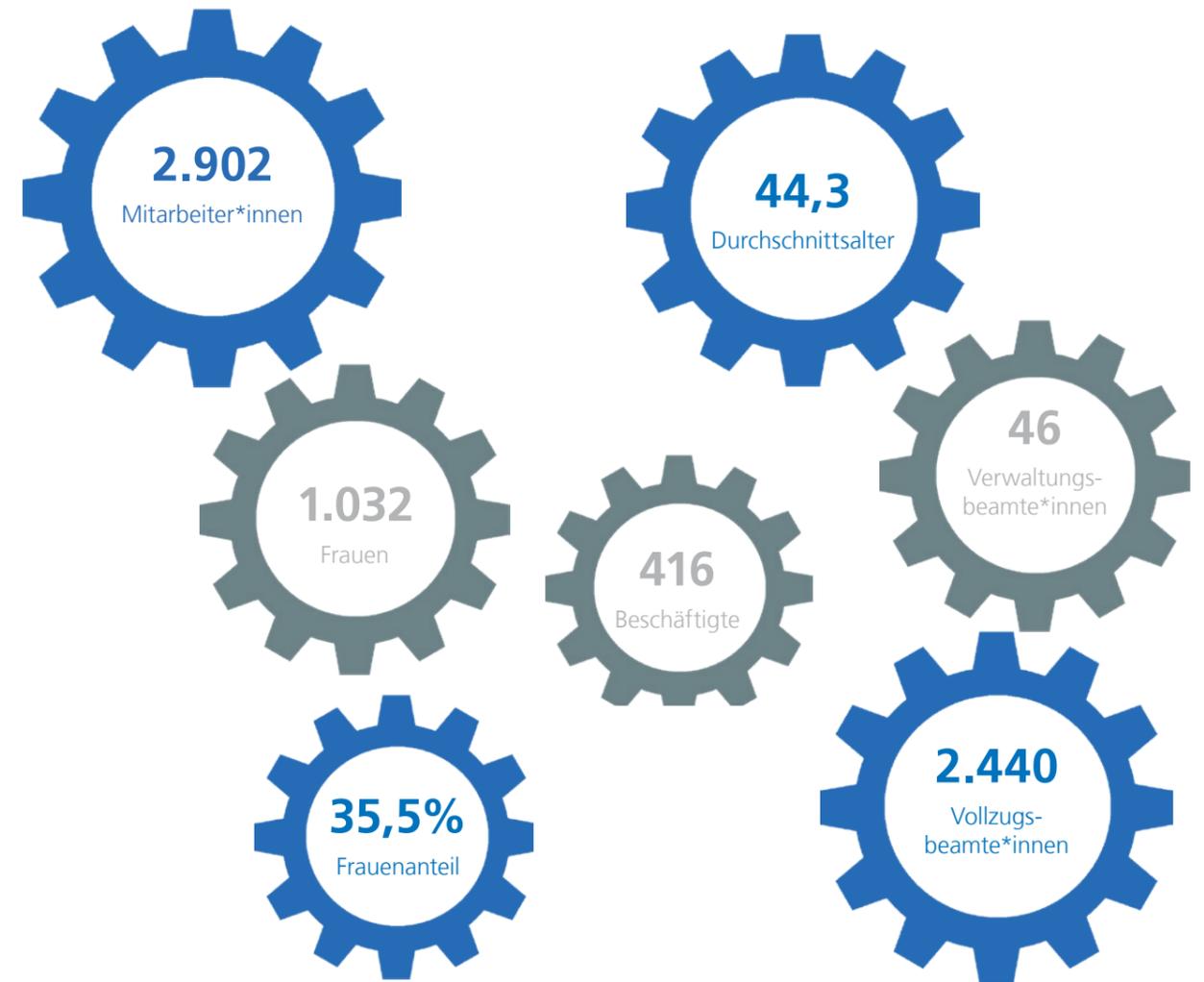


Ausdehnung 244 Kilometer. 1,24 Millionen Menschen leben in diesem Bereich. Aufgrund der Vielzahl an Standorten gilt für jeden Ort im Zuständigkeitsbereich: Die nächste Polizeidienststelle ist nicht mehr als 20 Kilometer entfernt. Im ungünstigsten Fall wird ein Einsatzort innerhalb von maximal 20 Minuten erreicht. Die Aufklärung von Straftaten und die Verfolgung von Ordnungswid-

rigkeiten sowie die Abwehr von Gefahren jeder Art bilden die Schwerpunkte polizeilicher Arbeit. Darüber hinaus sind die Verkehrssicherheitsarbeit inklusive der Bearbeitung von Unfällen, die Suche nach vermissten und hilflosen Personen sowie Einsatzbewältigung aus besonderem Anlass Teil der Arbeit der Beamtinnen und Beamten.

2.501 ausgelöste Alarmer	1.617 Such- und Fahndungsmaßnahmen bei Vermissten und Verschwundenen	748 Haftbefehle
3.528 Hilfeleistungen für hilflose Personen und bei Suizidversuchen	2.428 Beseitigungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich	6.212 Ordnungswidrigkeiten
7.811 Streits und Ruhestörungen	69.354 bearbeitete Strafanzeigen	2.281 Todesursachenermittlungen
1.371 erkennungsdienstliche Behandlungen	3.804 Fundsachen	28.610 bearbeitete Verkehrsunfälle
	711 Brandermittlungen	49.643 Verkehrsordnungswidrigkeiten Geschwindigkeiten

Aufgaben in Zahlen 2020



Personal in Zahlen

Mit Vielfalt und Expertise gesellschaftliche Herausforderungen meistern

Veränderungen in der Gesellschaft haben über kurz oder lang auch Auswirkungen auf die Arbeit von Sicherheitsbehörden. Schon lange verlässt sich die Polizei deswegen nicht nur auf die eigene Expertise.

Globalisierung, Digitalisierung, aber auch Veränderungen in der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger in einer multikulturellen Gesellschaft stellen die Polizei immer wieder vor Herausforderungen, auf die es angemessen zu reagieren gilt.

Um den richtigen Weg dafür zu finden, setzt die Polizeidirektion Göttingen schon seit vielen Jahren nicht nur auf die Expertise von Spezialistinnen und Spezialisten aus den eigenen Reihen, sondern auch auf das Fachwissen und die Praxiserfahrung von Fachkräften mit externem Ausbildungshintergrund.

Fachleute aus vielen Bereichen

Dazu gehören unter anderem Fachleute aus den Bereichen Interkulturelle Kompetenz, Rechtswissenschaften und Informatik, die in Bereichen, wie

der Bekämpfung von Cyberkriminalität, dem polizeilichen Staatsschutz, dem Prozessmanagement, dem Controlling und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind.

Insgesamt sind in der Polizeidirektion Göttingen 2902 Menschen tätig. Davon sind 2440 Vollzugsbeamtinnen und -beamte, 46 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und 416 Beschäftigte.

Das Durchschnittsalter aller weiblichen Mitarbeitenden liegt aktuell bei 41,12 Jahren, das Durchschnittsalter der männlichen Mitarbeitenden bei 46,14 Jahren.

Nachwuchs für den Polizeiberuf

Viele Wege führen an die Akademie



Der demografische Wandel macht auch vor der Polizei nicht Halt: Bis 2028 werden etwa 40 Prozent der Belegschaft in den Ruhestand versetzt werden. Angesichts dieser steigenden Pensionierungszahlen, kommt der Nachwuchsgewinnung eine große Bedeutung zu.

In der Polizeidirektion Göttingen kümmert sich das „Team regionale Einstellung“ um die Nachwuchsgewinnung. Zentrale Aufgabe ist es, junge Menschen für den Staatsdienst zu begeistern und für den Polizeiberuf zu gewinnen. Dabei haben die Kolleginnen und Kollegen die Argumente auf ihrer Seite: Kaum ein Beruf verfügt über ein solch positives Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Je nach Interessen und Kenntnissen bieten sich den Bewerberinnen und Bewerbern darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten – nicht zuletzt aufgrund der vielen Arbeitsbereiche, die die Polizei bietet. Eine weitere Aufgabe der Mitarbeitenden im „Team regionale Einstellung“ ist die Beratung und Betreuung der Bewerberinnen und Bewerber. Auch auf Berufsinformationsmessen sind die Kolleginnen und Kollegen vertreten. Im Jahr 2020 fielen diese Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie jedoch gänzlich aus.

Viele Wege zur Polizei

Der Weg zur Polizei muss nicht zwangsläufig über den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife führen. Auch Interessierte mit Sekundarabschluss II können nach Abschluss der Fachoberschule in den Polizeiberuf einsteigen. Der Schwerpunkt der Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen auf-

nehmen. Im Jahr 2020 haben sich 123 Fachoberschülerinnen und -schüler um ein Praktikum bei der Polizeidirektion Göttingen beworben, mit 13 von ihnen wurden entsprechende Verträge geschlossen. An der Polizeiakademie Niedersachsen starteten für die Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr 109 angehende Beamtinnen und Beamte, beworben hatten sich 676 Interessierte.

Bewerbungen und Auswahlverfahren 2020

676 Bewerbungen in der Polizeidirektion Göttingen (4932 landesweit)

109 Einstellungen in der Polizeidirektion Göttingen (623 landesweit)

123 Bewerbungen um Praktika in der PD im Rahmen der Fachoberschule FOS (1307 landesweit)

13 Abschlüsse von Verträgen für FOS-Praktika in der PD (109 landesweit)

Vielfältige Informationen zum Polizeiberuf und zu den Zugangsvoraussetzungen für die Polizeiakademie sind auch online unter www.polizei-studium.de zu finden.

Interesse geweckt?

Weitere Informationen zum Studium erhalten Interessierte bei:

Carmen Kauschke & Nicole Ostermann
0551/491-1314
nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de.



Der Behördenstab

Bindeglied, Fachaufsicht, Partner

Koordination, Unterstützung auf fachlicher Ebene und die Entwicklung hin zu einer zukunfts- und leistungsfähigen Organisation – das sind die Aufgaben des Behördenstabs der Polizeidirektion Göttingen, an dessen Spitze Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten steht.

Im Behördenstab sind fast 290 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zwei Abteilungen tätig, die sich auf sechs Dezernate verteilen. Daneben gehören das Diensthundführerwesen sowie die beiden Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen sowie „Süntel“ in Hameln zum Stab der Polizeidirektion Göttingen. Zentrale Aufgabe ist die Bearbeitung von Themenfeldern, die alle nachgeordneten Dienststellen betreffen oder von behördenübergreifender Bedeutung sind.

Der Stab ist darüber hinaus Bindeglied zwischen den Polizeiinspektionen und

Die Polizeipräsidentin

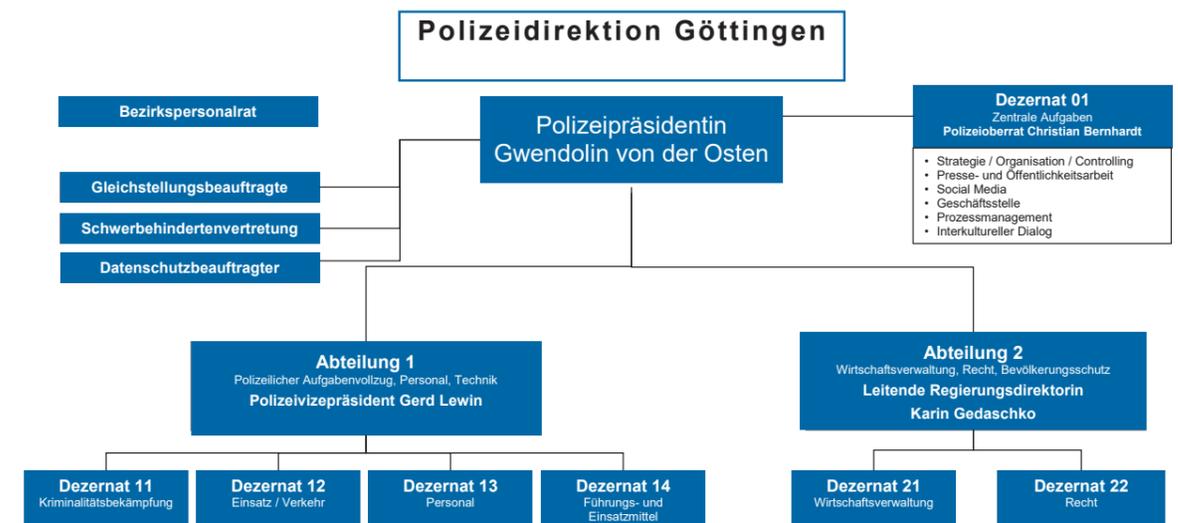
Gwendolin von der Osten ist seit Februar 2021 Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war sie Leiterin des Referats für Einsatz und Verkehr im Niedersächsischen Innenministerium. Sie ist Jahrgang 1971 und seit 2003 bei der Polizei. Gwendolin von der Osten ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Hannover.



dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport und berät Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben. In einigen Bereichen hat er sogar die Fachaufsicht, etwa im Bereich des Waffenrecht.

An der Spitze der Polizeidirektion Göttingen steht Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten. Sie folgte im Februar 2021 auf Uwe Lührig. Ihr sind die Abteilungen 1 und 2 unterstellt.

Darüber hinaus sind die Gleichstellungsbeauftragten, die Schwerbehindertenvertretung und der Datenschutzbeauftragte direkt bei ihr angesiedelt. Im engen Austausch steht sie auch mit dem Bezirkspersonalrat. Der Polizeipräsidentin ist zudem das Dezernat 01 angegliedert, in dem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Strategie, Controlling und Organisation, der Interkulturelle Dialog sowie die Geschäftsstelle verortet sind.





Der Vizepräsident

Gerd Lewin, Jahrgang 1960, ist seit 2019 Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war er in verschiedenen leitenden Funktionen, unter anderem in der Polizeidirektion Hannover und dem Niedersächsischen Innenministerium tätig. Er gehört der Polizei seit 1980 an. Gerd Lewin ist verheiratet, hat ein Kind und lebt in Hann. Münden.

Die Abteilung 1

Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung

Die Abteilung 1 der Polizeidirektion Göttingen ist für den polizeilichen Aufgabenvollzug, Personal und Technik verantwortlich. Sie wird vom Polizeivizepräsidenten Gerd Lewin geleitet, der ständiger Vertreter der Polizeipräsidentin ist. In der Abteilung 1 ist ein Großteil der Mitarbeitenden des Behördenstabs in vier Dezernaten verteilt.

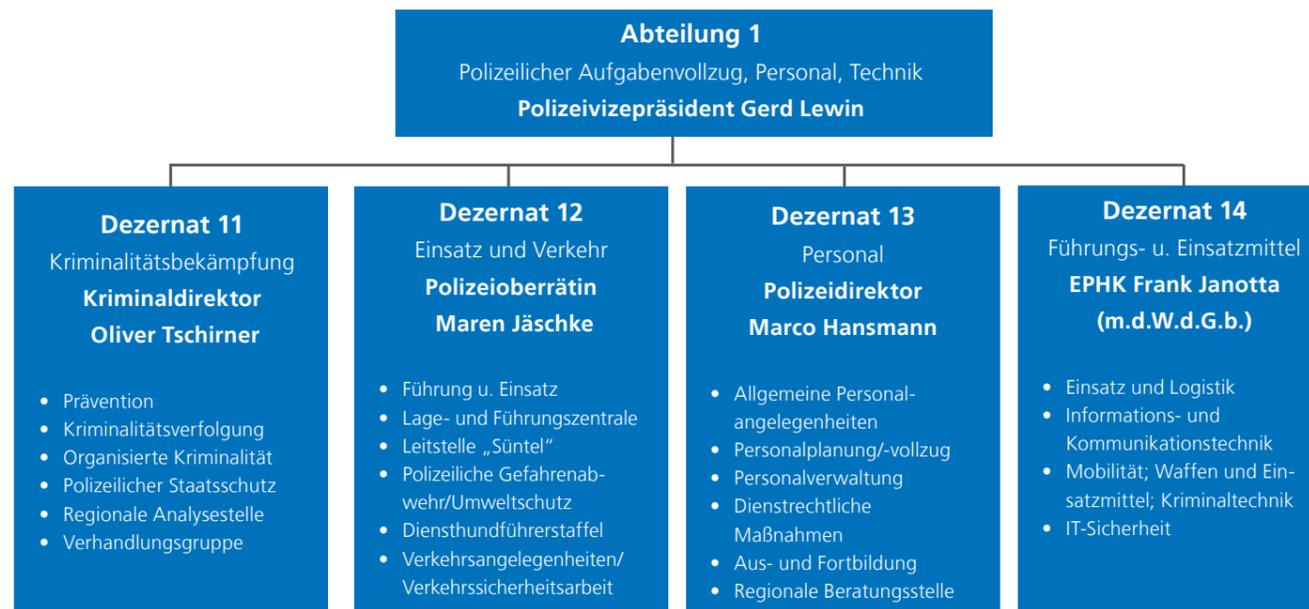
Das Dezernat 12 – Einsatz und Verkehr – hat eine besondere Stellung: Neben der originären Stabsarbeit werden hier auch operative Aufgaben wahrgenom-

men. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind etwa bei Großereignissen, wie Terror, Geiselnahmen oder Katastrophen aller Art, gefordert. Weiter sind die Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen und „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln sowie das Diensthundführerwesen hier angesiedelt.

Das Dezernat 11 ist für die gesamte Kriminalitätsbekämpfung in den Polizeiinspektionen zuständig, bewegt alle Themenfelder der Kriminalitätsbe-

kämpfung und übt die zentrale Dienst- und Fachaufsicht des Zentralen Kriminaldienstes aus.

Im Dezernat 13 – Personal – geht es neben den klassischen Personalangelegenheiten auch um die Aus- und Fortbildung sowie die Nachwuchsgewinnung. Darüber hinaus befindet sich hier auch die Beschwerdestelle der Polizeidirektion Göttingen. Moderne Einsatzmittel und aktuelle Technik sowie die Ausstattung der Mitarbeitenden – damit befasst sich das Dezernat 14.



Die Abteilung 2

Recht, Wirtschaft und Liegenschaften

Rechtsangelegenheiten und Wirtschaftsverwaltung – das sind die zentralen Aufgaben der Abteilung 2, die von der Leitenden Regierungsdirektorin Karin Gedaschko geführt wird. Bis Ende 2020 war auch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz hier angesiedelt, das seit 2021 einem neuen, zentralen Landesamt angehört.

Das Dezernat 22 ist für die rechtlichen Angelegenheiten der Polizeidirektion Göttingen zuständig. Zu den wesentlichen Aufgaben zählt das Führen und Betreuen von Rechtstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten und den ordentlichen Gerichten sowie die Beratung der Dezernate in grundsätzlichen Rechtsfragen des Aufgabenvollzugs. Darüber hinaus prüft und reguliert es Schadensersatzansprüche, die insbesondere aus Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Dienstkraftfahrzeugen hervorgehen, sowie Schadensersatzansprüche, die durch Dritte verursacht werden. Im Jahr 2020 haben sich die



Die Abteilungsleiterin 2

Karin Gedaschko, Jahrgang 1961, ist seit 2019 Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion Göttingen. Sie ist seit 1998 im Bereich der Polizei tätig, zuletzt als Leiterin des Rechtsdezernats der Polizeidirektion Hannover. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder aus erster Ehe und lebt in Göttingen, Buchholz und Wien.

Mitarbeitenden des Dezernats 22 vor allem mit Rechtsfragen rund um die Pandemie befasst.

Liegenschaften & Budget

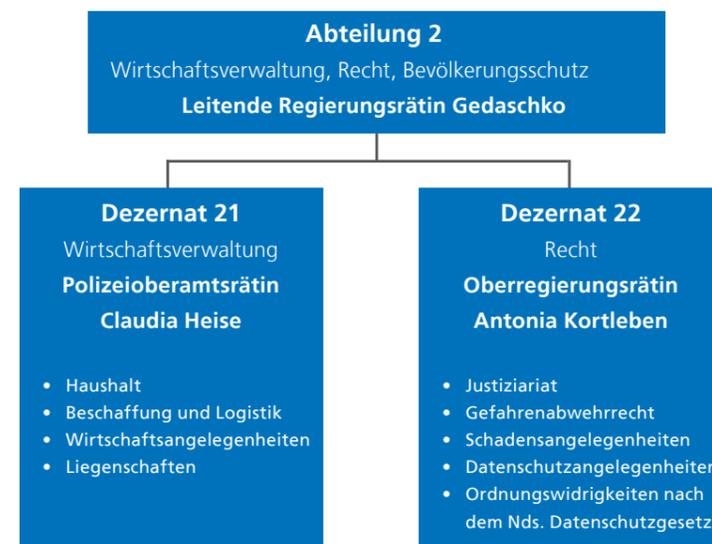
Das strategische Liegenschaftsmanagement für alle von der Polizeidirektion Göttingen genutzten Gebäude sowie die Hausverwaltung der Gebäude in

der Groner Landstraße und der Robert-Bosch-Breite in Göttingen obliegt dem Team Liegenschaften des Dezernats 21. Die Wirtschaftsverwaltung verantwortet ein Budget von 11,9 Millionen Euro, das für die Bewirtschaftung der Liegenschaften, die Unterhaltung des Fuhrparks, die Ausstattung der Operativkräfte und vieles mehr eingesetzt wird.

Amtshilfe in der Corona-Pandemie

Bis Ende des Jahres 2020 gehörte auch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz (AfBK) zur Polizeidirektion Göttingen (Dezernat 23). Eine zentrale Aufgabe war die Koordinierung des behördenübergreifenden Katastrophenschutzes. Seit März 2020 unterstützte das AfBK die Landkreise und Städte bei der Bewältigung der Pandemie.

Insbesondere während der ersten Welle half es bei der Beschaffung und Auslieferung von Masken, Einmalhandschuhen, Schutzkitteln, Desinfektionsmitteln, aber auch von medizinischen Geräten. Im Zuge einer Neuorganisation wurden die sechs Ämter für Brand- und Katastrophenschutz aus den Polizeidirektionen herausgelöst und zum 1. Januar 2021 in ein neues Landesamt überführt.



Eine starke Stimme für die Mitarbeitenden Vertretungen in der Polizeidirektion



Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für das Zusammenleben von Menschen haben sich erheblich verändert und sind heute durch eine bunte Vielfalt gekennzeichnet – darauf reagiert die Polizei.

Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Klassische Rollenbilder gelten als überholt, neue Lebensweisen sind schon lange fester Bestandteil einer toleranten Gesellschaft. Die Polizei hat auf diese neuen Lebensumstände frühzeitig reagiert.

Eine starke Stimme für alle Mitarbeitenden – das sind die Personalräte in den Polizeiinspektionen sowie der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Göttingen, die bei personellen, sozialen und sonstigen innerbetrieblichen und organisatorischen Maßnahmen ein Mitspracherecht haben. 2020 war ihre Arbeit maßgeblich von der Corona-Krise geprägt. Mit dem ersten Lockdown im Frühjahr mussten Arbeitszeitmodelle entwickelt werden, um eine einsatzfähige Polizei auch bei Infizierungen und Quarantäne zu gewährleisten. Der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Göttingen hat im Jahr 2020 zudem einen Generationenwechsel vollzogen, wie er in vielen Bereichen der Polizei momentan stattfindet. Er hat einen neuen Vorsitzenden und eine neue Tarifvertretung.

Gleichstellung

Gleichberechtigung und Gleichstellung fördern und durchsetzen – das ist die Aufgabe der Gleichstellungsbeauf-

tragten der Polizeidirektion Göttingen. Neben Beratungsgesprächen zu unterschiedlichsten Inhalten, wie im Zuge der Corona-Pandemie der Möglichkeiten des Home-Office, sowie der Teilnahme an Auswahlkommissionen und Arbeitsgruppen stand der neue Gleichstellungsplan für die Polizeidirektion im Mittelpunkt der Arbeit. Weitere Themen waren die geschlechtergerechte Beurteilung und die Entwicklung von neuen Seminarmodulen, um Frauen für Führungspositionen weiterzubilden.

LSBTI-Ansprechpersonen

Lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) haben in der Polizeidirektion Göttingen gleich zwei Ansprechpersonen. Aufgabe ist unter anderem die Beratung und Begleitung von Mitarbeitenden bei Problemen, Konflikten oder Krisen sowie die Sensibilisierung und Aufklärung von Kolleginnen und Kollegen. Die Ansprechpersonen stehen dabei nicht nur Angehörigen der eigenen Organisation zur Verfügung – auch Bürgerinnen und Bürger können sich an sie wenden.

Schwerbehindertenvertretung

Die Schwerbehindertenvertretung (SBV) hat die Aufgabe, die Eingliederung

schwerbehinderter Menschen in den Dienststellen zu fördern. Sie vertritt deren Interessen gegenüber der Behörde und den Inspektionen und steht ihnen beratend und helfend zur Seite. Im Rahmen der Mitbestimmung ist die SBV an Personalmaßnahmen, wie Stellenausschreibungen, Einstellungen, Versetzungen und Kündigungen, sowie an präventiven Maßnahmen zu beteiligen.

BEM – Betriebliches Eingliederungsmanagement

Lösungswege aus einer langfristigen Erkrankung finden – durch Veränderungen am Arbeitsplatz, besondere Arbeitsmittel oder sogar einen eventuellen Arbeitsplatzwechsel – mit dem Ziel, künftige Krankheitsphasen von Mitarbeitenden wenn möglich zu minimieren – das ist die Aufgabe des betrieblichen Eingliederungsmanagements. Unterstützung erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bedarf auch vom Personalrat, von der Schwerbehindertenvertretung, dem Polizeiarzt, der Gleichstellung und der Regionalen Beratungsstelle.

Alle Maßnahmen sind ein Angebot und basieren dabei auf freiwilliger Basis, der/die Betroffene ist immer „Herr des Verfahrens“.



Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen



Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

155.000 Notrufe erreichen die Leitstellen „Weser“ und „Süntel“

In der Polizeidirektion Göttingen wird das gesamte Notruf- und Einsatzmanagement in zwei Lage- und Führungszentralen koordiniert. Die Leitstelle „Weser“ ist dabei für den südlichen und östlichen Teil des Direktionsbereichs zuständig, die Leitstelle „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland für den nördlichen und westlichen Teil.

Die Leitstelle „Weser“ koordiniert alle Notrufe und Einsätze, die aus den Bereichen der Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim kommen. Darüber hinaus stellt sie als Behördenleitstelle eine Kontaktstelle zu anderen Behörden dar, etwa bei größeren oder behördenübergreifenden Einsätzen.

44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Leitstelle „Weser“ täglich an 24 Stunden im Schichtdienst tätig und bearbeiten durchschnittlich alle zwei

bis drei Minuten einen Notruf, der sie über die Notrufnummer 110 erreicht. Im Jahr 2020 erreichten 65.000 Notrufe (2019: 73.000) die Leitstelle „Weser“.

Die Leitstelle „Süntel“ ist für die Bereiche der Polizeiinspektionen Hildesheim, Hameln-Pyrmont/Holzwinden sowie Nienburg/Schaumburg zuständig. Hier gingen im abgelaufenen Jahr etwa 90.000 Notrufe (2019: 89.000) ein, die von 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet wurden.

Nicht jeder Einsatz, der von den Leitstellen koordiniert wird, geht dabei auf einen Notruf zurück, auch Meldungen direkt bei einer Polizeiwache oder eigeninitiierte Feststellung der Beamtinnen und Beamten ziehen Einsätze nach sich. Im Jahr 2020 waren es insgesamt etwa 240.000 Einsätze in den beiden Leitstellen („Weser“: 96.000, „Süntel“: 144.000).

Einsätze und Einsatzstunden

Im Jahr 2020 gab es eine ganze Reihe herausragender Einsätze, die mit einer Vielzahl von Einsatzstunden von den Beamtinnen und Beamten bewältigt werden mussten, darunter der Rückführungstransport deutscher Wiederaufbereitungsabfälle von Sellafeld nach Biblis im November (7.900 Einsatzstunden), die Waldrodung in Heckenbeck (4.800) und eine umfangreiche Ermittlungskommission im Bereich Drogenkriminalität (3.300). Den größten Posten machten jedoch die Corona-Kontroll- und Präsenzeinsätze sowie die Ausschreitungen im Zusammenhang mit Quarantänemaßnahmen an einem Göttinger Wohnkomplex mit insgesamt 78.400 Einsatzstunden aus. Insgesamt leisteten die Beamtinnen und Beamten im vergangenen Jahr 182.800 Einsatzstunden im Rahmen besonderer Einsätze (2019: 106.000).

Die Pandemie in der Direktion

Bewältigung eines neuen Alltags

Mit dem Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland stand auch die Polizeidirektion Göttingen vor der Bewältigung einer äußerst dynamischen Lage und vielen neuen sowie unbekannteren Herausforderungen. Besonders in der Anfangsphase gab es viele Veränderungen, auf die sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen mussten.

Zur Bündelung der zahlreichen Informationen sowie zur Koordination der sich aus der Lage ergebenden Maßnahmen

waschbare Mehrweg-Schutzhandschuhe

men – sowohl intern als auch extern – wurde am 11. März die Koordinierungsstelle (KoSt) „Corona“ unter der Leitung von Polizeioberrätin Maren Jäschke am Sitz der Polizeidirektion Göttingen eingerichtet. Die Federführung der KoSt „Corona“ liegt auch derzeit noch im Dezernat 12 (Einsatz/Gefahrenabwehr). Die Dezernate 01 (interne und externe Öffentlichkeitsarbeit), 13 (Personal), 14 (Technische Unterstützung und Einsatzmittel/Schutzausstattung), 21 (Haushalt/Beschaffung) sowie das Dezernat 22 (Recht) unterstützen durch ihre Fachkenntnisse die Arbeit der Koordinierungsstelle.

Nach kurzer Zeit wurden auch in den Polizeiinspektionen aufgrund der Vielzahl an notwendigen Regelungen eigene Koordinierungsstellen „Corona“ installiert.

Schutzbrille und FFP2-Maske

Vielseitige Aufgaben in der „KoSt Corona“

Die Aufgaben in der KoSt „Corona“ waren bzw. sind anhand der nachfolgenden Beispiele immer noch äußerst vielseitig.

Nachdem die Beschränkungen im öffentlichen Raum zunächst selbstständig durch die jeweiligen Landkreise geregelt wurden, erschien am 24. März 2020 die erste landeseinheitliche Verordnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Bis zum Jahresende wurden mehr als 25 Fassungen der sogenannten „Corona-Verordnung“ erlassen, die auf die jeweilige Entwicklung der Pandemie reagiert haben.

Einwegschutzanzug

Die KoSt „Corona“ fasste die Regelungen der jeweils gültigen Verordnung in sogenannten Handouts für die kontrollierenden Einsatzkräfte zur Erleichterung dieser Aufgabe und zur Stärkung der Handlungssicherheit zusammen.

Auch intern wurde auf die neue Situation reagiert: Um den möglichen Ausfall einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und



Mitarbeitern zu verhindern bzw. zu bewältigen und die Funktionsfähigkeit der Polizei in diesem Fall zu gewährleisten, wurden durch die Polizeiinspektionen, die Zentrale Kriminalinspektion und den Stab der Polizeidirektion Göttingen sogenannte Pandemiepläne entwickelt. Zudem wurden unter anderem Hygienemaßnahmen umgesetzt, Kohorten gebildet und Schichtpläne umgestellt.

Dank dieser schnellen Reaktion blieb die Zahl der Infektionen in der Polizeidirektion Göttingen niedrig: Bis zum 31. Dezember 2020 waren lediglich 41 der fast 3.000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Covid-19 erkrankt. Es lässt sich also in einem ersten Fazit festhalten, dass vermutlich durch die getroffenen Maßnahmen und die konsequente Einhaltung der Infektionsschutzregeln die Erkrankung einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zum Jahresende 2020 verhindert und die

Arbeit der Polizei sichergestellt werden konnte. Ein großer Arbeitsanteil in der KoSt „Corona“ waren auch die zahlreichen neuen Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit. Es mussten unter anderem Regelungen für die Arbeit im Home-Office, zur Betreuung der eigenen Kinder durch die Mitarbei-



Ein großer Arbeitsanteil in der KoSt „Corona“ waren auch die zahlreichen neuen Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit.

terinnen und Mitarbeiter, dem Umgang mit Mitarbeitenden, die in amtlicher oder vorsorglicher Quarantäne waren und Mitarbeitenden, die einer Risikogruppe angehören, getroffen werden. Weiterhin mussten auch Themen wie Urlaubsreisen oder die Rückkehr aus Risikogebieten, der Umgang mit Dienstreisen und die Nutzung des öffentlichen

Nahverkehrs durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei betrachtet werden.

Die Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen wurde auf eine pandemiekonforme Umsetzung umgestellt. Es wurden umfassende Hygienekonzepte oder Lehrgänge in digitaler Form entwickelt.

In Zusammenarbeit mit den Dezernaten 14 und 21 wurde auch umfassend unterschiedliche Schutzausstattung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Hierbei wurden unter anderem Einweghandschuhe, OP-, FFP2-, und sogenannte Alltagsmasken, Schutzbrillen, Einweganzüge und Desinfektionsmittel über die Zentrale Polizeidirektion beschafft.

Abschließend ist festzustellen, dass die Corona-Pandemie viele neue Herausforderungen für die Polizeidirektion Göttingen geschaffen hat und auch im Jahr 2021 einen wesentlichen Anteil in der täglichen Polizeiarbeit einnehmen wird.

Erfahrungsbericht

Rückzug ins Private: Arbeiten in der Corona-Pandemie

Ines Radünz ist Sachbearbeiterin in der Regionalen Analysestelle im Dezernat 11 der Polizeidirektion Göttingen. Sie arbeitet in Teilzeit, um ihren Sohn im Kindergartenalter betreuen zu können. Die Corona-Pandemie hat sie – wie so viele Menschen – vor Herausforderungen gestellt. Ihr Telearbeitsplatz hat ihr jedoch geholfen, die Zeit des Lockdowns zu überbrücken. In einem Erfahrungsbericht schildert sie, wie ihr das gelungen ist und was der Rückzug ins Private in der Praxis bedeutete.



„Da mein Mann beruflich sehr viel unterwegs ist, bin ich fast ausschließlich für die Kinderbetreuung zuständig. Aktuell habe ich eine Wochenarbeitszeit von 20 Stunden. Damit ich Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren kann, habe ich mich vor längerer Zeit dazu entschlossen, einen Telearbeitsplatz zu beantragen. Das bietet mir die Möglichkeit, grundsätzlich zwei Tage im Home-Office und drei Tage in der Dienststelle zu arbeiten. Als es im März 2020 zum ersten Lockdown kam, befand ich mich in einer glücklichen Situation, da ich aufgrund meines bereits bestehenden Telearbeitsplatzes zu Hause technisch ausgerüstet und somit voll arbeitsfähig war. Die einzige Schwierigkeit bestand nun plötzlich darin, einen 4-Jährigen während meiner Arbeitszeit zu beschäftigen. Das funktionierte allerdings besser als gedacht, da sich mein Sohn schon weitestgehend selber mit unterschiedlichen Dingen befassen konnte. Somit ließen sich Arbeit und Kind gut miteinander kombinieren. Allerdings war anfangs noch nicht absehbar, dass in den folgenden Tagen aus meinem Vier-Stunden-Arbeitstag ein

bis zu Acht-Stunden-Arbeitstag werden sollte. Immer mehr Mitarbeitende wurden ins Home-Office geschickt oder waren krank, so dass wir plötzlich mit erheblichem Personalmangel und technisch schlecht ausgestatteten Home-Office-Arbeitsplätzen vor neuen Herausforderungen standen. Unser Dezernat sollte ja weiterhin arbeitsfähig bleiben. Es mussten Lösungen für alltägliche Dinge geschaffen werden, wie etwa die eigentlich einfache Vorbereitung und Besprechung der Frühlage mit allen Mitarbeitenden des Dezernats. Ich konnte viele Aufgaben übernehmen, weil ich zu dem Personenkreis zählte, der von zu Hause aus voll arbeiten konnte. Das Aufkommen war mit meiner Arbeitszeit jedoch nicht zu schaffen.

Flut an Corona-Anfragen

Neben den Alltagsaufgaben kam erschwerend hinzu, dass speziell für meinen Arbeitsbereich der Auswertung eine noch nie dagewesene Zahl an Anfragen in Bezug auf Corona gestellt wurden. Es erforderte Ruhe und Konzentration sich ein Konzept zu

überlegen, wie diese Anfragen technisch umzusetzen sind. Da aber mein Sohn acht Stunden am Stück nicht ohne Betreuung auskam, war das für mich die größte Herausforderung – allen gerecht zu werden. Ich habe schnell gemerkt, dass ich mit dieser Doppelbelastung nicht lange durchhalten werde. Also strukturierte ich meinen Tag neu: Ich begann um 6 Uhr zu arbeiten, wenn mein Sohn noch schlief, und nutzte über den Tag jede Gelegenheit, die sich zum Arbeiten bot. Unerledigte Aufgaben holte ich nach, wenn mein Mann zuhause war. Nach circa vier Wochen hatte sich die Lage etwas entspannt. Im Dezernat hatte sich ein beständiger, gut funktionierender Alltag unter besonderen Umständen eingespielt. Somit konnte ich die zahlreichen Überstunden abbauen und danach meinen gewohnten vier Stunden Arbeitsalltag mit meinem Sohn bis Mitte August unproblematisch von zu Hause aus fortführen. Abschließend kann ich sagen, dass ich dank meines Telearbeitsplatzes sehr flexibel war und ich dadurch die Herausforderungen gut meistern konnte.“

Ausstattung in der Pandemie

Schutzausrüstung für alle Einsatzkräfte

Die Corona Pandemie hat im Jahr 2020 auch im Bereich Führungs- und Einsatzmittel einige logistische Herausforderungen mit sich gebracht und Arbeitsschwerpunkte maßgeblich mitbestimmt. Mit Einsetzen der Pandemie im Frühjahr 2020 galt es zunächst bei knappen Ressourcen entsprechende Schutzausrüstung bedarfsgerecht an die Dienststellen in der Polizeidirektion Göttingen zu verteilen.

Neben zertifizierten FFP-Masken für Einsatzsituationen mit erhöhtem Infektionsrisiko sowie medizinischen OP-Masken wurden für alle Mitarbeitenden auch sogenannte Community-Masken beschafft, die beispielsweise auf der Dienststelle oder bei schlicht hoheitlichen Aufgaben getragen werden konnten. Außerdem wurden unter anderem Einmal-Schutzanzüge und -Handschuhe, Schutzbrillen, diverse Hand- und Flächendesinfektionsmittel, aber auch Trennschutzwände aus Plexiglas in der gesamten Polizeidirektion Göttingen in die unterschiedlichsten Arbeitsbereiche verteilt. Dies erfolgte in enger Abstimmung zwischen dem Dezernat 14 und der im Dezernat 12 eingerichteten Koordinierungsstelle „Corona“. Die Schutzausrüstung wurde dabei sowohl zentral durch das Land Niedersachsen als auch eigenständig durch die Polizeidirektion Göttingen beschafft.

Daneben musste aber auch speziell im IT-Bereich auf neue, durch die Pandemie verursachte Gegebenheiten reagiert werden. So wurden bereits vorhandene Möglichkeiten der VPN-Nutzung (verschlüsselter Fernzugriff auf das Dienststellenetz) weiter ausge-



baut, sodass Mitarbeitende, die nicht unmittelbar im operativen Bereich tätig sind, bei Bedarf im Home-Office ihrer Arbeit nachgehen können.

Darüber hinaus wurde auch die Nutzung von Videokonferenzsystemen weiter intensiviert, um im Rahmen der Kontaktreduzierung Besprechungen als Videokonferenzen abhalten zu können. Die Software wurde dabei vom IT-Dienstleister IT Niedersachsen auf dem sogenannten Polizei Client, dem Standard-IT-System der Polizei Niedersachsen, zur Verfügung gestellt.

Daneben wurden weitere Peripheriegeräte wie Kameras und Headsets innerhalb der Polizeidirektion Göttingen beschafft. Die positiven Erfahrungen, gerade mit den Videokonferenzsystemen, haben gezeigt, dass sich auch

nach der Pandemie viele Vorteile durch die neuen Techniken ergeben. So muss beispielsweise zukünftig nicht mehr jede Besprechung als Präsenzveranstaltung stattfinden. Neben einem Zeitvorteil für den Einzelnen durch den Wegfall von Anfahrtswegen können insbesondere auch Kosten bei den Dienstreisen eingespart werden. Gleichwohl können dadurch Präsenzbesprechungen nicht in Gänze ersetzt werden.

Daneben greift die Polizeidirektion Göttingen weiterhin auf die bewährten Kommunikationsmittel wie die Telefonie oder E-Mail zurück. Im Bereich der Telefonie wurden und werden auch zukünftig in der gesamten Polizeidirektion Göttingen die weiteren Voraussetzungen für die Umstellung der noch vorhandenen analogen Technik auf moderne IP-Technik vollzogen.



Tandem-Projekt Einsatzbearbeitung

Einblick in neue Bereiche: Teams tauschen ihre Dienststellen

Junge Polizeibeamtinnen und -beamte werden nach Abschluss ihres Studiums immer öfter in die beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen versetzt. Um diesen jungen Mitarbeitenden schon früh den Einsatz- und Streifendienst näherzubringen und damit einem häufig geäußerten Wunsch entsprechen zu können, wurde in Dezernat 12 der Polizeidirektion ein Projekt ins Leben gerufen – die Tandem-Einsatzbearbeitung (TEG).

Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden oftmals in die Leitstellen versetzt, ohne Erfahrungen im Einsatz- und Streifendienst (ESD) gesammelt zu haben. Diese Erfahrungen sind in einer Polizeileitstelle bei der Einsatzannahme, -vergabe und -koordination jedoch ein zentrales Element, um ein qualitativ hochwertiges Einsatzmanagement zu betreiben. Schon nach kurzer Verweildauer wechseln die jungen Kolleginnen und Kollegen deshalb in den ESD. Versetzungen von (dienst)erfahrenen Polizeibeamten und -beamtinnen aus den Einsatz- und Streifendiensten in die beiden Leitstellen erfolgen dagegen nur

selten. Um beiden Seiten die Möglichkeit zu geben, beide Bereiche kennenzulernen, besteht bereits seit mehreren Jahren die Option einer Hospitation im jeweils anderen Bereich – und diese Option wird immer intensiver in Anspruch genommen. Denn durch die Wahrnehmung der Aufgaben in der Leitstelle wird unter anderem das Verständnis für die Zusammenarbeit erhöht, und auch die Erweiterung der persönlichen Kompetenzen wird als ein großer Vorteil der Hospitation betrachtet.

Die bisherigen Hospitationen werden jetzt durch das Projekt TEG strukturiert: Jeweils ein Teilnehmer/eine Teilnehmerin aus dem Einsatz- und Streifendienst der Polizeiinspektionen Göttingen und Hameln-Pyrmont/Holzminden bildet zusammen mit einem Teilnehmer/einer Teilnehmerin aus einer der beiden Leitstellen ein Tandem und tauscht für einen Zeitraum von drei Monaten die jeweilige Dienststelle.

Nach einem erfolgreichen Interessensbekundungsverfahren ist das Projekt, das im Jahr 2020 geplant wurde, am 1. Januar 2021 gestartet und wird bis

Ende des Jahres dauern. Die Organisation und Umsetzung des Projekts hat das Dezernat 12 verantwortlich übernommen. Es wurden sieben Teams gebildet, die nun in der jeweils anderen Dienststelle ihren Dienst versehen. Die Pilotierung ermöglicht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Erweiterung ihrer Tätigkeiten und den Ausbau von Kompetenzen im Rahmen einer abwechslungsreichen Dienstverrichtung. Sie können ihr Fachwissen sowohl im Bereich der Leitstellen als auch im ESD erweitern, das Zusammenwirken der Organisationseinheiten (noch) besser verstehen sowie dabei helfen, das wechselseitige Verständnis zu fördern und den Wissenstransfer zu optimieren.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Projekt Ende November 2020 von Polizeioberrätin Maren Ilka Jäschke, damalige Dezernatsleiterin 12. Sie lernten sich im Rahmen einer kurzen Informationsveranstaltung kennen und erhielten von Pilotierungsleiterin, Polizeioberkommissarin Anne Petzoldt, allgemeine sowie individuelle Hinweise zum Start der Pilotierung.

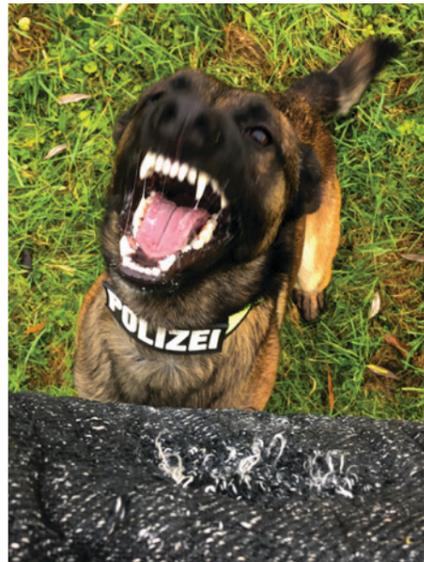
Hunde im Dienst der Polizei

Wie aus einem Welpen ein Schutzhund wird

Die Polizeidirektion Göttingen verfügt über 34 Diensthunde, vier davon befinden sich noch in der Ausbildung. Doch wie wird man Diensthundführer? Wie sieht der Werdegang aus? Und wie wird der Hund ausgebildet? Darüber berichtet Polizeikommissarin Antonia Biella von der Diensthundführergruppe Hameln.

„Seit dem 1. Oktober 2019 bin ich Angehörige der Diensthundführergruppe Hameln. Mein Diensthund Fang wurde mir im Alter von 14 Monaten nach erfolgter Eignungsüberprüfung und Ankauf durch das Zentrale Diensthundwesen der ZPD zugewiesen. Damit begann unsere gemeinsame Zeit.

Die Diensthunde leben bei ihren Diensthundführern und werden somit ein Familienmitglied. Um Fang in meine Familie integrieren zu können, musste ich ihn zunächst an meinen bereits vorhandenen Hund gewöhnen. Danach



stand dem Zusammenleben und der gemeinsamen Ausbildung nichts mehr im Wege. Um mit Fang ein Team zu werden, verbrachte ich vom ersten Tag an viel Zeit mit ihm. Zur Förderung unserer Bindung, seines Gehorsams und seiner Umweltsicherheit stellte ich ihm Aufgaben, die mit viel Spiel und Futter belohnt wurden.

Damit der Diensthundführer mit seinem Diensthund die Einsatzfähigkeit erhält, müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein:

1. Teilnahme am Basis-Seminar für Diensthundführer

Der/die zukünftige Diensthundführer/-in muss das Basis-Seminar für zukünftige Diensthundführer beim Zentralen Diensthundwesen der ZPD mit Erfolg besuchen. Dieses Seminar dauert insgesamt vier Wochen. Hier wird ein umfangreiches Fachwissen in Form von spezifischen Rechtsvorschriften, Lern-

verhalten und Fähigkeiten von Hunden, Ausbildungsmethodiken sowie in der Anatomie von Hunden vermittelt. Das Seminar endet mit einer theoretischen und praktischen Prüfung.

2. Bestehen der Zulassungsprüfung

Um ein erfolgreiches Bestehen der Zulassungsprüfung zu gewährleisten, ist eine umfangreiche und intensive Ausbildung des Diensthundes notwendig. Diese Ausbildung findet in der Regel bei der jeweiligen Diensthundführergruppe unter Leitung eines erfahrenen Diensthundführers, dem Aus- und Fortbildungsleiter, statt. Zurzeit findet die Ausbildung der Diensthundführer der Polizeidirektion Göttingen und ihrer Junghunde zentral unter der Leitung der Aus- und Fortbildungsleiterin der Diensthundführergruppe Hildesheim statt.

Die Zulassungsprüfung für Diensthun-

de der Polizei Niedersachsen beinhaltet drei Hauptelemente, auf die der/die Diensthundführer/-in mit seinem/ihrer Diensthund vorbereitet werden: Gehorsam, Nasenarbeit und Schutzdienst. Wichtige Voraussetzung für den Einsatz des Teams Diensthundführer/-in und Diensthund ist der **Gehorsam**. Der Diensthund muss auf Hörzeichen „bei Fuß gehen“, das heißt, seinem/er Diensthundführer/-in auch unter Richtungswechseln und in unterschiedlichen Laufgeschwindigkeiten eng folgen. Dabei müssen auf Hörzeichen auch verschiedenste Positionen, wie „Sitz“, „Platz“ und „Steh“ ausgeführt werden.

Bei einer Schussabgabe soll sich der Diensthund unbeeindruckt und neutral verhalten.

Der Diensthund muss zeigen, dass er sich gegenüber einer zu kontrollierenden Personengruppe aufmerksam verhält und auf Anweisung verschiedene Hindernisse überwindet. Auch das Tragen des Diensthundes ist Bestandteil des Gehorsams. Dies könnte in späteren Einsatzlagen benötigt werden, um den Diensthund über Scherben oder ähnliches hinwegzutragen und somit vor Verletzungen zu schützen.

Die Neutralität anderen Hunden gegenüber wird in der Zulassungsprüfung ebenfalls überprüft. Denn in manchen Einsätzen, wie Demonstrationen oder Fußballspiele, ist es erforderlich, dass mehrere Diensthundführer zeitgleich mit ihren Diensthunden agieren.

Bei der **Nasenarbeit** wird der Hund ausgebildet, unabhängig von der Umgebung – Wald, Wiesen, Wege – verschiedenste Gegenstände aufzufinden und anzuzeigen. Dies ist im späteren Einsatz für die Beweismittelsuche (unter anderem Diebesgut oder Tatwerkzeuge) von Bedeutung. Hierbei wird der Diensthund darauf konditioniert, auf jeden Gegenstand, der sich geruchlich von der Umgebung abhebt, zu reagieren.

Im **Schutzdienst** muss der Diensthund lernen, einen sich verborgen haltenden Täter – hier den sogenannten Schutzdiensthelfer – aufzuspüren und durch Verbellen anzuzeigen. Ebenso muss er die körperliche Durchsuchung und den Transport eines vorläufig festgenommenen Täters absichern sowie dessen Flucht auf Anweisung durch Zubeißen verhindern. Gibt der Täter die Flucht auf, so hat der Diensthund den Täter zu stellen und zu verbellen. Auch müssen Angriffe auf den/ die Diensthundführer/-in und andere Personen vom Diensthund zuverlässig vereitelt werden.

3. Einsatzfähigkeit nach Prüfung

Mit erfolgreich bestandener Zulassungsprüfung erlangt das Team Diensthundführer/-in und Diensthund seine Einsatzfähigkeit und der Diensthund wird als „Schutzhund“ im Dienst geführt. Das heißt, ab jetzt können er und sein/e Diensthundführer/in in realen Einsätzen ihr Können unter Beweis stellen.

Zum Fortbestehen der Einsatzfähigkeit ist jedoch weiterhin ein umfangreiches und intensives Training erforderlich. Das Können des Teams wird regelmäßig im Rahmen von Übungen und Sichtungungen geprüft.

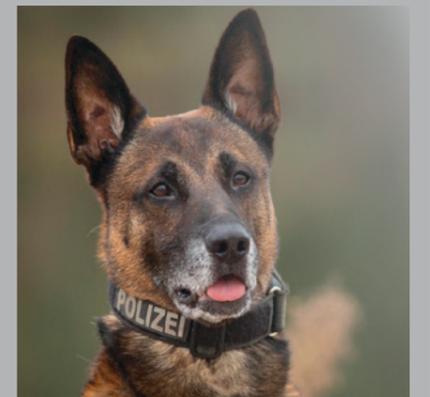
Nach erfolgreicher Ausbildung zum Schutzhund schließt sich in der Regel die Überprüfung zum Spezial-Diensthund an. Spezial-Diensthunde erhalten eine Zusatzausbildung, beispielsweise zum Auffinden von Rauschgift, Sprengstoff, Brandmitteln oder Leichen.

Die sogenannte „Eignungsüberprüfung Spezialhund“ findet wiederum beim Zentralen Diensthundwesen der ZPD statt und beinhaltet ein sehr anspruchsvolles Programm an Übungen, bei denen Gehorsam, Umweltsicherheit, Belastbarkeit und Ausdauer des Diensthundes beurteilt werden. Auch vor dieser Überprüfung ist natürlich ein intensives Training als Vorbereitung notwendig, das bei der eigenen Diensthundführergruppe absolviert wird.

Diensthunde im Einsatz

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des illegalen Anbaus von Marihuana und Handeltreibens in nicht geringer Menge, plante die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) Hildesheim eine richterlich angeordnete Durchsuchung in Bad Münder. Hierbei unterstützte die Diensthundführergruppe Hameln mit dem Rauschgiftspürhund (RSH) „Maylo“ und dem Rauschgiftspürhund mit Zusatzqualifikation Banknotenspürhund (BNSH) „Cash“, sowie zwei Schutzhunden.

Ermittlungen der ZKI deuteten auf eine Indoor-Plantage in einem größeren Gehöft hin. Nach Umstellung mit Kräften der Zentralen Polizeidirektion unter Einbindung zweier Schutzhunde der Diensthundführergruppe Hameln



wurde zunächst Sicherheit im Objekt hergestellt. Dabei stellte sich heraus, dass sich in dem Gehöft tatsächlich eine Indoor-Plantage zum Anbau von Marihuana befand. Weitere aufgefundene Baumaterialien sowie ein vorbereiteter Raum deuteten darauf hin, dass eine weitere Indoor-Plantage eingerichtet werden sollte. Im Bereich der Plantage wurden etwa 25 Kilogramm Marihuana beschlagnahmt.

Erfahrungsbericht

Mit der Bodycam
im Einsatz



Aufgrund der Beleidigung und des aggressiven, bedrohlichen Verhaltens wurde durch einen Beamten die „Bodycam“ eingeschaltet. Daraufhin veränderte der Kontrollierte schlagartig sein Verhalten.



Mit Jahresbeginn 2020 hat die Polizeidirektion Göttingen die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass in allen Polizeiinspektionen die sogenannten Bodycams im täglichen Dienst durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einsatz- und Ermittlungsbereichen eingesetzt werden können.

Grundlage für die Einführung der Bodycams waren unter anderem die angepassten rechtlichen Voraussetzungen im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG), die den nun uneingeschränkten Einsatz der Kameras zulassen. Er wird durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einsatz- und Streifendienste durchgehend positiv bewertet und hat schon in einigen brisanten Einsätzen zur Deeskalation beigetragen.

Aus dem Dienstalltag

Über einen solchen Einsatz berichtet Polizeikommissar Jan Fischer von der Polizeiinspektion Göttingen:

„Die Bodycam wurde im Rahmen einer stationären Verkehrskontrolle eingesetzt. Die Zielrichtung der Kontrolle war das Ahnden von Verkehrsordnungswidrigkeiten, insbesondere das Befahren eines Radweges in nicht zulässiger Fahrtrichtung im Bereich eines Unfall-

schwerpunktes. Im Verlauf der Kontrolle wurde ein Radfahrer überprüft, der den überwachten Radweg in falscher Richtung befuhr.

Nachdem er von den Beamten angehalten wurde, reagierte er umgehend aufgebracht und stellte die Sinnhaftigkeit der Maßnahme infrage. Die eingesetzten Polizeibeamten erläuterten ihm den Grund der Maßnahme sowie den weiteren Ablauf. Hierauf reagierte der Radfahrer verbal äußerst aggressiv. Zudem baute er sich in bedrohlicher Körperhaltung vor den Beamten auf. Plötzlich versuchte er, mit seinem Fahrrad zu flüchten.

Da die Identität des Radfahrers für das Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren noch nicht feststand, positionierte sich einer der Beamten im Verlauf seines gewollten „Fluchtweges“ und wies ihn an, zu bleiben. Hierauf re-

agierte er weiter aggressiv und stellte anhaltend die Sinnhaftigkeit der Maßnahme in Frage. Der Aufforderung sich auszuweisen, kam der Radfahrer zwar widerwillig nach, quittierte dies aber begleitend mit den Worten: „Sie sind Arschlöcher“.

Mehrfach entschuldigt

Aufgrund der Beleidigung und des aggressiven, bedrohlichen Verhaltens schaltete einer der Beamten die Bodycam ein, was dem Radfahrer auch mitgeteilt wurde. Daraufhin veränderte dieser schlagartig sein Verhalten. Nach einer Belehrung zeigte er sich zwar weiterhin uneinsichtig in Bezug auf die Verkehrsordnungswidrigkeit, trotzdem entschuldigte er sich im weiteren Verlauf noch mehrfach für die Beleidigung. Sein aggressives Verhalten legte er vollständig ab.



Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf

**Straftaten und Aufklärungsquote
(Polizeidirektion Göttingen)**



Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion

Pandemie führt zu deutlichem Rückgang von Wohnungseinbrüchen

Welche Straftaten kommen wie häufig vor? Wie entwickeln sich die unterschiedlichen Deliktstypen? Antworten auf diese und weitere Fragen liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), in der jährlich alle polizeilich erfassten Straftaten nach dem Strafgesetzbuch und den Strafnabengesetzen für die Polizeidirektion Göttingen registriert und aufbereitet werden.

Die Anzahl der Straftaten, die im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen begangen worden sind, ist 2020 bei einem Rückgang von -3,07 Prozent (-2.199 Delikte) auf 69.354 und damit den niedrigsten Stand seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen zurückgegangen. Insgesamt wurde gegen 31.482 Tatverdächtige ermittelt. Dabei konnte die Aufklärungsquote um +2,57 Prozentpunkte auf 66,45 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen

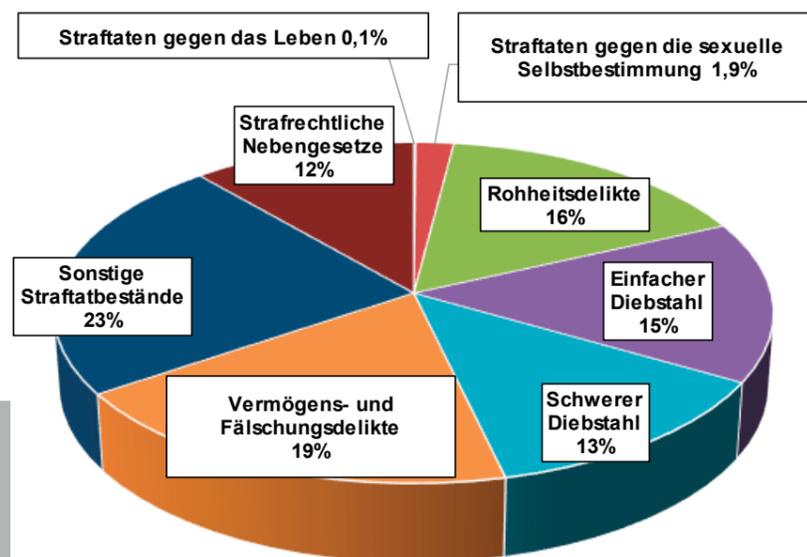
gesteigert werden. Sie liegt um rund 2,2 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Die Polizeidirektion Göttingen gehört damit weiterhin zu den sichersten Regionen in Niedersachsen. Dieser Erfolg ist das Verdienst aller Mitarbeitenden, die damit auch unter Pandemie-Bedingungen und deren Einschränkungen ihre Arbeit unbeirrt weitergeführt haben.

Tötungsdelikte

Straftaten gegen das Leben sind im Berichtszeitraum leicht um +10 auf 70

Taten (+16,67 Prozent) angestiegen. Die Aufklärungsquote ist dabei leicht um -1,67 Prozentpunkte auf 90 Prozent zurückgegangen. Das bedeutet, dass in neun von zehn Fällen Täter ermittelt werden konnten.

Straftaten, die als (versuchter) Mord oder Totschlag eingestuft wurden, sind leicht um +4,88 Prozent (+2 auf 43 Delikte) angestiegen. Von diesen 43 Taten wurden 41 aufgeklärt (95,35 Prozent), 34 blieben im Versuchsstadium.



Das Diagramm zeigt die anteilige Verteilung der einzelnen Deliktsbereiche in der Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2020.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Sexualdelikte sind im vergangenen Jahr um 6,8 Prozent (+84 Delikte) auf 1.319 Taten angestiegen. Die Aufklärungsquote wurde auf hohem Niveau nochmals leicht um 0,71 Prozentpunkte auf 90,75 Prozent gesteigert.

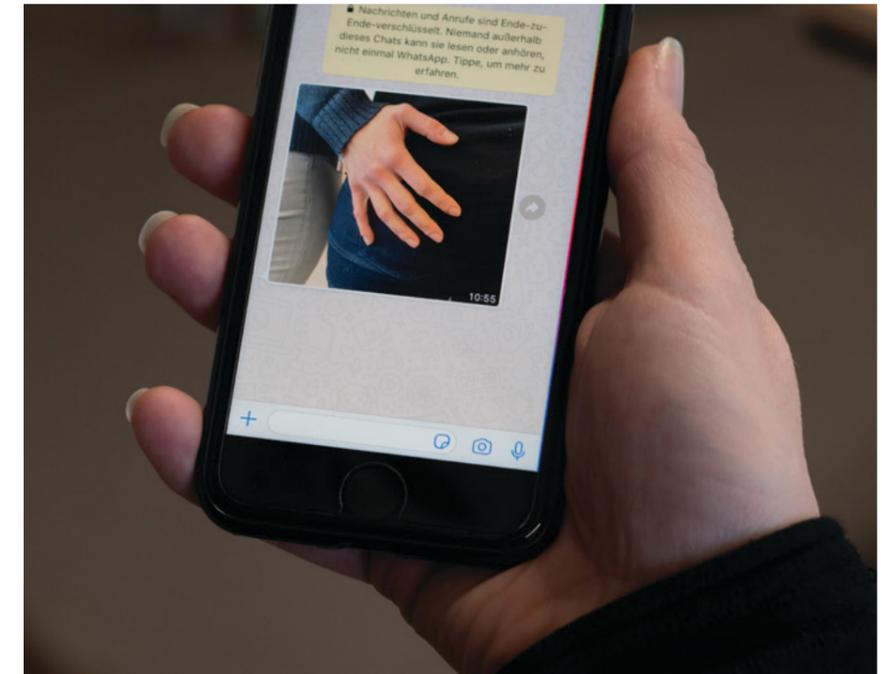
Die Anzahl der ermittlungintensiven Verfahren wegen des Besitzes oder Verbreitens von Kinder- und Jugendpornografie ist ebenfalls um 9,4 Prozent (+35 auf 409 Taten) gestiegen. Diese Entwicklung dürfte im Wesentlichen auf die umfangreichen Verfahren zurückzuführen sein, die bereits von der Polizei geführt wurden. Dabei gerieten immer neue Täter und Täterinnen in den Fokus, so dass neue Verfahren generiert werden. Darüber hinaus wirken sich auch die sogenannten „NCMEC-Verfahren“ aus – Verfahren, die von den Ermittlungsbehörden in den USA und Kanada auf nordamerikanischen Servern entdeckt und den deutschen Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden.

Rohheitsdelikte

Die Anzahl der Rohheitsdelikte ist um -3,35 Prozent (-387 auf 11.177 Taten) zurückgegangen. Die Aufklärungsquote wurde auf 97,64 Prozent und damit auf dem hohen Vorjahresniveau stabilisiert. Insbesondere die Rückgänge der Raub- (-12,09 Prozent, -51 auf 371 Taten) und der Körperverletzungsdelikte (-6,19 Prozent, -496 auf 7.511 Taten) sind dabei erfreulich deutlich. Diese Entwicklung dürfte unter anderem auf die Corona-Beschränkungen zurückzuführen sein. Dem entgegen stieg die Anzahl der zur Anzeige gebrachten Bedrohungen um +8,17 Prozent (+137 auf 1.813 Taten) an.

Häusliche Gewalt

Der zu Beginn der Pandemie prognostizierte Anstieg von Fällen der häuslichen Gewalt bestätigt sich rein zahlenmäßig. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen stieg die Anzahl der



zur Anzeige gebrachten Straftaten im Kontext häuslicher Gewalt im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 9,21 Prozent (+282) auf 3.343 Fälle und damit auf den höchsten Wert im 10-Jahresvergleich in allen Polizeinspektionen. 60 Prozent aller Opfer erlebten Beziehungsgewalt im gemeinsamen Haushalt, darüber hinaus wurde Gewalt etwa gegen Ex-Partnerinnen und -partner oder Verwandte verübt. Feststellbar ist zudem, dass Opfer häuslicher Gewalt 2020 häufiger die Gelegenheit nutzten, online Anzeige zu erstatten. Die Dienststellen wurden in 20 Fällen mit vollendeten oder versuchten Tötungsdelikten konfrontiert. 2.156 Frauen und 799 Männer wurden Opfer von Rohheitsdelikten, zumeist in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Neben den unmittelbar Betroffenen leiden häufig auch Kinder unter erlebter familiärer Gewalt. Allen Opfern konnte 2020 eine notwendige Unterstützung und Beratung zuteilwerden, denn das Netzwerk zwischen Polizei, Opferhilfe, Beratungsstellen, Frauenhäusern und Jugendämtern konnte stabil aufrechterhalten und in Anspruch genommen werden. Opferschutz steht bei jedem Einsatz häuslicher Gewalt im Vordergrund. Gegen die Gewaltausübenden

können Wegweisungen aus der gemeinsamen Wohnung oder Aufenthaltsverbote am Arbeitsplatz oder an der Schule der Kinder ausgesprochen werden. Eine Unterbringung für die Zeit dieser Trennung konnte pandemiebedingt in Einzelfällen durch die Kommunen geregelt werden. Zukünftig wird sich die Polizeidirektion Göttingen noch intensiver mit der Früherkennung und Bekämpfung häuslicher Gewalt befassen und Standards zur Früherkennung von Risikofällen für die ersteinschreitenden Kolleginnen und Kollegen vor Ort sowie Fallkonferenzen zur Verhinderung von Hochrisikofällen und eskalierender Gewalt initiieren. In der Prävention wird das bewährte Netzwerk gegen Gewalt in allen Landkreisen fortgeführt.

Diebstahlsdelikte

Aufgrund der (Bewegungs-)Einschränkungen der beiden Lockdowns im Kontext der Corona-Pandemie sind die zur Anzeige gebrachten Diebstahlsdelikte – analog zum Landestrend – massiv um -13,15 Prozent (-2.965 auf 19.577 Taten) auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich zurückgegangen. Die Gesamtaufklärungsquote dieser Deliktgruppe konnte um +2,42 Prozent

punkte auf 37,12 Prozent gesteigert werden. Im Berichtszeitraum waren die sogenannten „einfachen“ Diebstahlsdelikte (-12,92 Prozent, -1.570 auf 10.583 Taten) und die Einbruchdelikte (-13,43 Prozent, -1.395 auf 8.994 Taten) etwa im gleichen Maße stark rückläufig. Die Aufklärungsquote des einfachen Diebstahls konnte mit einem Zuwachs von +2,21 Prozentpunkten auf 47,68 Prozent und damit den höchsten Stand, die Aufklärungsquote des schweren Diebstahls um + 2,60 Prozentpunkte auf 24,69 Prozent, also den dritthöchsten Wert der vergangenen zehn Jahre, gesteigert werden. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass die Anzahl der Wohnungseinbrüche weiterhin stark zurückgeht. Im Jahr 2020 betrug der Rückgang -10,38 Prozent (-135 auf 1.166 Taten). Die Aufklärungsquote ist im selben Zeitraum um -9,41 Prozentpunkte auf 21,18 Prozent rückläufig gewesen. Darüber hinaus scheinen auch die präventiven Anstrengungen Wirkung zu zeigen. Die Anzahl der vollendeten Wohnungseinbrüche ist im Berichtszeitraum um -12,44 Prozent (-100 auf 704 Taten) deutlich zurückgegangen.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Straftaten dieser Deliktgruppe sind im vergangenen Jahr um -6,39 Prozent (-906 auf 13.278 Taten) zurückgegangen. Die Gesamtaufklärungsquote konnte dabei mit 75,5 Prozent auf dem hohen Niveau des Jahres 2019 stabilisiert werden. Betrugsdelikte sind im Berichtsjahr 2020 um -7,29 Prozent (-800 auf noch 10.181 Taten) zurückgegangen. Bemerkenswert ist, dass Betrugsdelikte, die unter Nutzung des Internets begangen wurden, im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion deutlich um +9,85 Prozent (+309 auf 3.446 Delikte) ange-



stiegen sind. Diese Entwicklung dürfte ebenfalls auf die Pandemie zurückzuführen sein, während der offenbar auch Täter in einer Art „Home-Office“ tätig geworden sind.

Strafrechtliche Nebengesetze

Zum Nebenstrafrecht werden alle Strafnormen gerechnet, die nicht im Strafgesetzbuch, sondern in anderen Rechtsnormen – Gesetze, aber auch strafbewehrte Rechtsverordnungen – enthalten sind. Dazu zählen unter an-



Täter nutzen Mitleid, Hilfsbereitschaft oder Respekt vor staatlicher Autorität skrupellos aus, um an die Vermögenswerte von Seniorinnen und Senioren zu gelangen.

derem das Betäubungsmittelgesetz, das Jugendschutzgesetz oder auch das Infektionsschutzgesetz. Straftaten gegen diese strafrechtlichen Nebengesetze sind im Jahr 2020 deutlich um +18,23 Prozent (+1.207 auf 7.828 Taten) angestiegen. Die Aufklärungsquote ist mit rund 95,5 Prozent auf einem hohen Niveau.

Die Entwicklung steigender Fallzahlen dürfte im Wesentlichen durch den Anstieg der Rauschgiftdelikte um +26,05 Prozent (+1.233 auf 5.966 Taten) und damit auf den höchsten Wert der vergangenen zehn Jahre erklärlich sein. Aufgrund der erhöhten Kontrolltätigkeit im Zuge der Corona-Pandemie sind damit erwartungsgemäß auch andere Straftaten aufgedeckt worden.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Insbesondere hochaltrige Menschen sind oftmals Ziel strafbarer Handlungen. Täter nutzen Mitleid, Hilfsbereitschaft oder Respekt vor staatlicher Autorität skrupellos aus, um an Vermögenswerte zu gelangen. Die Straftaten werden häufig im häuslichen Umfeld begangen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen trotz intensiver auch präventiver Anstrengungen weiter steigen wird. Die Täter legen eine hohe kriminelle Energie und Kreativität an den Tag, so dass eine ganze Reihe unterschiedlicher Modi Operandi festgestellt werden muss. Im Zuständigkeits-

bereich der Polizeidirektion Göttingen sind im Vergleich zum Gesamtfallaufkommen etwa 6,5 Prozent der Delikte dem Phänomenbereich der „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ (SÄM) zuzurechnen. Auch wenn dieser Anteil vergleichsweise gering ausfällt, müssen sie weiterhin im Fokus der polizeilichen Ermittlungen stehen.

Es ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen, weil Menschen, die Opfer einer solchen Tat geworden sind, die Straftat aus Scham nicht zur Anzeige bringen oder im schlimmsten Fall noch immer glauben, dass schon alles „seine Richtigkeit“ habe. Des Weiteren wird jedes Jahr deutlich, dass bei einer vergleichsweise geringen Anzahl vollendeter Straftaten ein hoher Vermögensschaden verursacht wird. Im Jahr 2020 wurden von den Tätern etwa 3,1 Millionen Euro von hochaltrigen Menschen erbeutet. Darüber hinaus ist zu erkennen, dass sich mit der Zeit immer wieder neue Modi Operandi entwickeln, Einzelphänomene miteinander kombiniert werden, dafür andere, nicht mehr so lukrative „Maschen“ an Bedeutung verlieren. Die Täterinnen und Täter werden auch zukünftig innovativ sein, worauf sich die Polizei einstellen muss und einstellen wird, um neu auftretende Phänomene zu erkennen und zeitnah darauf zu reagieren.

Trotz intensiver präventiver Bemühungen ist auch im Jahr 2020 der bereits bekannte „Falsche Polizeibeamte“ erneut stark „tätig“ gewesen. 2020 wurden der Polizeidirektion Göttingen 1.302 Fälle bekannt, bei denen mehr als 90 Prozent (1.201 Fälle) von den Seniorinnen und Senioren früh erkannt wurden und deshalb im Versuchsstadium blieben. Allerdings sind bei den restlichen 101 Fällen etwa 560.000 Euro in Bargeld, Schmuck und Goldbarren erbeutet worden. Ziel der Polizeidirektion

Göttingen ist es auch im Jahr 2021, die Präventionsarbeit fortzuführen und zu intensivieren. Zielgruppe sind dabei auch immer die Seniorinnen und Senioren, deren Angehörige und das Um-



Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte ist in hohem Maße sozialschädlich, weil sie unmittelbare negative Auswirkungen auf die Interventionsfähigkeit der Polizei und Retter hat.

feld, aber auch – ebenso wichtig – die Öffentlichkeit, um zu informieren, damit immer mehr Menschen, vielleicht auch nur zufällig, Betrugsversuche erkennen und helfend eingreifen können. Es muss den Täterinnen und Tätern zu Bewusstsein gebracht werden, dass sie in jeder Phase ihrer Taten aufgedeckt und zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Nur im Zusammenwirken können Seniorinnen und Senioren wirksam geschützt oder zumindest Täter oder Täterinnen zur Verantwortung gezogen werden. Dabei wird die Polizeidirektion Göttingen auch weiterhin auf die bewährten Informationskanäle zurückgreifen, aber immer stärker auch Social Media nutzen, um die Bevölkerung frühzeitig über neue Modi Operandi oder aktuelle Anrufwellen in Kenntnis zu setzen.

Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte

Der Schutz von Leib und Leben bleibt – insbesondere im Kontext der Corona-Pandemie – die wichtigste Aufgabe der Polizei. Hierzu zählt vor dem Hintergrund einer steigenden Gewaltgeneigtheit der von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch der Schutz von Leib und Leben der Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem werden Kolleginnen und Kollegen nach wie vor Opfer von Gewaltdelikten in all ihren Erscheinungsformen.

Die Betrachtung der Entwicklung der Straftaten des tätlichen Angriffs auf und des Widerstands gegen Polizeikräfte spricht leider nach wie vor eine deutliche Sprache. Die angezeigten Straftaten sind im Vergleich zum Jahr 2019 erneut deutlich um 6,51 Prozent (+27 auf 442 Taten) und damit auf einen Zehn-Jahres-Höchststand angestiegen. Fälle, in denen Polizeikräfte Opfer von Straftaten geworden sind, sind erneut um +4,98 Prozent auf jetzt 484 Delikte angestiegen. Rettungskräfte hingegen sind im Vergleich zum Vorjahr etwas seltener als Opfer einer Straftat erfasst worden.

Im Jahr 2020 wurden 46 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte durch Gewalteinwirkung Dritter verletzt und konnten an insgesamt 610 Tagen ihren Dienst nicht versehen.





Cybercrime

Kooperationen für mehr Sicherheit im Netz

Die Polizeidirektion Göttingen und das German Competence Centre against Cyber Crime (G4C) haben eine Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Cyberkriminalität geschlossen. Ziel ist es, den Schutz vor Straftaten im Internet oder unter Nutzung informationstechnischer Systeme zu fördern sowie IT-gestützte Ermittlungsmethoden zu entwickeln und anzuwenden. Darüber hinaus stehen Netzprävention, Forschung und Entwicklung von Maßnahmen zum präventiven Schutz sowie die Aus- und Fortbildung im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. G4C ist ein gemeinnütziger Verein, der

2013 von Banken und Versicherungen in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gegründet wurde. Ziele sind die Prävention, Detektion und Reaktion im Zusammenhang mit Cyberkriminalität, die sich gegen Unternehmen richtet. Die Partner verfolgen die Absicht, gemeinsam den Schutz vor Straftaten im Internet oder unter Nutzung von IT-Systemen durch Informationsaustausch, Qualifikation, Netzprävention sowie Entwicklung und Nutzung digitaler Maßnahmen zu fördern. „Die Kooperation mit der Polizeidirektion Göttingen ist ein wertvolles

Pilotprojekt für den notwendigen, weiteren Schulterschluss zwischen Behörden und Wirtschaft. Dadurch können wir den engen Austausch zu Angriffen im Cyberraum auch auf regionaler Ebene umsetzen. Davon profitieren vor allem kleine und mittelständische Unternehmen aus der Umgebung“, sagt G4C-Geschäftsführer Peter-Michael Kessow. Hierzu will G4C ein Regionalbüro in Südniedersachsen einrichten.

Schutzbedürftige IT-Infrastruktur

Für die Polizeidirektion Göttingen, insbesondere für den operativen Bereich der Cybercrimebekämpfung bei der Zentralen Kriminalinspektion, eröffnet sich die Möglichkeit, mit dem Verein auf ein professionelles Netzwerk zurückzugreifen.

Dass verstärkte Aktivitäten notwendig sind, zeigt die Entwicklung der Cybergefahren insbesondere für die oftmals schutzbedürftige IT-Infrastruktur des Mittelstands. Der damalige Polizeipräsident Uwe Lührig, der die Kooperation mit initiiert hat, betont: „Gerade bei Unternehmen kommt es hierbei zu Schäden in Milliardenhöhe. Sowohl in der Strafverfolgung, aber insbesondere

auch in der Prävention sind wir deswegen auf professionelle und vertrauensvolle Partner und Netzwerke angewiesen und setzen zukünftig auch auf die Zusammenarbeit mit dem Verein G4C“. Bei Fragen zur Cybersicherheit und im Falle von Cyberstraftaten helfen die Präventionsteams und die Expertinnen und Experten der ermittelnden Cybercrime-Organisationseinheiten der Polizeiinspektionen gern weiter.

Studentin erhält Einblicke

Eine weitere Kooperation im Bereich der Digitalen Spuren ist die Polizeidirektion Göttingen bereits im März 2019 eingegangen: Zwischen der Hochschule Mittweida und der Direktion besteht seither ein strategischer Verbund mit Schwerpunkt der digitalen Forensik mit praktischem Nutzen für beide Seiten. Ein Bestandteil der Kooperation ist das Angebot von Studierendenpraktika in der Polizeidirektion Göttingen. Damit erhalten Studierende der Fakultät „Angewandte Computer- und Biowissenschaften, (Bio-) Informatik und Forensik“ die Möglichkeit, theoretisches Wissen in der polizeilichen Praxis anzuwenden und die gewonnenen Einblicke im weiteren Studium zu vertiefen. Im Gegenzug können die Praktikumsdienststellen vom aktuellen Wissen aus Forschung und Lehre profitieren. Im besten Falle entwickeln beide Seiten gemeinsam ein gewinnbringendes Thema für eine Hausarbeit bzw. Thesis



oder die Studierenden entdecken ihren späteren Arbeitgeber. Als erste Hochschulpraktikantin nahm im Jahr 2020 eine vor der Masterarbeit stehende Studentin des Studienganges „Cybercrime/Cybersecurity“, ihr sechswöchiges Praktikum in der Polizeidirektion Göttingen auf. Entsprechend ihrer Studieninhalte war sie in der Task Force Cybercrime/Digitale Spuren der Polizeiinspektion Göttingen tätig. Darüber hinaus hospitierte sie in der gleichnamigen Organisationseinheit der Zentralen Kriminalinspektion, um alle Facetten der Cybercrime-Bekämpfung einer

polizeilichen Flächenbehörde kennenzulernen.

Aus dem erfolgreichen Praktikum entwickelte sich ein polizeiliches Thema für die Abschlussarbeit und die Zweitbetreuung durch eine Führungskraft der Polizeidirektion Göttingen.

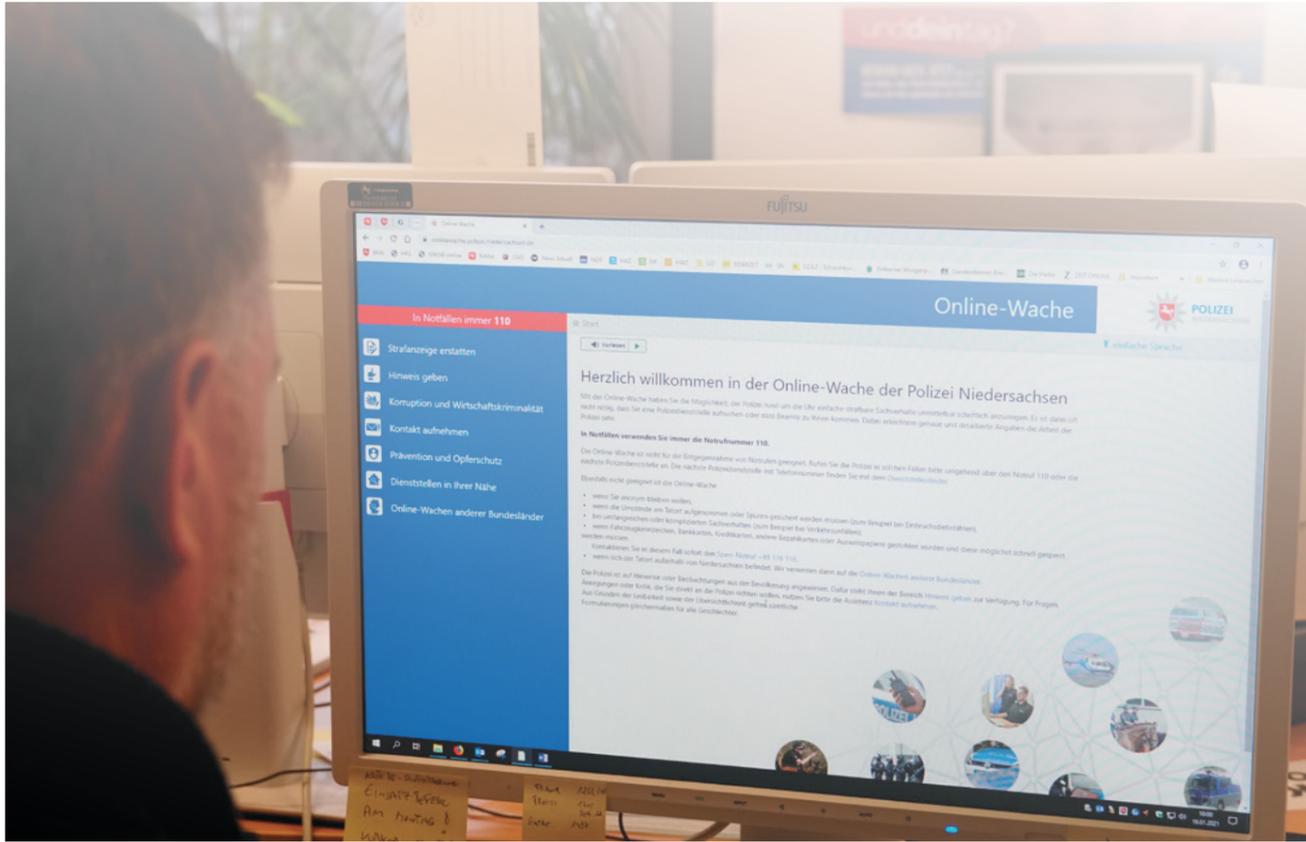
In diesem Jahr hat eine Bachelorstudentin des Studiengangs Allgemeine und Digitale Forensik aus dem sächsischen Mittweida in der Polizeidirektion Göttingen ihr Praktikum aufgenommen, um ihre Thesis zu einem polizeilichen Thema anzufertigen.



Mehr Sicherheit im Home-Office

Der Verein G4C bietet auf seiner Homepage Broschüren zu Themen rund um Cyber Security unter www.g4c-ev.de zum Download an.

Empfehlungen zum sicheren Arbeiten im Home-Office sind unter: www.bmi.bund.de zu finden.



Online-Wache

Nutzung des digitalen Angebots steigt um 132,5 Prozent

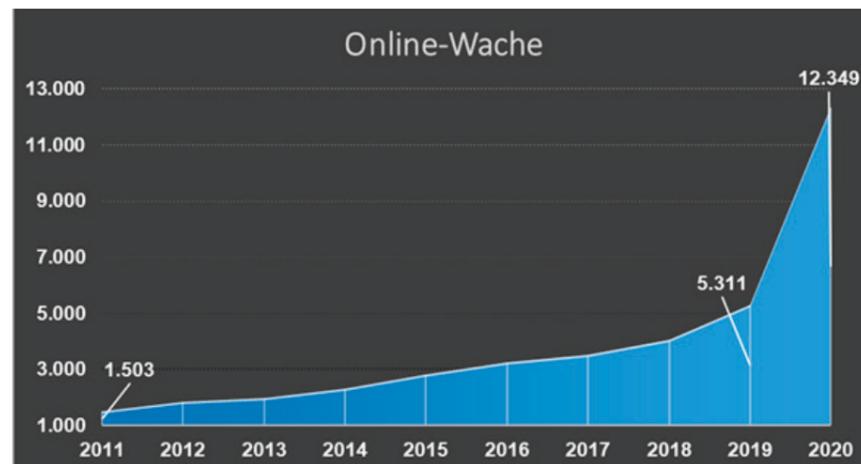
Aufgrund der Verbreitung digitaler, internetfähiger, mobiler Endgeräte in der Bevölkerung ist auch die Anzahl der Personen gestiegen, die das Portal der Online-Wache der Polizei Niedersachsen nutzen, um Anzeigen zu erstatten oder Hinweise zu geben.

Wie die Betrachtung des Jahres 2020 zeigt, wurde das Angebot, auf digitalem Wege eine Anzeige zu erstatten, durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen noch einmal deutlich stärker von den Bürgerinnen und Bürgern im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen genutzt.

Waren es im Jahr 2019 noch 5.311 online erstattete Anzeigen, stieg diese Zahl im Jahr 2020 auf 12.349. Das entspricht einem Anstieg von rund +132,5 Prozent.

Ganz überwiegend wurden dabei Betrugsdelikte und Diebstähle, aber auch Taten nahezu aller anderen Deliktgruppen zur Anzeige gebracht. Diese Entwicklung zeigt die Akzeptanz des Angebots. Sie zeigt außerdem, dass die Polizeidirektion Göttingen für die Bevölkerung auch digital rund um die Uhr

zur Verfügung steht. Die Online-Wache kann nicht genutzt werden, wenn der Bürger oder die Bürgerin anonym bleiben möchte, wenn eine Spurensicherung erforderlich ist oder die Sachverhalte umfangreich sind – dann sollte die Polizei telefonisch kontaktiert oder persönlich aufgesucht werden.



SÄM: Neue Betrugsmaschen Corona-Pandemie fördert neue Vorgehensweisen zutage

Die Corona-Pandemie haben Straftäter und Straftäterinnen im vergangenen Jahr genutzt, um neue Varianten zu entwickeln, an das Hab und Gut älterer Menschen zu gelangen. So sind seit Beginn der Pandemie im März 2020 immer wieder vereinzelt Betrugsmaschen mit wechselnden Modi Operandi bekannt geworden.

Zu Beginn der Pandemie wurde potentiellen Opfern suggeriert, dass ihr Geld nicht sicher sei oder an Wert verlieren würde. Eine weitere Variante war der „Schockanruf“, bei denen den Opfern vorgespiegelt wurde, ein naher Verwandter sei an Corona erkrankt und benötige Geld für die Heilbehandlung. Ein weiterer Trick, der seit Freigabe des ersten Impfstoffes im Dezember 2020 bekannt wurde, war das Angebot eines Impftermins in der häuslichen Umgebung.

Die Geschädigte erkannte aber die Betrugsmasche und meldete es der Polizei, so dass es beim Versuch blieb. Immer häufiger werden Taten auch durch die Mithilfe Dritter verhindert. So zum Beispiel durch aufmerksames Bankpersonal oder, wie in einem Fall aus Hildesheim, einem unbeteiligten Taxifahrer, der unbewusst von den Täterinnen und Tätern beauftragt wurde, eine ältere Dame zur Bank zu fahren. Nach einem Gespräch mit seinem Fahrgast bemerkte er den Betrug und meldete es sofort der Polizei. Im Verlauf der weiteren Maßnahmen konnte ein Täter festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt werden. Er befindet sich derzeit in Untersuchungshaft.



Enkeltrick: Neue Masche mit Covid-19

Insbesondere ältere Menschen sind in jüngster Vergangenheit Opfer einer Abwandlung des Enkeltricks geworden – die Corona-Masche.

- ⇒ Personen, die von vermeintlich erkrankten Angehörigen telefonisch kontaktiert werden, sollten bei Geldforderungen besonders misstrauisch werden.
- ⇒ Fordern Sie Anrufer grundsätzlich dazu auf, den Namen des Enkels, der Nichte oder eines anderen Verwand-

ten selbst zu nennen. Lassen Sie sich nicht dazu verleiten, Namen zu erraten.

- ⇒ Wenn Sie Anrufer nicht sofort erkennen: Fragen Sie nach Dingen oder Begebenheiten, die nur der echte Verwandte kennen kann.
- ⇒ Rufen Sie Verwandte unter der Ihnen bekannten Telefonnummer zurück.
- ⇒ Geben Sie keine Details zu Ihren familiären oder finanziellen Verhältnissen preis.
- ⇒ Wenden Sie sich sofort an die Polizei unter 110, wenn Ihnen die Situation verdächtig erscheint.

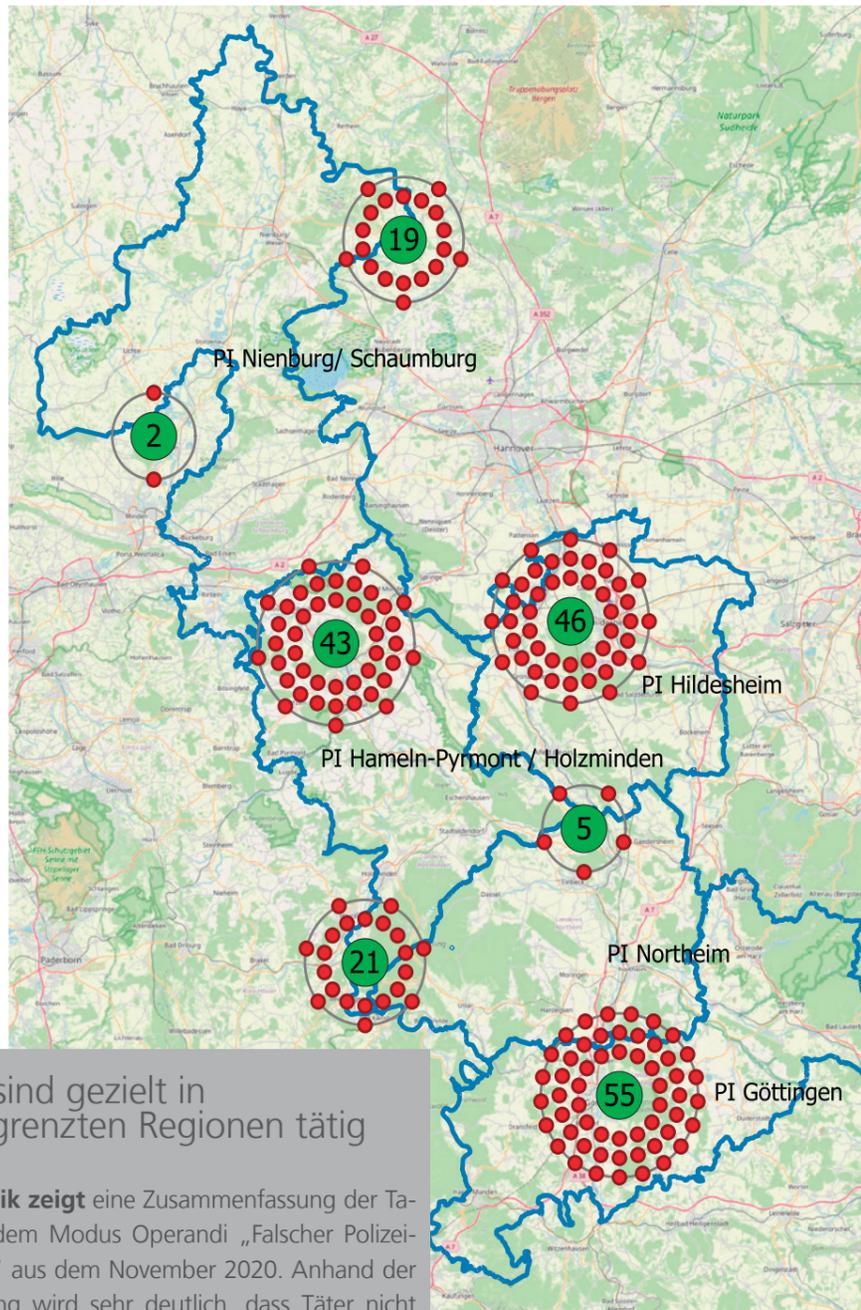
Visualisierung

„Falscher Polizist“:
Täter konzentrieren
sich oft auf ein
bestimmtes Gebiet

Trotz intensiver auch präventiver Bemühungen ist auch im Jahr 2020 der bereits bekannte „Falsche Polizeibeamte“ im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen erneut stark „tätig“ gewesen. 2020 wurden der Polizeidirektion Göttingen 1.302 Fälle bekannt, in 101 Fällen davon wurden etwa 560.000 Euro in Bargeld, Schmuck und Goldbarren erbeutet worden.

Bei dem Phänomen „falsche Polizeibeamte“ wird bei den Geschädigten der Eindruck geweckt, ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin rufe an. Auf Seiten der Opfer entsteht der Eindruck, den Aufforderungen des Anrufers folgen zu müssen. Der Anrufer bzw. die Anruferin – ein sogenannter Keiler – agiert meist aus dem Ausland heraus und bedient sich vorwiegend aus Online-Telefonbüchern. Oftmals werden Vornamen ausgewählt, die man eher mit älteren Menschen verbindet.

Nach Vorgabe, ein Polizeibeamter zu sein, wird das ältere Opfer durch geschickte Gesprächsführung davon überzeugt, der Polizei Geld und Wertsachen zu übergeben, damit diese vor vermeintlichen Einbrechern sicher sind. Sollte sich das Opfer dazu bereit erklären, werden weitere Mittäter informiert – Logistiker, Observant, Abholer –, die arbeitsteilig und höchst professionell vorgehen. Die Visualisierung – die nur den Zeit-



Täter sind gezielt in eingegrenzten Regionen tätig

Die Grafik zeigt eine Zusammenfassung der Taten mit dem Modus Operandi „Falscher Polizeibeamter“ aus dem November 2020. Anhand der Darstellung wird sehr deutlich, dass Täter nicht einfach wahllos Telefonnummern wählen, sondern vielmehr professionell, in einem begrenzten Zeitraum, bestimmte, ebenfalls fest eingegrenzte Regionen anhand der Ortsvorwahlen „angreifen“.

Sie stellen damit sicher, dass Mittäter – also beispielsweise „Abholer“ oder „Beobachter“ – innerhalb kürzester Zeit zu den Wohnorten der potentiellen Opfer fahren und dort die Beute abholen oder anderweitig in Erscheinung treten können.

raum November 2020 umfasst – zeigt deutlich, dass die Täter und Täterinnen in einem bestimmten Zeitraum gezielt nach Stadt oder Gemeinde ihre Opfer auswählen und abtelefonieren.

Es ist davon ausgehen, dass sich Mittäter während der Telefonate bereits in unmittelbarer Nähe aufhalten, um schnell zu agieren und beim Opfer vor Ort zu sein, sobald eines telefonisch vom Keiler getäuscht wurde.

Unsere Einsätze

Der Zentralen
Kriminalinspektion
gelingt Schlag gegen
Drogennetzwerk



200 Beamtinnen und Beamte durchsuchten
16 Wohnungen und Gebäude und
Beschlagnahmten Drogen, Bargeld und Fahrzeuge.



Hinweis bringt Ermittlungen ins Rollen

Der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen ist in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Hildesheim im September 2020 ein Schlag gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität gelungen. Ihren Ursprung hatten die Ermittlungen in Elze, wo ein Hinweis aus der Bevölkerung eingegangen war.

Nach langwierigen Ermittlungen wurden an verschiedenen Orten im norddeutschen Raum insgesamt 16 Wohnungen und Gebäude durchsucht. In drei Gebäuden wurden professionell betriebene Cannabis-Indoorplantagen festgestellt, in einem Objekt war eine weitere Plantage im Aufbau und zwei weitere Objekte waren offenbar zu gleichen Zwecken bereits angekauft. Der Hinweis, der die Ermittlungen ins Rollen gebracht hatte, bezog sich auf ein ehemaliges Gebäude eines Landhandels. Schnell stand fest, dass dort Aufbauarbeiten für eine Rauschgiftplantage liefen. Die Ermittlungen wurden von der Zentralen Kriminalinspektion Göttingen aufgenommen und führten zur Identifizierung weiterer Standorte in

Niedersachsen, an denen ebenfalls ähnliche Anlagen in Betrieb waren, für deren Aufbau offenbar die gleiche Person verantwortlich war, wie in Elze.

Neun Personen aus mehreren Landkreisen festgenommen

Im Rahmen der Durchsuchungen beschlagnahmten etwa 200 Polizeibeamtinnen und -beamte verschiedener Dienststellen – darunter auch Spezialeinheiten – mehrere hundert Cannabis-Pflanzen, 56 Kilogramm Marihuana, drei Kilogramm Amphetamine, 20 Müllsäcke mit Cannabis Pflanzenresten, etwa 165.000 Euro, Silbermünzen, drei Fahrzeuge (davon ein Wohnmobil), Elektrowerkzeuge, Speichermedien, Kommunikationsmittel und PCs sowie die Ausrüstung zum Betreiben von Indoorplantagen im Umfang von mehreren Lkw-Ladungen. Neun Personen wurden vorläufig festgenommen. Die Durchsuchungen fanden in den Kreisen Hildesheim, Hameln, Schaumburg, Cuxhaven und der Region Hannover statt. Die Ermittlungen dauern an.



Hasskriminalität

Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Spätestens seit dem rechtsextremistisch motivierten Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Attentat von Halle ist die Bekämpfung und Verfolgung von Hasskriminalität eines der bestimmenden Themen in der rechtspolitischen Diskussion. Aber auch die im Internet und den Sozialen Medien festzustellende Verhöhnung der Kommunikation, die häufig gekennzeichnet ist durch aggressives Auftreten, Einschüchterung und Androhung von Straftaten, gibt Anlass zur Sorge.

Regelmäßig kommt es dabei zu Verstößen gegen das Strafrecht wie Beleidigungen, Mord- oder Gewaltandrohungen. Neben einem direkten Angriff auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Betroffenen wird auch der politische Diskurs in der demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung angegriffen und in Frage gestellt. Im schlimmsten Fall ziehen sich Menschen aus Sorge vor diffamierenden Reaktionen oder Drohungen aus dem öffentlichen Diskurs zurück. Der freie Meinungs-austausch und die Meinungsfreiheit – Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung

– sind dadurch gefährdet. Auf diese besorgniserregende Entwicklung bei der Hasskriminalität reagierte die Bundesregierung mit einem umfassenden Maßnahmenpaket gegen Hass, Rechtsextremismus und Antisemitismus und beschloss am 19. Februar 2020 den Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Teil des Gesetzesentwurfes ist auch eine Novellierung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes – auch „Facebook-Gesetz“ genannt. Dieses Gesetz, das neue Regeln und Strafverschärfungen vorsieht, wurde vom Bundesrat im Juni 2020 gebilligt, ist aber noch nicht in Kraft gesetzt. Das noch im Entwurfsstadium befindliche Gesetz soll Hetze und Drohungen künftig härter und effektiver verfolgen. Zentral ist dabei eine intensive und effektive Strafverfolgung insbesondere von Hasskriminalität mit rechtsextremistischem Hintergrund, auch im Internet. Flankiert wird dies durch Änderungen in zahlreichen Gesetzen – beispielsweise dem Strafgesetzbuch, der Strafprozessordnung und dem „Facebook-Gesetz“ – und verschärften Strafandrohungen auf durch Hass motivierte Rechtsgut-

verletzungen. Als zentrale Neuerung wird im Netzwerkdurchsetzungsgesetz eine Meldepflicht der Anbieter sozialer Netzwerke für bestimmte strafbare Inhalte gegenüber dem Bundeskriminalamt eingeführt. Kernziele des Gesetzes sind, Kommunalpolitiker sowie Personal in Rettungsstellen besser zu schützen, dass große soziale Netzwerke strafbare Inhalte melden müssen und antisemitische Beweggründe als strafscharfend gelten.

Zentralstelle eingerichtet

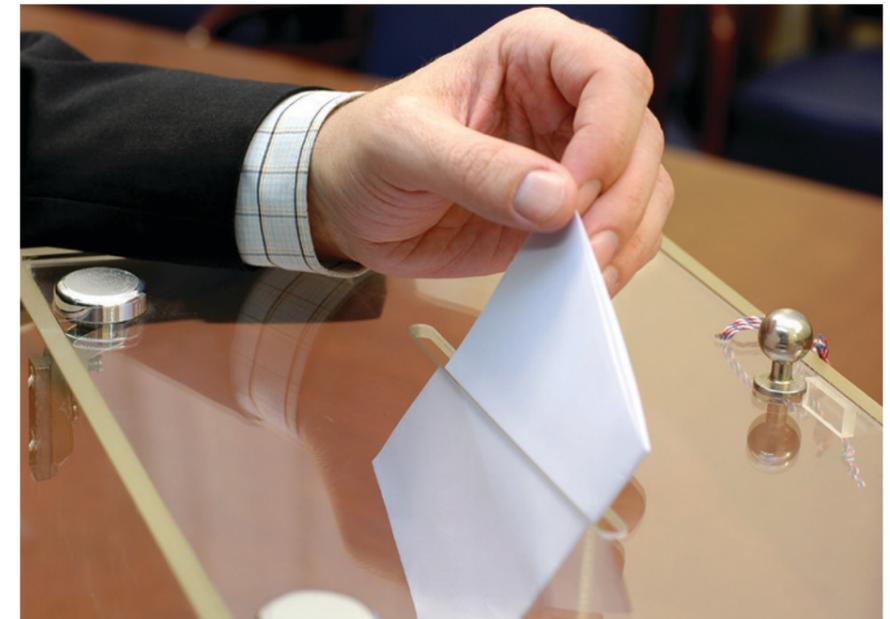
Die große Bedeutung der Bekämpfung der Hasskriminalität spiegelt sich auch in institutionalisierten Maßnahmen in Niedersachsen wider: So nahm am 1. Juli 2020 bei der Staatsanwaltschaft Göttingen eine neue „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ ihre Arbeit auf. Die Zentralstelle bearbeitet Ermittlungs- und Strafverfahren, in denen es um bedeutsame Hasskriminalität im Internet geht. Auch der bereits im Jahr 2019 im LKA Niedersachsen eingerichteten „Zentralstelle zur Bekämpfung der Hasskriminalität im Internet“ kommt eine entsprechende Bedeutung zu.

Schutz von Amts- und Mandatsträger/innen

Das Wahljahr 2021 steht im besonderen Fokus

Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger werden immer häufiger Opfer von Drohungen, Nötigung und Verleumdung. Das noch nicht in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität soll auch sie künftig besser schützen.

Auf die hohe Zahl von Drohungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger insbesondere im Internet und in den sozialen Medien reagierte das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport bereits im Jahr 2019 mit zahlreichen Informations- und Präventionsveranstaltungen. Ziel der Veranstaltungen war die nachhaltige Stär-



kung des Sicherheitsverhaltens und des Sicherheitsgefühls dieser Personengruppe. Die konsequente Bekämpfung von Hasskommentaren und Drohungen bedarf einer niedrigschwelligen Anzei-

gerinnen und -träger von Delikten wie Nötigung, Bedrohung, Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung und Volksverhetzung.

Das Problem, dass Mandats- und Amts-trägerinnen und -träger bis in den kommunalen Bereich hinein oder Ehrenamtliche immer häufiger zur Zielscheibe von verbalen Attacken und auch von Angriffen werden, ist hinlänglich bekannt, sodass der Staat mit zahlreichen Maßnahmen darauf reagiert hat – unter anderem mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität.

Wahljahr 2021

Neben einer Vielzahl von Wahlen in den Bundesländern werden im Jahr 2021 vor allem die Bundestagswahl im September, aber auch die Kommunalwahlen in Niedersachsen im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Unter konsequenter Ausschöpfung aller gesetzlichen Regelungen – insbesondere des noch in Kraft zu setzenden Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität – soll die Sicherheit für Amts- und Mandatsträger auch zukünftig gewährleistet werden.

Verhaltensempfehlungen

- **Gefahrenbewusstsein:** Seien Sie aufmerksam und achten Sie auf Veränderungen - so registrieren Sie verdächtige Situationen besser und können Sie melden.
- **Terminkalender:** Ihr Terminkalender – sowohl dienstlich als auch persönlich – sollte nicht öffentlich sein.
- **Soziale Netzwerke:** Überlegen Sie, welche Daten und Informationen Sie im Internet verbreiten. Sensibilisieren Sie auch Familienangehörige.
- **Freizeitaktivitäten:** Unternehmen Sie Freizeitaktivitäten nicht an abgelegenen Orten.
- **Bedrohungen:** Nehmen Sie jede Drohung ernst und melden Sie der Polizei.
- **Dokumentation:** Dokumentieren Sie Bedrohungen mithilfe von Screenshots, Mitschnitten oder Protokollen.



3Ds, die wir meiden sollten.

- Dichte Räume
- Dichte Menschenmengen
- Dichten Körperkontakt

Gesund bleiben

auf Niedersächsisch.

Bitte immer dran denken:

Abstand halten.

Hände waschen.

Maske tragen.



Wir sind stärker!
NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA



Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher auf der Straße unterwegs



Verkehrslagebild

Verkehrsunfallzahlen entwickeln sich 2020 positiv

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Die Verkehrssicherheitsarbeit hat in der Polizeidirektion Göttingen daher einen hohen Stellenwert. Zu den Kernaufgaben zählt es, Verkehrsunfälle mit schweren Folgen oder gar Todesopfern zu verhindern.

Das Jahr 2020 lässt im Vergleich zum Vorjahr zwar eine positive Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen erkennen, die Vorgaben der Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 – die Senkung der Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden um 50 Prozent – konnten jedoch nicht erreicht werden.

Im Mittelpunkt der polizeilichen Maßnahmen steht es, das Gefahren- und Verantwortungsbewusstsein sowie die gegenseitige Rücksichtnahme und

Vorsicht im Straßenverkehr zu fördern. Dafür wird ein integratives Konzept verfolgt, das repressive und präventive Maßnahmen beinhaltet.

Zielgruppen im Blick

Darüber hinaus haben alle Maßnahmen die jeweiligen Zielgruppen im Blick: Fahrrad- und Motorradfahrer/innen, Seniorinnen und Senioren, Kinder oder Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Fahrenanfängerinnen und -anfänger. Zusätzlich muss die Polizei zukünftig mit einer verstärkten Nutzung von Elektrokleinstfahrzeugen rechnen und deren Fahrerinnen und Fahrer präventiv beratend begleiten.

Im Bereich des gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehrs erfolgt eine spezialisierte Überwachung durch die besonders ausgebildeten Beamtinnen und -beamten der Regionalen

Kontrollgruppe (RKG). Zusätzlich steht die spezialisierte Kontrollgruppe Krad für die Überwachung des Motorradverkehrs als Aufrufeinheit der Polizeidirektion Göttingen zur Verfügung.

„Megatrend“ Radverkehr

Zur Erfüllung der verkehrspolizeilichen Aufgaben wurde unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium eine gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt. Diese löst die Verkehrssicherheitsinitiative 2020 ab.

Dem „Megatrend“ Radverkehr, auch der Nutzung der Elektrokleinstfahrzeuge, wird hierbei besondere Beachtung geschenkt. So stand die Überwachung des Radverkehrs als strategisches Leitthema im Jahr 2020 neben der präventiven Arbeit, wie der Beratung zur Verkehrsraumgestaltung, im besonderen Fokus.

Hauptunfallursachen und Prävention

Die Hauptursachen für schwere Verkehrsunfälle waren auch im Jahr 2020 wieder zu hohe und nicht angepasste Geschwindigkeit, Alkohol- und Drogenbeeinflussung, Ablenkung durch mobile Endgeräte, wie das Smartphone, sowie Vorfahrt, Vorrang und Abstand.

Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen jedoch neben diesen genannten Hauptunfallursachen auch die Überprüfung der Gurtpflicht bzw. Rückhaltesysteme. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes kann bei einem Verkehrsunfall schwerwiegende oder auch tödliche Verletzungen nach sich ziehen. Es muss klar gesagt werden: Ein Sicherheitsgurt rettet Leben.



Aktuelle Entwicklungen

In der Präventionsarbeit behält die Polizei aktuelle Entwicklungen in den Bereichen des Automobils und der Lastkraftwagen, der Fahrradfahrenden und anderer Fortbewegungsmittel im Blick und bleibt Initiator der Verkehrsunfallprävention. Aufgrund örtlicher Verkehrsunfallanalysen werden gezielt Schwerpunkte gesetzt. Dabei kommt der Zusammen-

arbeit mit den Netzwerkpartnern der Verkehrssicherheitsarbeit eine besondere Bedeutung zu. Neben bewährten Konzepten konzentriert sie sich insbesondere auch auf das Thema Ablenkung im Straßenverkehr und Radverkehr (Landesschwerpunkt 2020 und 2021). Dies wird auch durch die Zahl der festgestellten Verstöße zur Ablenkung durch elektronische Geräte belegt.

Sicherheitswochen

In den Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen wurden im vergangenen Jahr 21 Verkehrssicherheitswochen ausgerichtet, in denen Landes- und regionale Schwerpunkte sowie die Hauptunfallursachen und Risikogruppen thematisiert wurden. 777 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wurden hierfür eingesetzt, die 5.765 Einsatzstunden leisteten.





Zahlen Radverkehr 2020

Überprüfte Fahrräder gesamt:	10.266
Anzahl Verstöße gesamt :	7.373
davon Handy:	1.853
davon Beleuchtung:	1.928

Verkehrssicherheitsarbeit

Zahl der Unfälle mit Fahrrädern und Pedelecs steigt

Aufgrund der hohen Anzahl von beteiligten Radfahrerinnen und -fahrern an Verkehrsunfällen mit schweren und tödlichen Verletzungen in der Statistik des Jahres 2019 wurden unter dem Motto „Fahrradfahrende im Straßenverkehr“ im Jahr 2020 schwerpunktorientierte Kontrollen geplant und auch vorgenommen.

Auffällig ist, dass im Verlauf der vergangenen Jahre die sogenannten E-Bikes immer mehr an Beliebtheit gewonnen haben – hier ist anzumerken, dass vermehrt auch lebensältere Menschen auf das Pedelec umsteigen. In der Folge war eine Steigerung der schwerwiegenden Unfälle mit getöteten und schwerverletzten Seniorinnen und Senioren in der Altersgruppe 65+ festzustellen.

Problematisch ist dabei, dass auch für das Führen der mit Elektromotoren angetriebenen Fahrräder eine Helmpflicht nicht gesetzlich vorgeschrieben ist – die Gefahr, bei einem Unfall schwer verletzt zu werden, ist also groß.

Schwerpunkt-Kontrollen

Trotz des zunächst nur zögerlichen Beginns der Verkehrssicherheitswochen, gerade im Frühjahr bedingt durch den Corona-Lockdown, wurde im Laufe des Sommeranfangs, nach den Sommerferien und im Frühherbst die Überwachung des Radverkehrs im Bereich der Polizeidirektion Göttingen intensiviert.

Im Rahmen der schwerpunktorientierten Kontrollen wurden nahezu 1.500 Fahrrad- und Pedelecführerinnen und -führer im gesamten Direktionsbereich angehalten und überprüft. Mehr als 1.000 davon verhielten sich nicht regelkonform.

Auffallend war, dass 212 wegen der Nutzung des Mobiltelefons auffielen. Bei gut 20 Prozent der Zweiradfahrerinnen und -fahrer war die Beleuchtung nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand. Zusätzlich wurden im Rahmen der Verkehrssicherheitswochen Fahrradkontrollen vorgenommen.

Hier mussten gegen 84 Personen Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet

werden. Erschreckend war auch die Anzahl der unter dem Einfluss von Alkohol (97) und Betäubungsmitteln (5) stehenden Zweiradfahrerinnen und -fahrer, denen Blutproben entnommen wurden. Geahndet wurden aber auch Verstöße zum Nachteil von Radfahrenden, beispielsweise Vorfahrtsverletzungen oder Vorbeifahren mit zu geringem Seitenabstand – insgesamt 171.

Unfallzahlen leicht gesenkt

Mit Blick auf die Unfallstatistik zeigt sich, dass die Anzahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Radfahrerinnen und -fahrern mit schwerwiegenden Folgen in diesem Jahr leicht gesenkt werden konnten. Die Gesamtzahl fiel von 183 auf 157 Unfälle mit schwerwiegenden Folgen.

Im vergangenen Jahr wurden zehn tödliche (fünf Fahrrad/fünf Pedelec) und 147 Unfälle mit Schwerverletzten/Radfahrerbeteiligung polizeilich aufgenommen. 2019 waren sieben tödliche (fünf Fahrrad/ zwei Pedelec) und 176 Unfälle mit Schwerverletzten zu verzeichnen.

Corona: Aktionen und Verkehrssicherheitswochen mussten entfallen

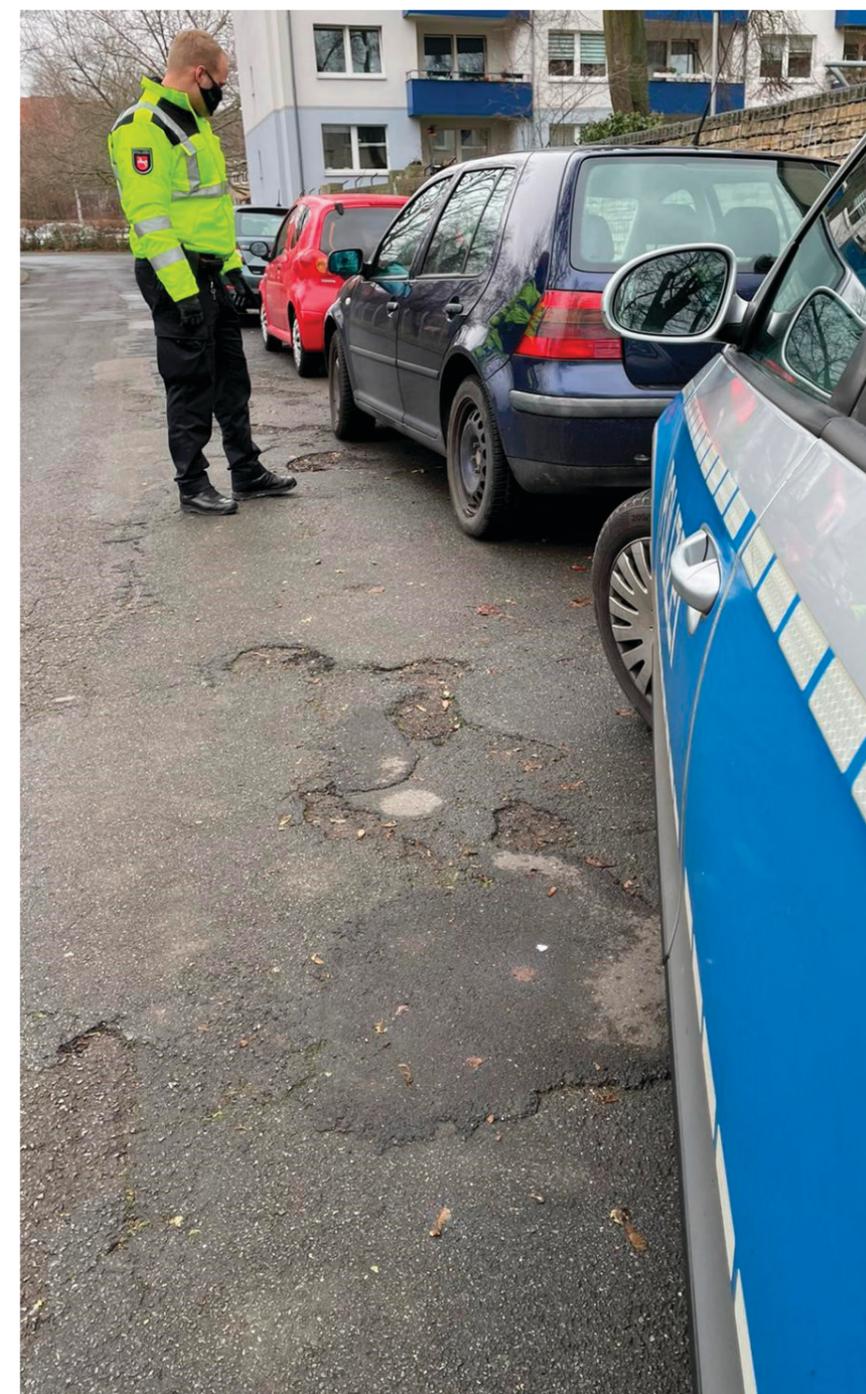
Die Corona-Pandemie hatte und hat nach wie vor Auswirkungen auf die Verkehrssicherheitsarbeit in den Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen: Die Lockdowns, zunächst im Frühjahr und dann noch einmal im Herbst/Winter des vergangenen und auch des neuen Jahres, führten zu einem geringeren Verkehrsaufkommen, das sich in der polizeilichen Arbeit deutlich spürbar machte.

Ein Schwerpunktthema des Jahres 2020 sollte das Motto „Fahrradfahrende im Straßenverkehr“ sein. Im Bereich der Polizeidirektion Göttingen waren dafür, gerade im Frühjahr und den Sommermonaten, diverse Aktionstage geplant, von denen mehrere nicht stattfinden konnten, da beteiligte Schulen aufgrund der Pandemie geschlossen wurden. Die große Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler konnte so mit den auf Prävention ausgelegten Aktionen im vergangenen Jahr nicht erreicht werden.

Geplante Termine abgesagt

Die Verkehrssicherheitswochen in den Polizeiinspektionen konnten ebenfalls nicht wie geplant stattfinden. In den Monaten Januar bis März fanden, noch wie geplant, sechs dieser Aktionen statt. Von März bis Juni war dies dann nicht mehr möglich. Erst nach den Sommerferien konnten die einwöchigen Aktionen weitergeführt werden.

Die Verkehrsüberwachung war pandemiebedingt nur eingeschränkt möglich, so dass eine Reduzierung der Anzahl der Kontrolltätigkeiten in allen Dienststellen zu beobachten war. Die Corona-Pandemie führte zudem zu



einem veränderten Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie zu einem geringeren Verkehrsaufkommen, was auf die Kurzarbeit in vielen Unternehmen sowie die Verlagerung ins Home-Office zurückzuführen war. Erfreulich ist, dass die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schwerverletzten oder getöteten Personen dadurch deutlich gesenkt werden konnte.

Infektionsschutz im Mittelpunkt

Durch die Pandemie war die Verkehrssicherheitsarbeit auch für die Beamtinnen und Beamten zeitweise nur eingeschränkt möglich. Im Fokus stand die Erhaltung der Funktionsfähigkeit sowie ergänzender Aufgaben im Bereich des Infektions- und Gesundheitsschutzes, was sich unter anderem auf die Anzahl der Kontrolltätigkeiten ausgewirkt hat.

Sicherheit im Straßenverkehr

Spezialisierte Kontrollgruppe nimmt Biker unter die Lupe

Die Polizeidirektion Göttingen verfügt über eine spezialisierte Kontrollgruppe, die sich durch ausgezeichnetes Fachwissen im Bereich der Motorräder und getunter Fahrzeuge auszeichnet. Die 18 Mitglieder der sogenannten SKG-Krad rekrutieren sich aus den fünf Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen und gehören dabei unterschiedlichen Organisationseinheiten an. Die Kontrollen finden überwiegend an den Wochenenden statt.

Das notwendige Fachwissen für die ganzheitlichen Kontrollen an Motorrädern oder getunten Fahrzeugen bringen die Kolleginnen und Kollegen teilweise bereits aus ihrem privaten Umfeld mit. Im Übrigen werden alle Mitglieder während einer alljährlichen dreitägigen Fortbildungsveranstaltung bezüglich der Neuerungen in Gesetzen und Verordnungen auf den neuesten Stand gebracht. Dabei referieren auch immer wieder externe Experten von technischen Überwachungsorganisationen oder von Gutachterbüros. Leider fiel die Fortbildung im Jahr 2020 dem ersten Lockdown zum Opfer. Nicht zuletzt profitiert die Truppe vom exzellenten Fachwissen des stellvertretenden Leiters der SKG-Krad, Polizeihauptkommissar Stephan Heinz. Dieser fungiert zusätzlich als Behördenmultiplikator in Sachen Technik und Fahrzeugtuning. Grundsätzlich sind so alle Kontrollkräfte in der Lage, illegale technische Veränderungen der Fahrzeugtechnik zu erkennen. Besonderes Augenmerk wird neben den sicherheitsrelevanten Veränderungen



auch auf die Manipulationen an den Abgasanlagen gelegt. Diese Veränderungen sind neben der Fahrweise der Fahrzeugführerinnen und -führer der Hauptgrund für den störenden Lärm der Fahrzeuge. Vielerorts formiert sich deshalb der Widerstand gegen Motorrad- aber auch Pkw-Lärm.

Die Bilanz der diesjährigen Kontrolltätigkeit fällt, nicht zuletzt durch die alles beherrschende Corona-Pandemie, weniger umfangreich aus als in den Vorjahren. Es wurden aber trotz allem zehn Kontrollen veranstaltet, wobei diesmal ein klarer Schwerpunkt im Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Bodenwerder lag. Hier waren die Beschwer-

den der Bewohnerinnen und Bewohner rund um die „Rühler Schweiz“ besonders massiv. Beispielhaft sei auch die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen des Polizeikommissariats Königslutter in der Polizeidirektion Braunschweig, bei einer Schwerpunktkontrolle im Höhenzug Elm erwähnt.

Kontrollen 2021 in Vorbereitung

Die Vorbereitungen für die nächste Saison laufen bereits. Ein Termin für die Fortbildungsveranstaltung steht bereits – ein Kontrollkalender wird zeitnah durch das Dezernat 12 der Polizeidirektion Göttingen in Absprache mit den Polizeiinspektionen erstellt.

Fachstrategie Verkehr löst VSI 2020 ab

Die Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 hat im vergangenen Jahr ihren Abschluss gefunden. Schon seit 2018 wird unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium eine neue, gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt, die die VSI 2020 ablösen wird.

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit verkehrspolizeilichen Aufgaben entwickeln sich weiterhin dynamisch, und gerade in technischer Hinsicht ist die Komplexität angewachsen. Die neue Fachstrategie soll daher mit einer neuen Ausrichtung der verkehrspolizeilichen Arbeit in Niedersachsen zur Anwendung kommen.

Es wurden sechs Umweltrends in der operativen Schwerpunktsetzung identifiziert:

⇒ **Automotive IT:** Sie soll zur Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs durch automatisierte Systeme oder autonomes Fahren genutzt werden.

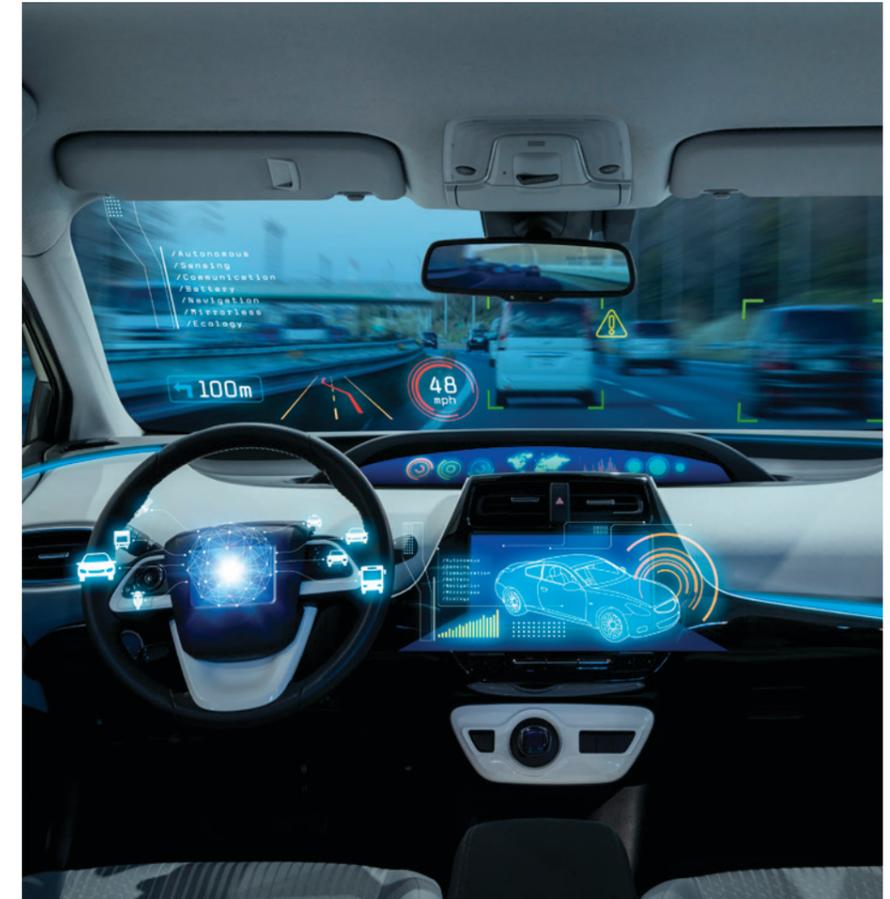
⇒ **Gewerblicher Güterkraftverkehr:** Durch qualifiziertes Personal sollen gemeinsam mit Netzwerkpartnern die verkehrskritischen Faktoren des zunehmenden gewerblichen Güterverkehrs reduziert werden.

⇒ **Altersspezifische Risikogruppen:** Ihnen soll eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr ermöglicht werden.

⇒ **Neue Mobilitätsformen:** Entwicklungen im Feld der neuen Mobilitätsformen (eKFV) sollen beherrscht werden.

⇒ **Radverkehr:** Das erhöhte Unfallrisiko aller Formen des Radverkehrs soll reduziert werden. Der Megatrend Radverkehr wird berücksichtigt.

⇒ **Risikobehaftetes Verhalten:** Es sollen alle Möglichkeiten zur Reduzie-



rung risikobehafteten Verhaltens genutzt werden.

Neben der operativen Schwerpunktsetzung gilt es, als zweite Säule die Organisation zu überprüfen. Hier wird kritisch betrachtet, wie die Zielsetzung – also die Bündelung der Anstrengungen in der Verkehrssicherheitsarbeit – umgesetzt werden kann. Diese Säule bezieht sich auf die Kernaspekte der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit, bestehend aus Verkehrsunfallprävention, Verkehrsüberwachung und Verkehrsunfallaufnahme und -sachbearbeitung.

Um eine einheitliche Strategie entwickeln, planen und umsetzen zu können, wurden „Themenpatenschaften“ übernommen. Jede Polizeidirektion übernimmt einen der Schwerpunkte als „Themenpate“. Die Polizeidirektion Göttingen hat die Themenpatenschaft für den Bereich des gewerblichen Gü-

terkraftverkehrs übernommen. Ziel ist es, unter anderem die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden, beispielsweise auf Autobahnen, zu minimieren.

Das soll durch die Überprüfung des Konzepts der regionalen Kontrollgruppen (Schwerlast) gewährleistet werden. Außerdem sollen in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Verkehrsministerium und dem Bundesamt für Güterverkehr Kontrollörtlichkeiten ertüchtigt werden. Zudem muss durch ein Konzept, unter Beteiligung der Bußgeldstellen, der Ausbau der Vermögensabschöpfung vorangetrieben werden. Die Kontrollaktionen mit der BAG und dem Zoll sollen intensiviert und landesübergreifende Kontrollen im Zusammenspiel mit den Nachbarbundesländern verstetigt werden. Darüber wird ein lagegerechtes Personaleinsatzkonzept erstellt und das Fortbildungskonzept evaluiert.



**ENKELTRICK VERHINDERT,
TASCHENDIEB GESTELLT.**

unddeintag?

**BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.**

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



Im Portrait
Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden im Überblick, ihre Aufgaben und Einsätze.

Die Inspektion im Überblick

370 Mitarbeitende
sorgen für die
Sicherheit von
219.000 Menschen

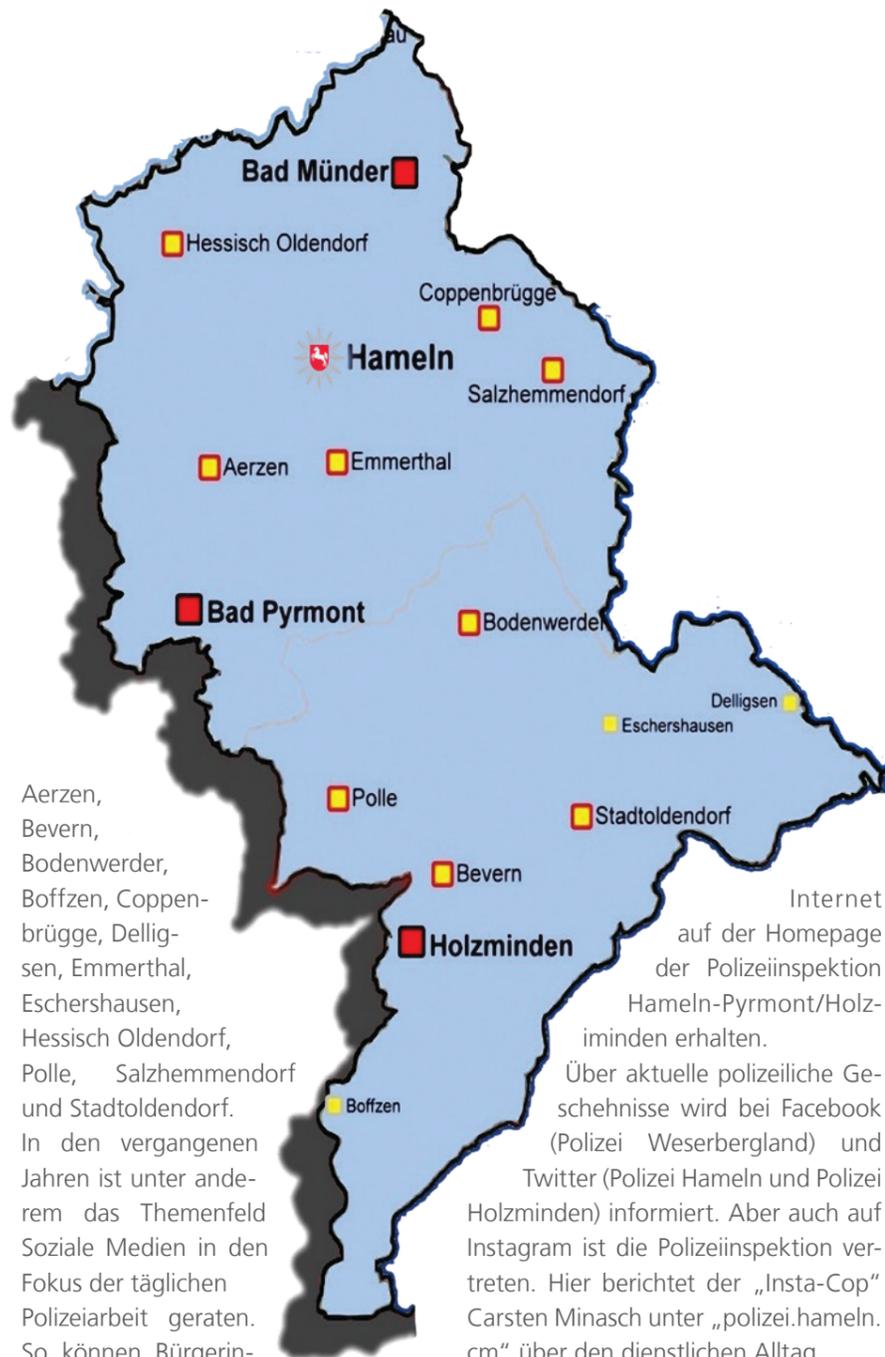
Dem Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres Weserbergland zu schaffen, kommen derzeit 370 Polizeibeamtinnen und -beamte, zwei Verwaltungsbeamtinnen sowie 64 Beschäftigte nach.

Der Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion erstreckt sich dabei auf das Gebiet der Landkreise Hameln-Pyrmont und Holzminden, das eine Größe von etwa 1.500 Quadratkilometern umfasst. Insgesamt leben derzeit im Bereich der Polizeiinspektion etwa 219.000 Menschen.

Die Leitung der Polizeiinspektion hat seit Anfang August 2020 Polizeidirektor Matthias Kinzel. Er folgte auf Polizeidirektor Thorsten Massinger, der die Polizeidirektion Göttingen verlassen hat und nun im Niedersächsischen Innenministerium tätig ist. Leiterin Einsatz der Polizeiinspektion ist Polizeirätin Marina Vieth, den Zentralen Kriminaldienst verantwortet Polizeioberrat Heiko Heimann.

Drei Kommissariate

Zur Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden gehören drei Polizeikommissariate, die in Holzminden, Bad Münden und Bad Pyrmont angesiedelt sind, sowie zwölf Polizeistationen in



Aenzen, Bevern, Bodenwerder, Boffzen, Coppenbrügge, Delligsen, Emmerthal, Eschershausen, Polle, Salzhemmendorf und Stadoldendorf. In den vergangenen Jahren ist unter anderem das Themenfeld Soziale Medien in den Fokus der täglichen Polizeiarbeit geraten. So können Bürgerinnen und Bürger weitere Informationen im

Internet auf der Homepage der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden erhalten. Über aktuelle polizeiliche Geschehnisse wird bei Facebook (Polizei Weserbergland) und Twitter (Polizei Hameln und Polizei Holzminden) informiert. Aber auch auf Instagram ist die Polizeiinspektion vertreten. Hier berichtet der „Insta-Cop“ Carsten Minasch unter „polizei.hameln.cm“ über den dienstlichen Alltag.



Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/ Holzminden

- **Zentralstraße 9, 31785 Hameln**
- **Leitung:** Polizeidirektor Matthias Kinzel, Telefon 05151/933-0
- **Zentraler Kriminaldienst:** Polizeioberrat Heiko Heimann, Telefon 05151/933-0
- **Sachbereich Einsatz:** Polizeirätin Marina Vieth, Telefon 05151/933-0

Kommissariate in der Fläche

Präsenz an drei Standorten in zwei Landkreisen

Polizeikommissariat Holzminden

Allersheimer Straße 2,
37603 Holzminden

Leitung:

Erster Polizeihauptkommissar
Burkhard Schramm
Telefon 05531/958-0



Polizeikommissariat Bad Pyrmont

Bahnhofstraße 42,
31812 Bad Pyrmont

Leitung:

Erster Polizeihauptkommissar
Manfred Hellmich
Telefon 05281/9406-0

Polizeikommissariat Bad Münden

Angerstraße 23,
31848 Bad Münden

Leitung:

Erster Kriminalhauptkommissar
Ulrich Mathies
Telefon 05042/9331-0





Nachwuchswerbung in der Polizeiinspektion

Digitale Lösungen sollen junge Menschen für Polizeiberuf begeistern

Die Themen Nachwuchsgewinnung und Studienberatung sind in der Polizeiinspektion (PI) Hameln-Pyrmont/Holzminden dem Sachbereich „Personal/Aus- und Fortbildung“ zugeordnet. Zentrale Ansprechpartnerin für das Sachgebiet Aus- und Fortbildung ist Polizeioberkommissarin Michaela Schaefer.

In den vorausgegangenen Jahren hat die PI Hameln-Pyrmont/Holzminden an vielen verschiedenen regionalen Messen und Projekten zur Nachwuchsgewinnung teilgenommen. Das war 2020 aufgrund der Corona-Pandemie nur eingeschränkt oder gar nicht mehr möglich.

Um auch weiterhin Studienbewerberinnen und -bewerber, vor allem mit allgemeiner bzw. Fachhochschulreife, anzusprechen und über den Polizei-

beruf informieren zu können, bedurfte es also neuer Wege. Das galt ebenso für die Bewerbungen von Realschülerinnen und -schülern zum Erwerb der Fachhochschulreife bei der Polizei. Aus diesem Grund hat die PI Hameln-Pyrmont/Holzminden die Arbeitsgruppe „Digitalisierung der Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden“ unter Leitung von Kriminaloberkommissarin Dorothee von Hagen ins Leben gerufen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es zum einen, die Teilnahme am Hochschulinformationstag Hameln 2021 digital vorzubereiten, aber auch die Gestaltung der Onlinepräsenz der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden zukunftsgerichtet und für örtliche Bewerberinnen und Bewerber attraktiv zu gestalten. Verschiedene regionale Projekte zur

Nachwuchsgewinnung haben bereits mit Beginn der Pandemie mit Hilfe der Digitalisierung versucht, den Ausfall der bis dahin analogen Veranstaltungen zu kompensieren.

Eine Beteiligung der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden ist dort lediglich eingeschränkt möglich gewesen. Um sich auf diesen Plattformen im Vergleich zu anderen Arbeitgebern attraktiv präsentieren zu können, ist eine Überarbeitung der Onlinepräsenz der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden dringend erforderlich gewesen.

Insbesondere die Berücksichtigung der beiden Landkreise Hameln-Pyrmont und Holzminden in einem gemeinsamen Werbekonzept stellt die Arbeitsgruppe mit den jeweiligen örtlichen Besonderheiten vor eine kreative Herausforderung.

Interview

Neue Wege in der Gewinnung von Polizeinachwuchs

Kriminaloberkommissarin Dorothee von Hagen leitet die Arbeitsgruppe „Digitalisierung der Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden“. Im Interview berichtet sie über das Projekt und was das Team sich vorgenommen hat.

Was hat dich zur Übernahme des Projekts motiviert?

Ich gehöre seit 2016 dem Team der Nachwuchsgewinnung der Inspektion an und bin in der Studienberatung tätig – ich fühlte mich dem Thema also besonders verbunden. Außerdem möchte ich daran mitwirken, die Darstellung des Polizeiberufs und der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden auch digital voranzubringen und mitgestalten zu können.

Wie stellt sich die Arbeitsgruppe zusammen?

Im Oktober 2020 wurde mein Projektteam auf die Beine gestellt. Aus dem gesamten Bereich unserer Inspektion haben sich sowohl neue Kolleginnen und Kollegen als auch erfahrene Mitglieder des analogen Teams Nachwuchsgewinnung gemeldet, weil sie an unserem Projekt mitarbeiten wollen. So haben wir eine Verknüpfung von jungen Kolleginnen und Kollegen mit technischen Kenntnissen und Social Media-Erfahrungen sowie Mitarbeitenden mit Fach- und Erfahrungswissen in der Nachwuchsgewinnung erhalten. Beide Komponenten ergänzen sich hervorragend. Außerdem ermöglicht uns diese Zusammensetzung, auch auf die landkreisbezogenen Besonderheiten einzugehen. Es macht viel Spaß mit einem solch hochmotivierten Team zu arbeiten.



Was habt ihr bisher umgesetzt?

Wir haben unsere Kick-Off-Veranstaltung am 6. November 2020 unter Einhaltung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln durchgeführt. Nach einer ersten Bestandsaufnahme, dem Abstecken der Ziele und einem Brainstorming ist die Arbeitsgruppe in die konkrete Arbeit gestartet, etwa in die Gestaltung eines digitalen Messestandes für den Hochschulinformationstag im Februar.

Diese Veranstaltung wurde 2021 (erstmalig) vollständig digital organisiert. In kurzen Videos haben wir die Vielfältigkeit des Polizeiberufes im Allgemeinen, aber auch die Dienststellen und dienstlichen Verwendungsmöglichkeiten in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden (im Besonderen) dargestellt. Diese Videos werden auch die Homepage der Inspektion ergänzen. Wir wollen insbesondere über die Zugangsmöglichkeiten bzw. Bewerbungsvoraussetzungen zur Polizei informieren.

Was möchtet ihr zukünftig noch umsetzen?

Wir wollen den Zukunftstag für die Schülerinnen und Schüler der Mittelstu-

fe digital begleiten. Im Jahr 2020 mussten wir ihn ausfallen lassen. Außerdem ist das Interesse in jedem Jahr deutlich größer als die uns zur Verfügung stehenden Kapazitäten.

Wir möchten im kommenden Jahr unabhängig von der analogen Veranstaltung sein und allen Interessierten einen Einblick in die Arbeit der Polizei vor ihrer Haustür ermöglichen. Aus diesem Grund werden wir eine digitale Veranstaltung organisieren.

Zudem wollen wir das grundsätzliche Angebot von Praktika bei der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden für Schülerinnen und Schüler konkret auf der eigenen Homepage bewerben und Voraussetzungen und Ablauf der Bewerbung zielgruppengerecht aufarbeiten und neugestalten.

Wir möchten zudem Konzepte entwickeln, mit denen wir die bisher analog durchgeführten und regionalen Veranstaltungen, wie „Berufsweg-Parcours“, Berufsmessen oder „Abend der Bewerber“ durch Social Media-Formate unterstützen oder 2021 auch komplett digital ersetzen können.

Die Pandemie in der Inspektion

Unterstützung für Städte und Kreise

Das vergangene Jahr war geprägt von der Corona-Pandemie, die am Jahresanfang 2020 die ganze Welt binnen weniger Wochen erfasste.

Das Infektionsgeschehen mit seiner ganzen Dynamik erfordert von der Polizei auch nach 2020 innerdienstlich eine umfangreiche betriebliche Pandemieplanung und nach außen die umfassende Unterstützung der originär im Infektionsschutz zuständigen Behörden.

Dabei galt es, die getroffenen Entscheidungen immer wieder anzupassen und die schrittweise gelockerten oder verschärften Restriktionen in die Mitarbeiterschaft zu kommunizieren – und das in dem Wissen, dass es wieder nur eine Momentaufnahme sein wird.

Im innerdienstlichen Betrieb waren am Anfang Abstand, Handhygiene und eine erhöhte Wachsamkeit angezeigt. Dienstliche Bereiche, in denen sich viele Bürgerinnen und Bürger und Mitarbeitende aufhalten und unter Umständen infektiöse Aerosole verbreiten, waren dabei als Infektionsquelle besonders im Fokus.

Der im Frühjahr noch vorherrschende akute Bedarf an Lösungen für präventive Infektionsschutzmaßnahmen für Personen, Einsatzfahrzeuge und Diensträumlichkeiten legte sich ab Jahresmitte. Gegenstände der persönlichen Schutzausrüstung, wie Alltagsmasken, Schutzbrillen und -anzüge für beispielsweise Todesursachenermittlungen, waren ebenso verfügbar, wie gläserne Schutzwände in den Wach-



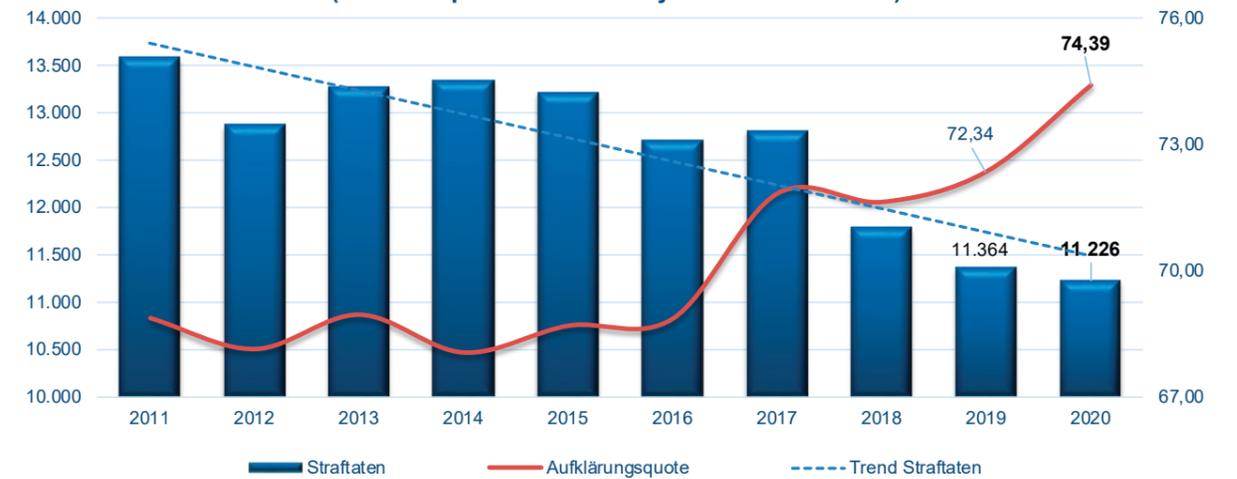
bereichen und Mittel für Hand- und Flächendesinfektion. Bis Ende 2020 gab es so lediglich einen Fall eines direkt coronabedingten Ausfalls. Mittelbar – als Kontaktperson ersten Grades oder im Zusammenhang mit Schulausfällen bei Kindern – war dies jedoch mehrfach der Fall.

Im eigentlichen Dienstbetrieb bestand hingegen niemals Unsicherheit darüber, wie mit der Pandemielage umzugehen war. Schnell bestand im Kreis der polizeilichen Führungsverantwortlichen Einigkeit darüber, dass auch im speziellen Gefahrenabwehrrecht „Infektionsschutz“ die Polizeiinspektion Unterstützung zu leisten in der Lage und willens war. Auf Grundlage eines mit den beiden Landkreisen – unter Beteiligung der jeweiligen Städte und Gemeinden – vereinbarten Kontrollkonzepts leisteten die Polizeidienststellen Amts- und Vollzugshilfe, wo verwaltungsbehördli-

che Kräfte und Mittel nicht ausreichten. So wurden schwerpunktmäßig Quarantäneauflagen, die Maskentragpflicht oder Kontaktbeschränkungen und Betriebsverbote kontrolliert. Je nach Verfügbarkeit unterstützte dabei die Bereitschaftspolizei des Landes oder es wurden gemeinsame Kontrollen mit Mitarbeitenden des ÖPNV oder der Ordnungsämter vorgenommen. Eine enge Zusammenarbeit gab es darüber hinaus bei der Bewältigung regelmäßig wiederkehrender Einsätze aufgrund von Versammlungslagen der „Querdenker“-Szene.

Neben den Corona-Kontrolleinsätzen arbeiteten die Mitarbeitenden in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden im Jahr 2020 43.748 Einsätze ab. Im Vergleich zum Vorjahr (43.083 Einsätze) haben die Einsatzzahlen somit um rund 50 pro Monat zugenommen.

Straftaten und Aufklärungsquote (Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont /Holzminden)



Kriminalitätsentwicklung

Aufklärungsquote liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt

Im Jahr 2020 wurden in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden insgesamt 10.268 Straftaten bearbeitet. Diese verteilen sich auf die Landkreise Hameln-Pyrmont (7.223) und Holzminden (3.045). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 1,28 Prozent und folgt somit einem anhaltenden Trend, beginnend im Jahr 2017.

Die Gesamtzahl der Straftaten liegt damit, wie im vergangenen Jahr, wieder unter dem Durchschnitt des Zehnjahresvergleichs, der bei 12.519 Straftaten pro Jahr liegt. Dass die Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden sicher leben können, zeigt insbesondere die sogenannte Häufigkeitszahl. Sie gibt Auskunft darüber, wie viele Straftaten in einem bestimmten Bereich hochgerechnet auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner begangen werden. Die Häufigkeitszahl erlaubt so auch einen Vergleich mit anderen Regionen.

Für den Landkreis Hameln-Pyrmont lag die Häufigkeitszahl im Jahr 2020 bei 4.862 Delikten, für den Landkreis Holzminden bei 4.290 Delikten. Beide Werte

liegen somit deutlich unter dem Landesdurchschnitt, der bei 5.748 Delikten liegt.

Aufklärungsquote (AQ)

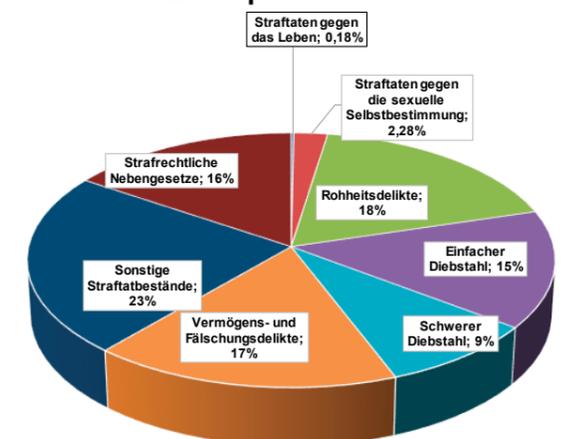
Die Aufklärungsquote konnte im Vergleich zum guten Vorjahresergebnis sogar noch einmal gesteigert werden und liegt derzeit bei hervorragenden 74,20 Prozent (Gesamtjahr 2019: 72,34 Prozent). Sie ist ein wichtiger Gradmesser für den Erfolg der polizeilichen Arbeit und ist weiterhin auf einem konstant hohen Niveau. So konnten im Jahr 2020 insgesamt 5.578 Tatverdächtige ermittelt werden.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist darauf hinzuweisen, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) und die hier präsentierten Zahlen- und Prozentwerte im Zusammenhang mit dem diesjährigen Pandemiegeschehen um das Corona-Virus zu betrachten sind und somit teilweise Schwankungen und Veränderungen

aufweisen können.

Trotz des Pandemiegeschehens hat die PI Hameln-Pyrmont/Holzminden das Projekt „Digitale Spuren“ unter Leitung von Polizeioberkommissar Michael Lönnecke initiiert. Das Projekt verfolgt das Ziel, die Suche, Sicherung und Auswertung digitaler Spuren in Ermittlungsverfahren zu verbessern, damit unsere Kolleginnen und Kollegen in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden auch in Zukunft hochqualifizierte Kriminalitätsbekämpfung betreiben können.

Polizeiinspektion Hameln



Kriminalität

Straftaten nach Deliktstypen 2020

Nachfolgend werden Deliktsbereiche dargestellt, die einen Schwerpunkt in der polizeilichen Arbeit bilden und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig beeinträchtigen.

Straftaten gegen das Leben

In diesem Deliktsbereich sind die absoluten Fallzahlen auf einem sehr niedrigen Niveau. Umso erfreulicher ist hier die Aufklärungsquote von 94,12 Prozent. Doch gerade diese verhältnismäßig wenigen Straftaten sind geeignet, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung subjektiv nachhaltig zu beeinflussen, da sie oftmals sehr umfangreich in den Medien und sozialen Netzwerken dargestellt werden.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung hat sich der Trend des Vorjahres erfreulicherweise nicht fortgesetzt. Es wurden im Jahr 2020 insgesamt 54 Taten weniger registriert. In diesem Jahr wurden beispielsweise nur noch 9,13 Prozent aller Fälle im sogenannten Schulkontext, in denen über Messengerdienste bzw. Messenger-Gruppen Bilddateien mit verbotenem pornografischen Inhalt verschickt werden, registriert. Im Vorjahr war dieser Anteil knapp fünfmal so hoch. Insbesondere in diesem Bereich verzeichnen die Ermittlerinnen und Ermittler der Polizeiinspektion einen stetigen Anstieg der auszuwertenden Datenmengen, die im Rahmen der Ermittlungen sichergestellt werden. Um Missbrauchsfälle schnell zu identifizieren und mögliche Gefahrenüberhänge



zu erkennen, wurde im Bereich des Zentralen Kriminaldienstes eine Ermittlungsgruppe eingerichtet.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Die Entwicklung innerhalb der Polizeiinspektion korrespondiert mit dem bundesweit erkennbaren Trend einer stetigen Steigerung in diesem Deliktsbereich. Obwohl ein starker Anstieg der Fallzahlen von 526 (Gesamtjahr 2019) auf 615 (+16,92 Prozent, Stand Oktober 2020) zu verzeichnen ist, ging die Anzahl der vollendeten Delikte von 407 (Gesamtjahr 2019) auf 253 (-37,8 Prozent, Stand Oktober 2020) und die Schadenssumme von 714.917 Euro (Gesamtjahr 2019) auf 407.124 Euro (-43,05, Prozent, Stand Oktober 2020) zurück. Die weiterhin gegenläufige Entwicklung bei vollendeten Delikten und der Schadenssumme dürfte das Ergebnis einer sehr intensiven Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit sein.

Diebstahlsdelikte

Im Jahr 2020 konnte die Polizeiinspektion auf dem Gebiet der Diebstahlsdelikte bei nahezu gleichbleibender Aufklä-

rungsquote einen deutlichen Rückgang der Gesamtzahlen verbuchen. Insbesondere im Bereich der schweren Diebstähle und bei den Wohnungseinbrüchen wurden die Fallzahlen erneut reduziert (-21,11 Prozent).

In diesem Bereich unternimmt die Polizeiinspektion besondere Anstrengungen, um das Phänomen Wohnungseinbruchsdiebstahl weiter zu minimieren. So werden unter anderem besondere Kontrolltage vorgenommen oder sogenannte Gebietspaten eingesetzt, um präventiv tätig zu werden.

Strafrechtliche Nebengesetze

In diesen Deliktsbereich fallen unter anderem die Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz. Als Ausfluss eines größeren Verfahrens aus dem Vorjahr wurden zahlreiche weitere Strafverfahren gegen eine Vielzahl von Beschuldigten eingeleitet und bearbeitet. In Folge dessen kam es zu einer Steigerung der Fallzahlen um mehr als 30 Prozent (+364 Fälle). Nahezu alle Fälle konnten durch die Ermittlerinnen und Ermittler aufgeklärt werden. Die Aufklärungsquote liegt hier bei 96,39 Prozent.



Cybercrime

Aus dem Dienstalltag: Augen auf beim Onlinekauf

Die Ware kam nicht, das Geld war weg. Und der Onlineshop war auch nicht mehr erreichbar.

32-Jähriger fällt auf vermeintliches Schnäppchen herein

Online einzukaufen ist nicht erst seit der Corona-Pandemie 2020 etabliert. 2020 erlebte der Online-Handel allerdings bedingt durch eine nur eingeschränkte Öffnung des stationären Handels ein Allzeithoch. Das machten sich auch Betrüger zunutze.

Bereits seit jeher versuchen Betrügerinnen und Betrüger, Menschen um ihr Geld zu bringen. Neu ist hierbei die Nutzung des Internets nicht, die Professionalisierung der Täterinnen und Täter nimmt aber weiter zu. Sogenannte Fake-Shops werden immer besser: in Gestaltung, Produktpalette, Produktbeschreibungen und – naturgemäß – den Preisen. Auf den ersten Blick sind Fake-Shops für den normalen User kaum erkennbar. Sie gleichen oft den bekannten Online-Shops von großen Händlern und unterscheiden sich oftmals nur im Namen. Mitunter werden bereits vorhandene und seriöse Shops sogar 1:1 kopiert. Eins haben die Fake-Shops aber meist gemein:

- Zahlung nur per Überweisung möglich, oft auf ein Konto im Ausland

- Oftmals deutlich geringere Preise als bei Mitbewerbern
- Wenige bis gar keine Bewertungen bei unabhängigen Portalen wie „Trusted Shops“. Bewertungen werden durch manipulierte Bilder in den Online-Shops suggeriert

Die bitteren Erfahrungen mit Fake-Shops mussten auch im Bereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden einige Bürgerinnen und Bürger machen, etwa ein 32-Jähriger, der ein vermeintliches Schnäppchen im Internet entdeckte. Eine Ersparnis von 40 Prozent gegenüber anderen Online-Shops wollte er sich nicht entgehen lassen. Der Online-Shop wirkte seriös, bot sogar eine vermeintlich sichere Zahlung via Paypal an. Der 32-Jährige zögerte nicht lange und erwarb das Produkt seiner Wahl. Dass es bei der Zahlung mit Paypal ständig zu Fehlermeldungen kam und die Zahlung nicht klappte, versicherte ihn zwar, allerdings schöpfte er noch keinen Verdacht. Schließlich verfügte der Online-Shop ja laut eines dort gezeigten Bildes über eine Aus-

zeichnung von „Trusted Shops“ mit Top-Bewertung. Da die Zahlung mit Paypal nicht klappte, entschied sich der 32-Jährige, die Zahlung per Überweisung abzuwickeln. Dass die Überweisung auf ein Konto in den Niederlanden ging, hatte er im Eifer des Gefechts nicht bemerkt. Das böse Erwachen kam nach etwa einer Woche. Die Ware kam nicht, das Geld war weg. Und der Online-Shop war auch nicht mehr erreichbar. Offenbar hatten bereits mehrere geprellte Kunden bundesweit Anzeige erstattet.

Präventionstipps:

- Geiz ist nicht immer „geil“: Bestimmte Ware hat ihren Preis, zu verschenken hat niemand etwas.
- Kaufen Sie nur bei Anbietern, die Ihnen bekannt sind.
- Bezahlen Sie die Ware mit Käufer-schutz, zum Beispiel Paypal – keine Direktüberweisungen.
- Informieren Sie sich vorab, ob die Anbieter bereits als Fake-Shop aufgefallen sind.



Verkehrslagebild der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden

Mit 4.834 Verkehrsunfällen in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden haben sich im Vergleich zum Vorjahr etwa 13 Prozent weniger Unfälle auf den Straßen ereignet. Ein Anstieg der Verkehrsunfälle mit schwerwiegendem Personenschaden von 164 auf 174 sowie ein leichter Anstieg bei der Anzahl der im Straßenverkehr schwerverletzten Personen (von 179 auf 183) und eine mehr als Verdoppelung der Getöteten von sechs im Jahr 2019 auf 15 im Jahr 2020, stehen diesem Trend jedoch konträr entgegen.

Im Jahr 2020 sind zwei Personen aus der Risikogruppe der sogenannten „Jungen Fahrer“ getötet worden, 2019 war es eine. Fünf Senioren sind 2020 bei Verkehrsunfällen getötet worden, allesamt aus der Alterskategorie ab 75 Jahren. Im Vorjahr waren drei Getötete zu beklagen. Wie auch 2019 war unter den Getöteten ein Jugendlicher.

Während die Anzahl der Schwerverletzten im Jahr 2019 deutlich auf 179 gesunken war und damit den niedrigsten Stand der letzten Dekade aufwies, ist sie 2020 wieder leicht auf 183 angestiegen.

Mehr Baumunfälle

Die Anzahl der Baumunfälle ist von 69 wieder auf 79 angestiegen (+13 Prozent). Die Zahl der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die aufgrund eines Aufpralls gegen einen Baum auf einer Strecke außerhalb geschlossener Ortschaft ums Leben kamen, hat sich von zwei auf sechs verdreifacht. Gerade die Bekämpfung der häufigsten Ursachen derartiger Unfälle – überhöhte Geschwindigkeit und Ablenkung – stehen im besonderen Fokus der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit im Bereich der Polizeiinspektion. Schwerverletzt wurden bei derartigen Baumunfällen im Jahr 2020 15 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. 2019 waren es zwölf, was etwa der Hälfte der entsprechenden Schwerverletzten der Vorjahre entsprach.

Ein leichter Rückgang ist bei den Verkehrsunfällen festzustellen, die im Zusammenhang mit Alkohol-, Drogen- oder Medikamenteneinfluss standen. Waren es 2019 noch 119 Verkehrsunfälle, so ereigneten sich 2020 nur noch 92 Alkohol- oder Drogenunfälle. Ferner kam es 2020 zu 197 geschwindigkeitsbedingten Verkehrsunfällen – das ent-

spricht einem Rückgang von 22 Prozent (Jahreswert 2019: 253 Verkehrsunfälle). Die Anzahl der Blutentnahmen nach Drogen- oder Medikamentenmissbrauch blieb konstant. Die Zahl der Blutentnahmen bei Fahrzeugführern nach Alkoholkonsum belief sich im Jahr 2020 auf 271 (Vorjahr 252). Bei 5.601 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern wurden Geschwindigkeitsverstöße festgestellt – eine Steigerung um zwei Prozent (2019: 5.492). Eine ähnliche Steigerung gab es in Bezug auf den Phänomenbereich Ablenkung, etwa durch Smartphones oder Navigationsgeräte – von 1.396 auf 1.449.

Unfälle mit Fahrrädern

Im Jahr 2020 waren zwei getötete Fahrradfahrerinnen zu verzeichnen, beide aus der Altersklasse 75+. Bei einem der benutzten Fahrräder handelte es sich um ein Pedelec. Die Zahl der schweren Verkehrsunfälle mit Fahrrädern und Pedelecs blieb ungefähr auf Vorjahresniveau. Die Anzahl der Leichtverletzten sank von 156 im Jahr 2019 auf 130 im Jahr 2020. Einen deutlichen Anstieg gab es bei den Verkehrsunfällen mit Elektrokleinstfahrzeugen, sogenannten E-Scootern: Von einem Verkehrsunfall

im Jahr 2019 auf neun Verkehrsunfälle 2020. Getötete oder Schwerverletzte gab es nicht. Die Zahl der Verkehrsunfälle, an denen Motorradfahrerinnen und -fahrer beteiligt waren, ist im Jahr 2020 von 210 auf 221 wieder leicht gestiegen, wie auch die Zahl der dabei Schwerverletzten (von 44 im Vorjahr auf 53 im Jahr 2020, davon 37 mit Motorrädern über 125 Kubikzentimeter).

Projektgruppe Motorradlärm beim Polizeikommissariat Holzminden

Die „Rühler Schweiz“ ist ein bundesweiter Tourismusmagnet für Motorradfahrerinnen und -fahrer. Die Verkehrsunfallstatistik zeigt hier jedoch eine Vielzahl an Unfällen mit schwer und tödlich verletzten, meist auswärtigen Motorradfahrern – und somit Handlungsbedarf. Außerdem schwappt den zweirädrigen Touristen mittlerweile eine hohe Protestwelle aus der Bevölkerung entgegen, unterstützt durch die bundesweite Bürgerinitiative gegen Motorradlärm. Dabei gilt es eine Balance zwischen den Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger auf der einen und der Beeinträchtigung der Tourismusbranche auf der anderen Seite zu finden.

Das Polizeikommissariat Holzminden erkannte diesen Schwerpunkt und führte in einer Projektgruppe, zusammen mit dem Landkreis unter Beteiligung des Landrats Michael Schünemann, Möglichkeiten zusammen, den Motorradlärm einzudämmen.

Im Jahr 2020 wurden deshalb von April bis September fünf Großkontrollen vorgenommen. Begleitet wurden diese vom Streifendienst, von der sogenannten „Spezialisierten Kontrollgruppe Krafträder“ und dem Präventionsteam der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden, das mit vielen Motorradfahrerinnen und -fahrern ins Gespräch gekommen ist und für spezifische Gefahren sensibilisiert hat. Während der Kontrolltage wurden zum Teil erschreckende Verstöße festgestellt: Technische Mängel, Bauartveränderungen, Fahren ohne Fahrerlaubnis sowie unter dem Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten.

Insgesamt durchfuhren die Kontrollstelle an einem Kontrolltag je nach Wetterlage bis zu 250 Motorräder. Die mediale Begleitung der Kontrollen durch ein Fernsteam des Senders „Kabel 1“

zeigte das öffentliche Interesse an den Kontrolltätigkeiten der Polizei.

Im Vorfeld der Maßnahmen stellten sich Beteiligte des Landkreises, der Polizei, der Motorradgruppe sowie die örtliche Politik und betroffene Bürgerinnen und Bürger einer öffentlichen Diskussionsrunde. Der Dialog zeigte Wirkung: Während der Ausfahrt stießen die Motorradfahrerinnen und -fahrer auf keine größeren Protestaktionen. Neben den saisonalen Kontrollen wird auch im Rahmen der täglichen Polizeiarbeit in der Region ein Augenmerk auf Verstöße durch Zweiradfahrerinnen und -fahrer gelegt. So finden im Streifendienst regelmäßige Geschwindigkeits- und Lärmkontrollen an prägnanten Punkten statt.

Wagt man den Blick in das Jahr 2021, ist anzunehmen, dass die Protestaktionen im Weserbergland anhalten werden. Die Projektgruppe wird daher neue Maßnahmen entwickeln, um weiterhin für Sicherheit sorgen zu können. Auch die Polizei Holzminden wird sich zusätzlich neu aufstellen und eine eigene Kontrollgruppe bilden, um die Kontrollen weiter zu intensivieren.



Unsere Einsätze

AG Tuning bekämpft Lärmbelästigung



Während einer Großkontrolle und in mehreren speziellen Sonderdiensten wurden mehrere verbotene Autorennen festgestellt.

Arbeitsgruppe ist verbotenen Autorennen auf der Spur

Seit Anfang 2020 haben Bürgerinnen und Bürger vermehrt Anzeigen wegen Lärmbelästigungen durch Kraftfahrzeuge erstattet, die zu schlaflosen Nächten und insgesamt zu einer deutlichen Verminderung der Wohnqualität geführt haben. Als Reaktion darauf wurde im Sommer 2020 die „Arbeitsgruppe Tuning“ gegründet.

Die AG setzt sich aus Beamtinnen und -beamten des Einsatz- und Streifenendienstes sowie der Verfügungseinheit der Polizeiinspektion zusammen.

Zeitnah wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont ein Konzept entwickelt. Grundsatz dieses Konzepts war und ist die konsequente Verfolgung der Verkehrsordnungswidrigkeiten, die lärmverursachendes Verhalten mit einem Verwarngeld belegen. Feststellungen derartiger Verstöße werden seitdem ausführlich dokumentiert, um eine repräsentative Auswertung und Verfolgung zu ermöglichen.

Nach der Auswertung der Verstöße fiel auf, dass einige Personen immer wieder

als Betroffene der relevanten Verstöße in Erscheinung getreten sind.

Aus diesem Grund wurde hier nicht mit Flächenkontrolldruck, sondern mit gezielt auf die identifizierten Störenden angepassten Maßnahmen reagiert. In Zusammenarbeit mit der Stadt Hameln wurde bislang für eine dieser Personen eine Unterlassungsverfügung unter anderem auf der Grundlage des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes erwirkt, die ein empfindliches Zwangsgeld bei weiterer Verursachung von unnötigem Lärm vorsieht. Dieses Vorgehen wird aktuell bei vergleichbaren uneinsichtigen Betroffenen vorbereitet.

Durch die Mitglieder der AG Tuning, der Verfügungseinheit sowie Mitarbeitenden des Landkreises Hameln-Pyrmont wurden bislang mehrere koordinierte Kontrollen vorgenommen. Dabei wurde eine Vielzahl von unterschiedlichen Verstößen festgestellt und geahndet. Des Weiteren wurden während einer Großkontrolle und in mehreren speziellen Sonderdiensten diverse verbotene Autorennen festgestellt. Der 2017

eingeführte „Raserparagraph“ (§315d StGB) sieht vor, Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die unter anderem ein verbotenes Rennen fahren oder sich bei einem sogenannten „Rennen gegen die Zeit“ sonst grob verkehrswidrig und in rücksichtsloser Weise im Straßenverkehr fortbewegen, um eine höchstmögliche Geschwindigkeit zu erreichen, gesondert zu verfolgen.

Im Zusammenhang mit der Feststellung und Aufnahme solcher Verkehrsstraftaten wurden regelmäßig die Führerscheine der Beschuldigten beschlagnahmt, um eine richterliche Entziehung der Fahrerlaubnis zu erwirken. Zudem wurden in herausragenden Fällen auch die hierbei benutzen Fahrzeuge beschlagnahmt.

Betrachtet man die Ergebnisse der bisher geleisteten Arbeit aller Beteiligten, so ist am Ende des Jahres 2020 ein positives Zwischenfazit zu ziehen.

Das ganzheitliche Tätigwerden der Netzwerkpartner Stadt Hameln, Landkreis Hameln-Pyrmont sowie der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden ist der Schlüssel zum Erfolg und wird 2021 fortgesetzt.



Mehr Sicherheit an einem „gefährlichen Ort“

Der Omnibusbahnhof (ZOB) in Hameln ist rechtlich als „gefährlicher Ort“ eingestuft worden. Seither arbeiten Polizei, Ordnungsbehörde der Stadt Hameln und andere Netzwerkpartner eng zusammen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung rund um den ZOB zu gewährleisten. Schon im November 2019 sind diesbezüglich diverse Maßnahmen angelaufen.

So wird der Bereich durch verstärkte Polizeipräsenz regelmäßig im Rahmen von zusätzlich geleisteten Sonderdiensten bestreift, Zielgruppen gezielt kontrolliert und strafbares sowie ordnungswidriges Verhalten geahndet. Sofern Durchsuchungsmaßnahmen erforderlich sind, können diese in geschützten Bereichen vor Ort vorgenommen werden.

Doch nicht nur Kontrollmaßnahmen erzielen die gewünschten Erfolge: In Zusammenkünften werden durch alle am Projekt beteiligten Netzwerkpartnerinnen und -partner weitere Maßnahmen thematisiert und gegebenenfalls beschlossen. Unter anderem ist

im Rahmen dieser Gespräche auch die Abtretung einer Freifläche seitens der Stadt Hameln an das Einkaufszentrum beschlossen worden. Dem Centermanagement der Stadtgalerie Hameln war es anschließend möglich, die Eingangsbereiche, in denen es oft zu Ansammlungen von Jugendgruppen und damit verbunden zu Beschwerden seitens der Kundinnen und Kunden gekommen ist, durch ein Sicherheitsunternehmen überwachen zu lassen und die vom Hausrecht umfassten Maßnahmen treffen zu können. In der Folge ist die Beschwerde hinsichtlich der problematischen Ansammlungen jugendlicher Gruppen zurückgegangen.

Mit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 gab es einen neuen Blickwinkel auf die Situation rund um den Gefahrenbereich sowie die unmittelbar betroffene Haltestelle für den öffentlichen Nahverkehr. Der ganzheitliche Kontrollansatz wurde um den Fak-

tor „Infektionsschutz“ erweitert. Gemeinsame Kontrollen von Ordnungsamt, ÖPNV und Polizei führten zu einer deutlich sichtbaren gemeinsamen Präsenz. Ebenfalls Ausfluss der gemeinsamen Projektarbeit ist die Neuschaffung von zwei zusätzlichen Stellen für Verwaltungsvollzugsbeamte beim Kommunalen Ordnungsdienst der Stadt Hameln. Mit gemeinsamen sogenannten systemischen Einsatztrainings wird die Polizeiinspektion Hameln-Py-



Gemeinsame Kontrollen von Ordnungsamt, ÖPNV und Polizei führten zu einer deutlich sichtbaren gemeinsamen Präsenz.

mont/Holzminden den kommunalen Ordnungsdienst unterstützen, damit Polizei und Ordnungsamt zukünftig gemeinsam auftreten und notfalls eingreifen können.

Das Projekt „ZOB“ zeigt, wie wichtig gemeinsame Netzwerkarbeit ist und welche herausragenden Erfolge für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger hierdurch erzielt werden können.

Prävention

Kontaktbeamten und -beamte – präsent und ansprechbar

Als Teil der inspektionsweiten Präventionsarbeit sind die Kontaktbeamten und -beamtinnen wichtige Ansprechpersonen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Sie sind „Freund und Helfer“ und „Polizist zum Anfassen“ zugleich. Ihre Kernaufgabe besteht in einer bürgernahen Präsenz – sei es durch Streifenfänge oder als Ansprechpersonen für Schulen, Kindergärten, andere Behörden, Institutionen und Vereine.

Dem Grundsatz polizeilicher Prävention folgend, Selbstschutz zu fördern und Risiken zu minimieren, wirken die Kontaktbeamten und -beamtinnen auf ein sicherheitsbewusstes Verhalten in

allen Altersgruppen der Bevölkerung und eine Minimierung von Unfall- und Kriminalitätsrisiken hin. Dies beginnt bereits bei den Jüngsten im Kindergarten. Positiv besetzte Kontakte helfen dabei, Hemmungen oder Ängste gegenüber der Polizei gar nicht erst entstehen zu lassen. Kontaktbeamten und -beamtinnen sind wichtige Akteure in der Verkehrssicherheitsarbeit und führen Verkehrserziehung im Bereich der Grundschulen durch. Über Netzwerk- und Vortragstätigkeit wirken sie mit Präventionsmaßnahmen zu Themen wie Gewalt-, Eigentums- und Internetkriminalität beratend in alle Bevölkerungsgruppen.



Andreas Appel und Alexander Huer (v.li.)



Achim Rust



Das Team Bad Pyrmont



Jens Meffert

Christian Rusniok

Präventionsteam Hameln

In Hameln nehmen Polizeioberkommissar Alexander Huer und Polizeihauptkommissar Andreas Appel die Aufgaben im Hauptamt wahr. Alexander Huer ist zuständig für die Ortsbereiche Nordstadt, Klüt, Industriegebiet Süd, Afferde, Rohrsen, Tündern, Hastenbeck, Halvestorf und Ansprechpartner für interkulturellen Dialog. Andreas Appel ist Kontaktbeamter für die Innen- und Südstadt, Klütsühdang, Klein-Berkel, Wangelist, Wehrbergen und das Sünteltal.

Polizeikommissariat Bad Pyrmont

Die Aufgaben eines Kontaktbeamten teilen sich Polizeioberkommissar Ralf Kleinschmidt und Polizeioberkommissarin Ilja Walter. Ralf Kleinschmidt ist zudem polizeilicher Ansprechpartner für alle Schulen. Ilja Walter spricht mit präventiven Angeboten besonders die Gruppe der Seniorinnen und Senioren an. Projektbezogen unterstützt Polizeioberkommissarin Magdalene Garbe die beiden Beamten und vertritt derzeit die polizeiliche Prävention im Projekt „kinderfreundliche Kommune“.

Polizeikommissariat Holzminden

Beim Polizeikommissariat Holzminden erfolgt die Aufgabenwahrnehmung eines Kontaktbeamten durch Polizeioberkommissar Jens-Peter Meffert. Als Nachfolger des im Mai 2020 pensionierten Kriminalhauptkommissars Alfred Sauer nimmt Polizeihauptkommissar Christian Rusniok die Aufgaben eines Sachbearbeiters Prävention wahr.

Polizeikommissariat Bad Münde

Seit Oktober 2020 verfügt die Polizei Bad Münde über einen eigenen Kontaktbereichsbeamten. Diese Aufgabe wird von Polizeikommissar Achim Rust wahrgenommen, der dort bereits langjährig in der schulischen Verkehrssicherheitsarbeit tätig war.

Im Portrait

Das Kommissariat Holzminden

Es ist das flächen- und einwohnermäßig größte Kommissariat im Bereich der Polizeidirektion Göttingen und zuständig für mehr als 70.000 Menschen: In der Dienststelle Holzminden sind 107 Mitarbeitende für die Bürgerinnen und Bürger im Einsatz.

Mit der Polizeireform 2004 wurde aus der Polizeiinspektion Holzminden ein Kommissariat in der neu gegründeten Polizeidirektion Göttingen. Es ist das einzige Kommissariat in der Direktion mit landkreisweiter Zuständigkeit und somit auch nach der Umorganisation weiterhin Ansprechpartner für den Landkreis und dessen Kommunen.

Der Zuständigkeitsbereich hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von 44 Kilometern sowie eine Ost-West-Ausdehnung von 36 Kilometern. Neben der Kernstadt Holzminden betreut die Polizei die Samtgemeinden Bevern, Bodenwerder-Polle, Boffzen, Eschershausen-Stadtoldendorf sowie den Flecken Delligsen. Von den 107 Mitarbeitenden unter der Leitung des Ersten Polizeihauptkommissars Burkhard Schramm sind 97 Vollzugsbeamtinnen und -beamte sowie zehn Beschäftigte. Eine Besonderheit: Mit Polizeihauptkommissar Christian Rusniok verfügt das Kommissariat Holzminden über einen eigens für den Landkreis Holzminden zuständigen Sachbearbeiter Prävention.

Neben den beiden großen Dienstzweigen am Sitz des Kommissariats – dem Einsatz- und Streifen dienst (ESD) unter Leitung von Polizeihauptkommissarin Nadine Meese und dem Kriminal- und Ermittlungsdienst (KED) unter Leitung des Ersten Kriminalhauptkommissars



Carl Fahrenholz – sind dem Kommissariat die Polizeistationen Bevern, Boffzen, Bodenwerder und Polle (Leitung Polizeihauptkommissar Dirk Schwarz) sowie Stadtoldendorf, Delligsen und Eschershausen (Leitung Polizeihauptkommissar Holger Scheffel) nachgeordnet – die meisten innerhalb der Polizeidirektion Göttingen.

Die Aufgaben des Einsatz- und Streifen dienstes (ESD) werden durch vier Dienstabteilungen am Sitz des Polizeikommissariats selbst, aber auch zusätzlich durch einen bedarfsorientierten Einsatz- und Streifen dienst bei den Stationen Bodenwerder und Stadtoldendorf wahrgenommen. Insgesamt sind hier 55 Mitarbeitende im Einsatz.

Dem Anspruch folgend, die Interventionsfähigkeit und Flächenpräsenz weiter zu erhöhen, wurden 2016 die Dienstzeiten und damit einhergehend auch die Personalkörper in Bodenwerder und Stadtoldendorf angepasst. Bodenwerder ist seitdem rund um die Uhr besetzt, in Stadtoldendorf ist das nur in bestimmten Nächten der Fall. Gleichwohl wird der Stadtoldendorfer Bereich zur Nachtzeit von den umliegenden Dienststellen betreut, unter an-

derem auch vom Kommissariat Alfeld, das zur Inspektion Hildesheim gehört. Damit wird sichergestellt, dass rund um die Uhr binnen 20 Minuten ein Streifenwagen einen Einsatzort erreichen kann und zwischen den Dienststellen nicht mehr als 20 Kilometer liegen.

Um auch in Corona-Zeiten die Einsatzfähigkeit der Dienststellen sicherzustellen, wurden Sicherheitskonzepte entwickelt und die Dienstplanmodelle mehrfach neu angepasst. Der KED verfügt über einen Personalkörper von 17 Beamtinnen und Beamten und drei Angestellten sowie über die beiden Beamten in den Stationen Bevern und Boffzen. Ein „kleiner KED“ wird aber auch in Stadtoldendorf und Bodenwerder vorgehalten. Insgesamt werden im Ermittlungsbereich jährlich etwa 3.500 Anzeigen bearbeitet.

Ein großes Augenmerk wird beim Polizeikommissariat Holzminden auf die Nachwuchswerbung gelegt. Das „Team Nachwuchsgewinnung“ ist dazu regelmäßig auf Nachwuchsmessen vertreten. Aber auch beim „Abend der Bewerber“ sowie im Rahmen von Schulpraktika wird Jugendlichen der Polizeiberuf nähergebracht.



Die bestellten Substanzen und deren Menge eigneten sich zur Herstellung von Sprengstoff – da wurde das Landeskriminalamt hellhörig.

Unsere Einsätze

Ermittler entdecken Chemikalienlager in Lauenstein

Vermeintlicher Bombenbauer entpuppt sich als Hobby-Arzt

Im Februar 2020 kontaktiert das Landeskriminalamt Niedersachsen die Polizeistation in Salzhemmendorf wegen eines brisanten Hinweises: Im LKA sei bekannt geworden, dass eine in Lauenstein wohnhafte Person diverse Chemikalien in höherer Konzentration und unüblicher Menge über das Internet bestellt habe.

Der Name des Bestellers passte nicht zum Namen des Bewohners und die Chemikalien hätten zur Herstellung einer Sprengvorrichtung dienen können – für das LKA Anlass genug, die örtliche Polizei zu kontaktieren. Das Polizeikommissariat Bad Münder und das für Staatsschutzdelikte zuständige 4. Fachkommissariat der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden übernahmen fortan die Ermittlungen, die nach kürzester Zeit in einem Großeinsatz mündeten.

Einsatzkräfte aus dem gesamten Inspektionsbereich sowie weitere BOS-Kräfte wurden zusammengezogen, um

die mittlerweile angeforderten Spezialkräfte zu unterstützen. Ein Richter des Amtsgerichts Hameln ordnete die Durchsuchung der Lieferanschrift der Chemikalien an.

Nachdem Spezialeinsatzkräfte die Hausbewohner unter Kontrolle gebracht hatten, wurde das Objekt zunächst von Sprengstoffspürhunden und Delaborierern des LKA abgesucht, um eine Gefahr bei den weiteren Durchsuchungsmaßnahmen auszuschließen. Sprengstoffverdächtige Gegenstände wurden jedoch nicht aufgefunden. Neben den im Internet bestellten Chemikalien wurden außerdem noch illegale Betäubungsmittel und verbotene Gegenstände im Sinne des Waffengesetzes sichergestellt.

Überraschende Motivation

Hatten die Einsatzkräfte den Bau einer Sprengvorrichtung und unter Umständen deren Einsatz verhindert? Bei der späteren Vernehmung durch Beamte des 4. Fachkommissariats beim Zentra-

len Kriminaldienst in Hameln kam dann eine ganz andere Motivation des Bestellers heraus: Er sowie seine Ehefrau und deren Mitbewohner versicherten glaubhaft, dass die Chemikalien für die Herstellung von Medikamenten verwendet werden.

Aus Salzsäure und Natriumchlorid stellte er unter Hinzugabe von Wasser eine Flüssigkeit her, die bei oraler Einnahme Viren und Bakterien im Körper abtöten sollte. Seine Ehefrau und der 58-jährige Mitbewohner seien diesbezüglich schon länger „seine Patienten“ und könnten dies bestätigen.

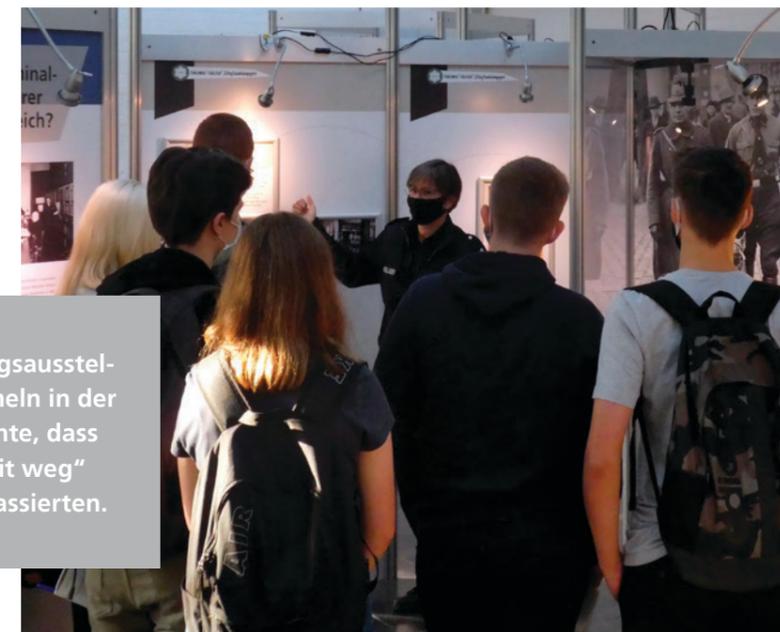
Ein politisch motivierter Hintergrund war nun nicht mehr gegeben. Der 55-jährige Beschuldigte muss sich aber wegen gefährlicher Körperverletzung, Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz, das Betäubungsmittelgesetz und das Waffengesetz vor der Justiz verantworten. Die Professionalität in der Zusammenarbeit aller beteiligten BOS-Kräfte hat sich erneut bewährt. Es hätte auch anders ausgehen können.

Ausstellung

Einblicke in die wechselvolle Geschichte der Polizei



Besonders wertvoll war die Ergänzungsausstellung zur Geschichte der Polizei in Hameln in der Weimarer Republik. Sie veranschaulichte, dass die Entwicklungen nicht abstrakt „weit weg“ waren, sondern hier in den Straßen passierten.



Von Beschützern des Kaisers zu Freunden und Helfern



Mehr als 900 Besucherinnen und Besucher nutzten im September 2020 das Angebot, sich im Kunstkreis Hameln über die wechselvolle Geschichte der Polizei in der Weimarer Republik zu informieren. Es gab 61 Ausstellungsführungen und 15 höchst unterschiedliche Sonderveranstaltungen. Schulklassen, Vertreter fast aller politischer Parteien verschiedenster Ebenen, Gruppen vom DRK, des Rotary-Clubs, Justizanwälter der Jugendanstalt Hameln, Leitungen von Verwaltungsabteilungen, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Reenactment-Darsteller und 215 Polizistinnen und Polizisten, teils aus ganz Niedersachsen, bildeten ein sehr vielfältiges Besucherspektrum.

Die Ausstellung der Forschungsstelle für Demokratie- und Polizeigeschichte der Polizeiakademie Niedersachsen unter dem Titel „Freunde, Helfer, Straßenkämpfer“ vermittelte mit ihren Original-Exponaten ein anschauliches Bild der wechselvollen Entwicklung der Polizei in Preußen. In den Führungen wurde ein besonderer Wert auf die Transformationsprozesse weg von einer

kaiserlichen Herrschaftspolizei, hin zu den Ansprüchen einer demokratischen Republikpolizei gelegt – ein spannendes und positives Kapitel der deutschen Polizeigeschichte.

Genauso wichtig war aber auch die Beschreibung des Wandels und Niedergangs der Weimarer Republik und ihrer Polizei.

Es ergaben sich viele Gespräche und die Rückmeldung, dass vieles so gar nicht bekannt war. Besonders wertvoll war die eigenständige Ergänzungsausstellung von Bernhard Gelderblom zur Geschichte der Polizei in Hameln in der Weimarer Republik. Sie veranschaulichte, dass die Entwicklungen nicht abstrakt „weit weg“ waren, sondern hier in den Straßen passierten.

Den Bezug zur konkreten Gegenwart bildeten acht „Demokratieschutzgespräche“ mit lokalen Verantwortungsträgerinnen und -trägern aus Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Polizei. Der Kunstkreis Hameln stellte seine Räumlichkeiten für Ausstellung und Veranstaltungen zur Verfügung.



Häusliche Gewalt

Kompetenzgruppe setzt neue Standards in der Inspektion um

Im eigenen Heim leben Frauen und Mädchen am gefährlichsten: Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen bei Frauen und Mädchen. Die Polizei konzentriert sich deswegen auf die konsequente Verfolgung dieser Taten, aber auch auf gezielte Präventionsarbeit.

Mit Einführung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) hat die Polizei mehr Handlungsmöglichkeiten erhalten, in Fällen häuslicher Gewalt zum Schutz der Opfer tätig zu werden. Vor dem Hintergrund der rechtlichen Neuerungen und Änderungen in der Sachbearbeitung wurde in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden die Kompetenzgruppe „Häusliche Gewalt“ eingerichtet. Die fachliche Verantwortung und Leitung obliegt dem Fachkommissariat 1 des Zentralen Kriminaldienstes.

Aufgaben der Kompetenzgruppe sind die Überprüfung, Anpassung und Umsetzung inspektionsweiter Standards in der Sachbearbeitung sowie Fortbildung und Unterstützung bzw. Initiierung von Präventionsmaßnahmen.

Die erste Arbeitssitzung der Kompetenzgruppe hat im August 2019 stattgefunden. In dieser Sitzung wurden die Grundlagen zur Initiierung eines interdisziplinären Netzwerks gelegt. Die Vorbesprechung hinsichtlich einer Kooperation mit den kommunalen Behörden zur Vorbereitung und Planung einer Arbeitstagung als Auftaktveranstaltung zur Initiierung dieses Netzwerks fand im November 2019 statt.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die schließlich für das Frühjahr 2020 geplante Auftaktveranstaltung nicht

Tipps und Hilfe

- **Bei aktueller Bedrohung:** Wählen Sie die 110! Die Polizei wird alles Erforderliche tun, um Sie zu schützen.
- **Zeigen Sie die Straftat an** – das ist in jeder Polizeidienststelle möglich.
- **Wird die Polizei** über häusliche Gewalt informiert, etwa durch einen Anruf von Nachbarn, muss sie von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren einleiten.
- **Setzen Sie sich** mit einer Beratungsstelle in Verbindung. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ unter **08000 116 016** ist rund um die Uhr erreichbar.
- **Notieren Sie sich** zu den Vorfällen Datum, Uhrzeit und den Hergang
- **Lassen Sie Ihre Verletzungen** von einem Arzt dokumentieren

stattfinden, sodass sie nun für 2021 geplant ist.

In der Tagung soll der Grundstein für eine Kooperationsvereinbarung aller beteiligten Institutionen gelegt werden. Ziel dieser Kooperation soll insbesondere die Einrichtung und Etablierung regionaler Fallkonferenzen sein, denn nur durch eine Zusammenführung professionsübergreifender Erkenntnisse lässt sich eine mögliche Gefährdung im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt frühzeitig erkennen und minimieren oder sogar ausschließen. Vor allem die sogenannten Hochrisikofälle sollen zukünftig frühzeitig erkannt und in die regionalen Fallkonferenzen aufgenommen werden. Im daraus resultierenden Gefährdungsmanagement werden in Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen wirksame Maßnahmen zum Schutz der Opfer getroffen.

Amok-Prävention

Orientierung für Rettungsdienste und Polizei



Die sichere Schule hat wenig Eingänge und eine eindeutige Beschriftung für den Haupteingang.



Handlungsempfehlungen sollen Schulen sicherer machen

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte kennen sich in Schulgebäuden bestens aus – Einsatz- und Rettungskräfte dagegen nicht. Das kann zum Nachteil werden, wenn es etwa zu einem Amoklauf kommt. Denn Täter haben zumeist ebenso gute Ortskenntnisse.

Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden hat deswegen eine Gemeinsame Handlungsempfehlung zur Einführung eines einheitlichen Orientierungssystems für Einsatz- und Rettungskräfte in den weiterführenden Schulen der Landkreise Hameln-Pyrmont und Holzminden eingeführt – ein kombiniertes Gefahrenwarn- und Wegeleitsystem für Schulen und Gebäude, das auf dem sogenannten „Gütersloher Modellprojekt“ mit seinem Wegeleitsystem aufbaut. Die Handlungsempfehlung kombiniert das Wegeleitsystem des Gütersloher Modellprojektes mit dem neuen „Notfall- und Gefahren-Reaktions-System“ (NGRS). Dabei werden mittels standardisierter Risikomanagementprozesse geeignete Maßnahmen zur Minimierung von Gefahren und

zum Schutz von Personen und Einrichtungen bewertet. Ein NGRS besteht, je nach zu erwartenden Gefahren, aus einer Kombination mechanischer und digitaler Sicherungssysteme, Sprachkommunikation, Lagebildübertragung oder der Sicherung von Türen und Fenstern. An der Entwicklung der Empfehlung waren Schulträger, Feuerwehren, Rettungsdienste und die Polizei beteiligt. Umgesetzt wurde sie bei den Neubauten des Humboldt-Gymnasiums in Bad Pyrmont und des Schulzentrums Nord der Stadt Hameln.

Das sieht das Konzept vor

Die sichere Schule hat wenig Eingänge und eine eindeutige Beschriftung für den Haupteingang. Die Verwaltung bzw. das Sekretariat hat Sicht auf den Haupteingang. Besucherinnen und Besucher melden sich dort an, so dass keine Fremden ins Gebäude kommen. Die Gebäude- und Feuerwehrpläne sind auch bei der Polizei aufrufbar. Es gibt ein Raumnummernkonzept mit lesbarer Kennzeichnung auf den Türblättern. Es sind Wegweiser zu Treppenhäusern und Durchgängen angebracht. Die

Klassenräume haben widerstandsfähige Türen mit Automatikverriegelungen. Diese sind von innen durch Panik- oder Fluchtfunktion zu öffnen. Die Lautsprecheranlage erreicht jeden Raum, auch die Sporthalle, die ebenfalls Teil des NGRS ist.

Es gibt ein Anwahlmodul mit automatischem Bedrohungsalarmtext und Stopp nach dreimaliger Durchsage. Es gibt mehrere Auslösestationen, die auch per Smartphone-App durch Personal auslösbar sind. Die Befahrbarkeit des Schulhofs für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge ist gewährleistet. Die Fahrradabstellanlage ist von der Verwaltung einsehbar. Das Außengelände ist gut einsehbar, mit Bäumen aber wenig Büschen ausgestaltet. Es gibt dort keine Wälle als Sichtschutz und keine „Kuschecken“. Gebäude und Außengelände sind mittels Annäherungssensoren oder Bewegungsmeldern ausgeleuchtet. Empfohlen wird eine Videoüberwachung zur Vandalismus-Prävention. Dachaufstiegshilfen und Treppen zu den oberen Notausgängen sind gegen unbefugten Gebrauch gesichert.

Partner für mehr Sicherheit „Weihnachtspost“ von der Polizei

„Polizei sagt Telefon-Betrügerei den Kampf an – und startet in Hameln eine bislang einmalige Aktion“ – so lautete Ende November 2020 die Schlagzeile eines Artikels in der „Deister- und Weserzeitung“ zu einem Präventionsprojekt für Seniorinnen und Senioren: Alle über 70-Jährigen in Hameln sollten erreicht und davor bewahrt werden, Opfer von Betrug oder Trickdiebstählen am Telefon oder der Wohnungstür zu werden.

Bereits seit mehreren Jahren ist die Bekämpfung dieser Kriminalitätsphänomene ein Schwerpunkt in der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden. Die Delikte zeichnen sich dadurch aus, dass hochgradig organisierte Täterinnen und Täter besondere Umstände und Schwächen im fortgeschrittenen Alter gezielt ausnutzen und ältere Menschen zum Teil um ihr gesamtes Vermögen bringen. „Falsche Polizeibeamte“, der Enkeltrick, Gewinnversprechen und Trickdiebstähle verursachten im Jahr 2019 im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden einen Gesamtschaden in Höhe von 714.917 Euro. Neben materiellen Schäden, die die Opfer erleiden, sind häufig auch Sekundärschäden zu verzeichnen: Emotionale Belastung, Selbstvorwürfen, Schamgefühl und erhöhte Kriminalitätsfurcht.



Präventionsmaßnahmen zählen daher zu den effektivsten Mitteln, um die Zahl solcher Straftaten zu reduzieren.

Alternative zu klassischer Prävention

Mit Ausbreitung des Corona-Virus war ein Rückzug der älteren Generation aus dem öffentlichen Leben festzustellen. Klassische Präventionsmaßnahmen wie Vortragsveranstaltungen erreichten die Zielgruppe nicht mehr. Daher hatte das Präventionsteam die Idee, Seniorinnen und Senioren Präventionsmaterialien zusammenzustellen und als Postwurfsendung zukommen zu lassen. So sollte die ältere Generation zu den genannten Kriminalitätsphänomenen aufgeklärt und durch Vermittlung von Verhaltenshinweisen sensibilisiert werden.

Die mit hohen logistischen Anforderungen verbundenen Vorbereitungen starteten Anfang November. Als Kooperationspartner wurden der Präventionsrat Hameln, die Stadt Hameln, der Weiße Ring und der Senioren- und Pflegestützpunkt Hameln-Pyrmont gewonnen. Die Verteilung der „Weihnachtspost“

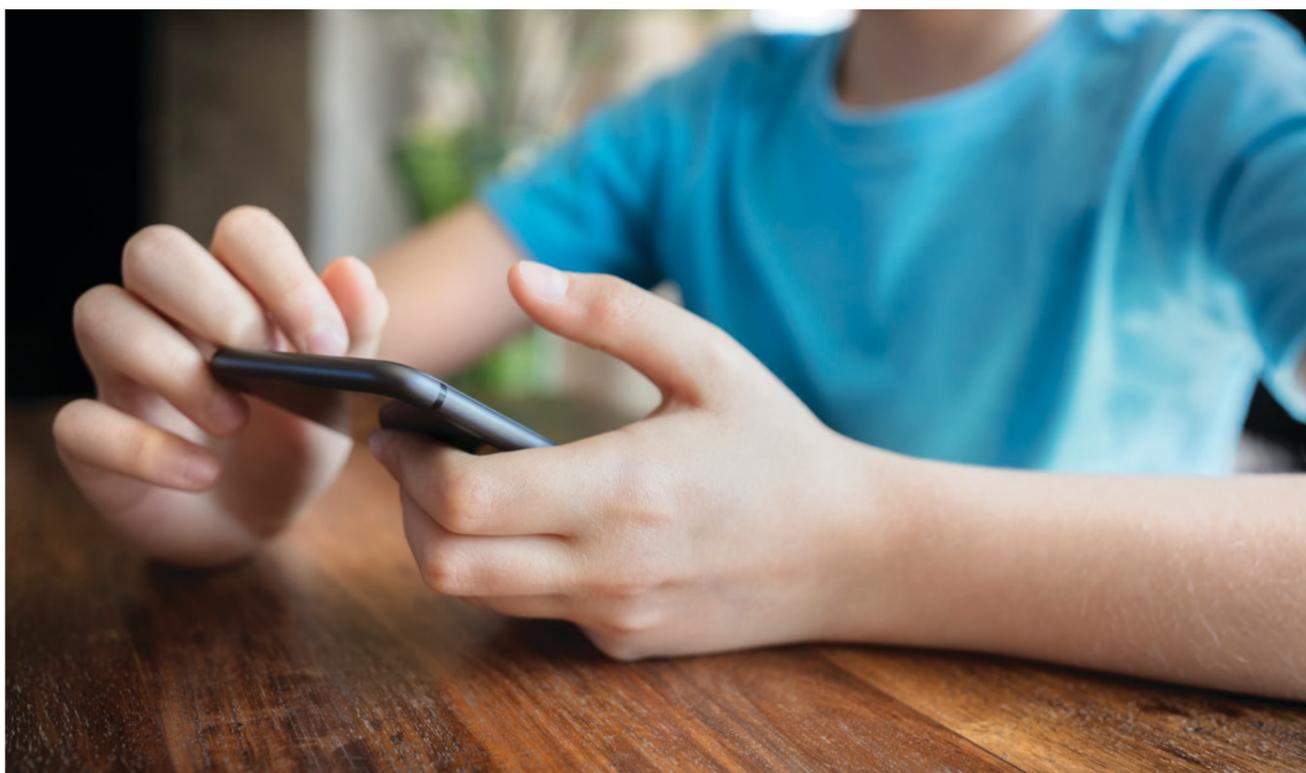
begann schließlich am 30. November 2020. Die „Weihnachtspost“ enthielt ein persönliches Anschreiben des Inspektionsleiters, die Broschüre „Im Alter Sicher Leben“, einen Türanhänger mit Notrufnummern, Flyer der örtlichen Polizei und des Senioren- und Pflegestützpunktes. Viele fleißige Helferinnen und Helfer aus verschiedenen Dienstbereichen unterstützten das Präventionsteam dabei, die Briefe zu verteilen.

Das Projekt wurde schnell zum Topthema in der älteren Bevölkerung, die Resonanz war überwältigend. Viele warteten regelrecht auf das Eintreffen der Briefe und nutzten die Gelegenheit zu Gesprächen mit der Polizei. Sämtliche Briefe hatten schließlich am 15. Dezember 2020 ihre Empfänger erreicht. Eine Fortführung des Projekts im weiteren Zuständigkeitsbereich der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden ist geplant.

Insgesamt wurden 8.000 Haushalte beliefert, in denen 10.250 Seniorinnen und Senioren leben. 500 positive Rückmeldungen erreichten die Polizeiinspektion per Telefon, Mail oder im persönlichen Gespräch.



Prävention in der Direktion
Wir informieren und beraten



Mediensicherheit von Kindern

Umgang mit dem Netz und den Sozialen Medien im Mittelpunkt

Digitale Medien haben einen festen Platz im Alltag von Jugendlichen. Sie chatten mit Freunden, recherchieren für die Schule und spielen online. Viele Informationen werden unter Jugendlichen nur noch per Smartphone weitergegeben. Kindern den sicheren Umgang mit sozialen Medien zu vermitteln, ist seit Jahren Schwerpunkt der polizeilichen Prävention in der Polizeidirektion Göttingen.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (ProPK) entwickelt dafür gemeinsam mit externen Fachleuten Medien und Kampagnen, die durch die Dienststellen mit polizeilichem Wissen ergänzt werden. Dabei beschränkt sich ProPK nicht mehr allein auf Printmedien und den eigenen Internetauftritt, sondern entwickelt Apps und ist mit einem eigenen Kanal auf Facebook,

Instagram und Twitter vertreten. Speziell für Kinder und Jugendliche wurde die Seite „Polizei für dich“ entwickelt. Dort werden zielgruppengerecht Informationen zu allen Themen bereitgestellt und Hilfen angeboten. Neben Fakten zu Straftatbeständen und Phänomenen nimmt die Aufklärung zur Kriminalität und zum Opfer-

werden im Internet mittels Smartphone und in sozialen Netzwerken einen großen Teil des Angebots ein. Damit bekommen Kinder und Jugendliche auch außerhalb von Schule die Möglichkeit,

sich in Ruhe darüber klar zu werden, wie sie sich im Netz bewegen, welche Daten sie dort von sich selbst freigeben und welches Verhalten strafbar ist. Bestenfalls wird „Polizei für dich“ als Vorbereitung für Präsenzveranstaltungen genutzt, in denen die örtliche Polizei anhand realer Beispiele dazu beitragen kann, Verhaltensänderungen herbeizuführen. Aktuell stehen Themen wie Cybermobbing, Hate Speech, Recht am eigenen Bild, Abofallen und Spielsucht im besonderen Fokus. 2020 hat die Corona-Pandemie den Medienkonsum zumindest während der zwei Lockdown-Phasen deutlich erhöht. Kinder und Jugendliche wurden einerseits online unterrichtet – soweit die digitale Schullandschaft dies ermöglichte – wollten aber gleichzeitig eine Vielzahl sozialer Kontakte aufrechterhalten und sich virtuell mit ihren gewohnten Communities verbinden. Ihr Freizeitverhalten



verlagerte sich zunehmend in den virtuellen Raum, da Sport und Geselligkeit in ihren sozialen Gruppen außerhalb der Wohnung untersagt wurden.

Konflikte im Netz

Unabhängig von Altersgruppen werden Konflikte im Netz ausgetragen. Beleidigungen werden schnell adressiert und noch schneller verbreitet. Peinliche, intime oder rassistische Bilder können aus dem Netz nicht entfernt werden, selbst wenn die schnelle Einsicht zum falschen oder sogar strafbaren Verhalten einkehrt. In die Rolle des Opfers versetzt sich niemand.

Die Präventionsteams, insbesondere die Beauftragten für Jugendsachen (BfJ), verdeutlichen die Konsequenzen dieses leichtfertigen Verhaltens in Schulveranstaltungen. Zielgruppen sind neben Schülerinnen und Schülern auch Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Eltern. Hier gilt es, neben Informationen auf Zivilcourage im Netz hinzuweisen und eine soziale Kontrolle einzufordern.

Während sich die Prävention bei jüngeren Kindern auf den sicheren Umgang mit dem Internet konzentriert und einen gesunden Verhaltenskodex vermittelt, bewegt sich die Aufklärung von Jugendlichen zunehmend in den Themen Gewaltverherrlichung, Verbreitung von Sexbildern und -videos sowie von demokratiefeindlichen Botschaften. Die Polizei ermittelt nicht selten bereits gegen Schülerinnen und Schüler wegen des strafbaren Verbreitens von Kinder- oder Jugendpornografie oder wegen des Verdachts von politisch motivierter Hetze im Netz.

Um die Zusammenarbeit mit Schulen unter anderem auch im Bereich der Mediensicherheit noch weiter zu verstetigen, haben die Leitungen der Polizeidirektion Göttingen und der Regionalstandorte Braunschweig und Hannover der Niedersächsischen Landesschulbehörde im Juni 2020 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.



Kooperation erhält vertragliche Grundlage

Was seit vielen Jahren bereits erfolgreich praktiziert wird, hat im Juni 2020 eine vertragliche Grundlage erhalten: Die gemeinsame Präventionsarbeit von Schulen und Polizei wurde mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Polizeidirektion Göttingen und der Landesschulbehörde festgeschrieben. Unterzeichner der Vereinbarung waren Uwe Lührig, Präsident der Polizeidirektion Göttingen, sowie Torsten Glaser und Mathias Mirowski, Regionalabteilungsleiter der

Landesschulbehörde an den Standorten Hannover und Braunschweig. Der Schulterschluss zwischen Polizei und Schulen ermöglicht eine engere Abstimmung und Planung von Projekten und Veranstaltungen. „Die abgestimmte Zusammenarbeit ist ein wichtiger Baustein für das Gelingen nachhaltiger Präventionsarbeit“, betont Polizeipräsident Uwe Lührig. „Wir stellen unser Expertenwissen zur Verfügung und verstehen unseren polizeilichen Auftrag darüber hinaus auch darin, durch Präsenz für Schulseitige, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler ansprechbar zu sein“, so Uwe Lührig.

Prävention in der Corona-Pandemie

Puppenbühne bringt aktuelles Stück in digitale Form

Die Präventionspuppenbühne (PPB) der Polizeidirektion Göttingen ist an den Standorten Göttingen und Hildesheim vertreten. Im direktionsweiten Einsatz vermittelt sie polizeiliche Präventionsbotschaften mit der Methode des Puppenspiels. Schwerpunktthema – neben Gewalt- und Verkehrsunfallprävention – ist die Mediensicherheit.

Zu diesem Zweck wurde 2017 das Stück „Fit und fair im Netz: Auf dich kommt es an!“ für Kinder des 4. Grundschuljahrgangs an den Start gebracht und wird seitdem mit sehr großem Erfolg in Schulen gespielt.

Ziel des Projektes ist es, dass Kinder verantwortungsvoll und kritisch mit digitalen Medien umgehen. Sie werden auf mögliche Gefahren im Internet aufmerksam gemacht und es werden Verhaltensregeln und Handlungsmöglichkeiten mit ihnen erarbeitet.

Die zugrundeliegende Geschichte besteht aus vier mit Handpuppen gespielten Szenen, die moderiert und mit den Kindern besprochen werden.

Das Hauptthema ist Cybermobbing: Was ist Cybermobbing? Wie kommt es zu Mobbing-Situationen? Wie fühlen sich Opfer? Wie verhalten sich die Täter? Welche Rolle können die Zeugen spielen? Wie hole ich Hilfe? Wann informiere ich Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und/oder Polizei? Darüber hinaus werden Themen wie Informationsvielfalt, Passwortschutz, Datensicherheit und Fairness im Chat angesprochen. Das Jahr 2020 war auch für die Puppenbühne geprägt von der Corona-Pandemie. Im Zuge von Schulschließungen und/oder eingeschränktem Unterrichtsgeschehen mussten Termine in Schulen abgesagt werden. Daraus entstand bereits im März die Idee, wie Kinder in digitaler Form mit polizeilicher Prävention erreicht werden können.

Videospots aus dem Home-Office

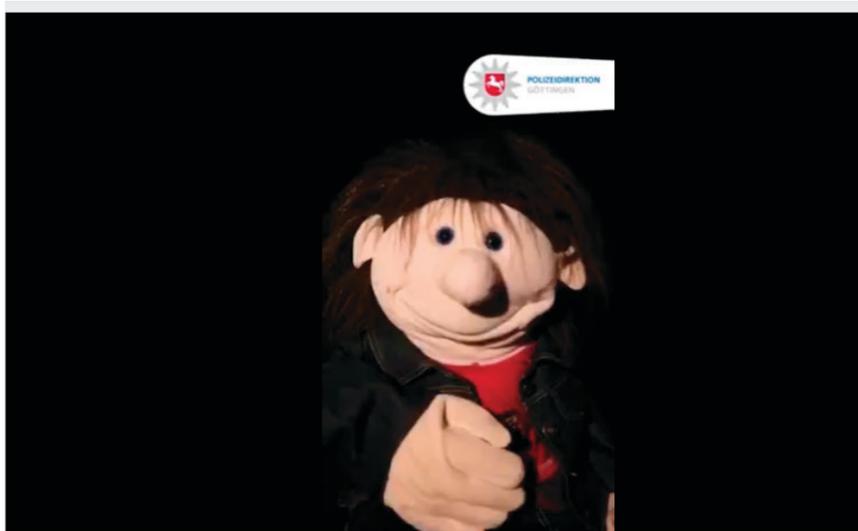
Infolgedessen drehten Mitglieder der Puppenbühne im Home-Office Videospots mit Puppen, die Themen der Gewaltprävention und der Mediensicherheit zum Inhalt hatten. Veröffentlicht wurden diese Kurzfilme unter anderem über die Facebook-Seite der Polizei Göttingen. Die Puppenbühne gehörte damit zu den Vorreitern solcher digitalen Präsenz von polizeilichen Puppenbühnen während der Corona-Krise.

Ebenso wurde das Medienstück mithilfe einer Power Point Präsentation in digitale Form gebracht, die sowohl das Puppenspiel als auch Illustrationen zur Moderation enthält. Diese wurde bereits im Bereich der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg an Schulen präsentiert und fand sehr großen Anklang.

Livestream in die Schulen

Es ist geplant, zu Zeiten, in denen Schulen nicht persönlich bereist werden können, die Power Point Präsentation via Livestream mit direkter Moderation an die Schulen zu schalten. Sobald die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, kann das Projekt realisiert werden. Präsenzveranstaltungen sind allerdings in jedem Fall vorzuziehen, weil sowohl das Puppenspiel wie auch die Interaktion zwischen der Puppenbühne und den Kindern durch persönliche Begegnungen und Besuche am effektivsten ist.

Eine solche alte Methode wie das Puppenspiel hat auch heute noch eine ungebrochene besondere Wirkung auf das Publikum und wird sicherlich auch in Zukunft ein sehr gutes Mittel sein, um Präventionsbotschaften der Polizei nachhaltig in die Gesellschaft zu tragen.



Moderne Technik

Wir nutzen sie



Schutzausstattung und moderne Technik

Corona-Pandemie stellt Polizei vor logistische Herausforderungen

Die fortschreitende Digitalisierung und dynamische technische Entwicklung stellt die Polizei beispielsweise durch die Bearbeitung neuer Kriminalitätsfelder vor immer wieder neue Herausforderungen. Zeitgleich werden dadurch aber auch neue Möglichkeiten eröffnet, den technologischen Fortschritt im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung und polizeilichen Einsatzbewältigung zu nutzen.

Die vielschichtigen Aufgaben der Polizei erfordern dabei eine moderne und zukunftsorientierte Grundausstattung, die als Handwerkszeug für die tägliche Aufgabenerledigung dient. Neben Innovationen im IT-Bereich stand im Jahr 2020 bei der Polizei Niedersachsen schwerpunktmäßig die persönliche Schutzausstattung der Mitarbeitenden

sowie die ökologische Erneuerung des Fuhrparks im besonderen Fokus. Daneben hat im vergangenen Jahr vor allem die Corona-Pandemie in der logistischen Abwicklung im Führungs- und Einsatzmittelbereich die Polizeidirektion Göttingen vor neue Herausforderungen gestellt.

Sichere mobile Kommunikation

Bereits seit dem Jahr 2016 werden bei der Polizei Niedersachsen Tablets und Smartphones mit einem speziell gesicherten Betriebssystem eingesetzt, womit die Nutzerinnen und Nutzer von unterwegs auf die polizeilichen Abfrage- und Auskunftssysteme, das Vorgangsbearbeitungsprogramm sowie auf weitere polizeiliche Anwendungen zugreifen können. Dadurch ist es möglich, die Aufgabenerledigung am

Einsatzort flexibler und effizienter zu gestalten. So können beispielsweise Halterdaten beim Kraftfahrtbundesamt abgefragt oder auch Vorgänge vor Ort ersterfasst werden, sodass eine erneute Dateneingabe im Nachhinein auf der Wache entfällt und die Vorgänge lediglich endbearbeitet werden müssen.

Die Polizei Niedersachsen verfügt bereits über eine Vielzahl von polizeilichen Apps und Anwendungen, die auch zukünftig weiterentwickelt und ergänzt werden. Im Jahr 2021 sollen die dienstlichen Smartphones und Tablets durch neue leistungsstarke Modelle ersetzt werden. Darüber hinaus soll der Gesamtbestand, aufgrund der guten Erfahrungen, weiter erhöht werden, so dass zukünftig mindestens jede Funkstreifenwagenbesatzung innerhalb der Polizeidirektion Göttingen über solch

ein mobiles Kommunikationsmittel im Einsatzdienst verfügt.

Beschaffung neuer Dienstfahrzeuge

Das Land Niedersachsen investierte weiterhin im Jahr 2020 kräftig in die Fahrzeugflotte der Polizei. Vor allem im Rahmen eines Konjunkturpakets, das durch die niedersächsische Landesregierung zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie beschlossen wurde, werden die Dienstfahrzeuge in der gesamten niedersächsischen Landespolizei merklich verjüngt.

Die Beschaffung neuer, moderner sowie ökologischer Einsatzfahrzeuge in der Polizeidirektion Göttingen ist ein Beitrag zur weiteren professionellen Aufgabenerledigung der Polizei im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

Bei der Erneuerung des Fuhrparks ist vor allem die Erhöhung des Anteils an Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten handlungsleitend. Zum einen soll damit dem Umweltschutzgedanken Rechnung getragen werden, zum anderen sollen mittel- und langfristig durch eine konsequente Verjüngung der Fahrzeugflotte Einsparungen im Hinblick auf die Gesamtausgaben erwirtschaftet werden. Diesbezüglich werden sowohl hybride, als auch rein elektrische Fahrzeuge eingesetzt. Ne-



ben der Fahrzeugbeschaffung wird hierbei zwingend auch die Errichtung einer ausreichenden Ladeinfrastruktur an den Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen berücksichtigt. Bei einer größeren Anzahl von Ladepunkten an einem Standort wird zwingend ein intelligentes Lademanagement benötigt, um Lastspitzen zu vermeiden. Lösungsmöglichkeiten zu dieser Thematik werden ganzheitlich auf Landesebene erar-

beitet. In der gesamten Polizeidirektion Göttingen sind derzeit 34 Hybridfahrzeuge und zehn rein elektrische Fahrzeuge im Einsatz. Bei einer Flotte von 547 Fahrzeugen stellt dies zwar erst einen Anteil von rund acht Prozent dar, dieser soll aber in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Mit der Beschaffung von weiteren 37 hybriden bzw. rein elektrischen Fahrzeugen im Jahr 2021 wächst der Bestand auf 81 oder 14,8 Prozent. Durch Mittel aus dem allgemeinen Haushalt sowie dem zentralen Konjunkturpaket wurden im Jahr 2020 insgesamt 92 Beschaffungsmöglichkeiten für polizeiliche Fahrzeuge in den unterschiedlichsten Ausführungen geschaffen.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben haben die 547 Dienstfahrzeuge der Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2020 eine Strecke von rund 9,7 Millionen Kilometern zurückgelegt. Damit könnte man ungefähr 242 Mal die Welt umrunden.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN



**DEALER HOCHGENOMMEN,
ENTENFAMILIE GERETTET.**

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Schlusswort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

der Sicherheitsbericht 2020 hat Ihnen nun einen umfassenden Einblick in die vielfältige Arbeit unserer Polizeidirektion mit all ihren Dienststellen in einem ganz besonderen Jahr gewährt. Wir haben einerseits Resümee gezogen, andererseits aber auch einen Ausblick in die Zukunft gewagt.

Trotz der besonderen Umstände der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Herausforderungen in der polizeilichen Arbeit auf allen Ebenen, ist es uns auch im vergangenen Jahr gelungen, das Niveau in der Aufklärung von Straftaten zu halten und sogar noch zu steigern – und zwar auf den höchsten Wert seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen. Dieser Erfolg ist dem Engagement und dem umfangreichen Fachwissen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Behörde zu verdanken. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Neben der Bewältigung unserer Kernaufgaben in einem neuen Alltag haben wir aber auch auf neue Entwicklungen und Phänomene reagiert, beispielsweise im Bereich der Internetkriminalität. Parallel dazu wurde die Digitalisierung in unserer Polizeibehörde mit großen Schritten vorangetrieben. Das Tempo ist sicherlich auch aus der Notwendigkeit heraus entstanden, in der Pandemie in allen Bereichen arbeitsfähig zu bleiben. Nichts desto trotz werden wir diesen Schwung auch künftig nutzen. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung kommt auch der Nachwuchsgewinnung eine entscheidende Bedeutung zu, nicht nur mit Blick auf den demografischen Wandel: Um mit den Neuerungen in diesem sich schnell entwickelnden Zeitalter Schritt halten zu können, benötigen wir Personal, das



mit der Digitalisierung des Lebens groß geworden ist – den Digital Natives. Sie für den Polizeiberuf zu begeistern, ihn transparent zu machen und seine Vorzüge zu präsentieren, ist eines unserer zentralen Anliegen. Der Polizeinachwuchs wird es nämlich sein, der künftig mit neuen Formen der Kriminalitätsbekämpfung neuen Kriminalitätsphänomenen, insbesondere unter Zuhilfenahme des Internets, begegnen wird.

Ein weiterer wichtiger Baustein einer erfolgreichen polizeilichen Arbeit werden in Zukunft zudem Kooperationen sein. War es im Jahr 2019 die Hochschule Mittweida, mit der wir unter anderem im Bereich der angewandten Computer- und Biowissenschaften eine Zusammenarbeit vereinbart haben, stand in diesem Jahr der Verein G4C im Mittelpunkt, der gegen Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen im Cy-

berraum vorgeht und nun ebenfalls zu den Kooperationspartnern der Polizeidirektion Göttingen gehört. Aber auch die bereits seit vielen Jahren in unterschiedlichen Bereichen bestehenden Partnerschaften sind nach wie vor entscheidend für unseren Erfolg – wir werden deshalb auch in Zukunft an ihnen festhalten.

Ich bin zuversichtlich, dass wir vor diesem Hintergrund und der positiven Entwicklung in vielen Bereichen für die Zukunft gut aufgestellt sind und möchte Ihnen versichern, dass Sie sich in allen Fragen der Sicherheit stets voll und ganz auf Ihre Polizei verlassen können.

Gwendolin von der Osten
Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen

Impressionen aus dem Jahr 2020



Impressum

Herausgeber
Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 / 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Layout
Dezernat 01
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis
Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheber/innen

- Polizeiakademie Niedersachsen,
- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Freepik (www.freepik.de)
- Pixabay (www.pixabay.com),
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Polizeidirektion Göttingen sowie
- nachgeordneten Polizeiinspektionen freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck
Klartext GmbH, Göttingen

Die Polizeidirektion Göttingen in den Sozialen Medien



Polizei Göttingen
Polizei Weserbergland



@Polizei_GOE	@Polizei_NBG	@Polizei_NOM
@Polizei_HM	@Polizei_STH	@Polizei_OHA
@Polizei_HOL	@Polizei_BBG	@Polizei_RI
@Polizei_HI	@PolizeiBadN	



PI Göttingen
Katharina Lohrengel
polizei.goettingen.kl

PD Göttingen
Sven Seidel
polizei.goettingen.cs

PI Northeim
Sabrina Torke
polizei.northeim.st

PI Hameln
Carsten Minasch
polizei.hameln.cm

Interessante Links

⇒ **Fahndung:**
www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung
www.polizei-nds.de/Fahndung

⇒ **Prävention:**
www.polizei-praevention.de
www.polizei-beratung.de

⇒ **Online-Wache:**
www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de
Wählen Sie im Notfall die 110!



Zuverlässigkeit

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN